

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

MONATSHEFTE FÜR
DEUTSCHES AUSLANDS - WISSEN
XXII. JAHRGANG 1951

10

OKTOBER 1951

Harmssen: Die deutschen Seehäfen

Mit zehn Kartenskizzen

Loah: Hafen und Fahrzeug in der Luftfahrt

Mit einem Schaubild

Gilot: Der Zehnjahresplan für Belgisch-Kongo

Mit vier Kartenskizzen

v. Hentig: Der neue Orient — Tatsachen gegen Agenturmeldungen

Bolay: Finnland zwischen Ost und West

*

BERICHTE 6 Kartenskizzen • **SCHRIFTTUM** • **FREIE AUSSPRACHE**
2 Darstellungen

KURT VOWINCKEL VERLAG HEIDELBERG
VERLAGSORT HEIDELBERG

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift WELTPOLITIK und WELTWIRTSCHAFT

Monatshefte für deutsches Auslandswissen

SCHRIFTFÜHRUNG

H a m b u r g : Professor Dr. K. H. Pfeffer

Heidelberg: Kurt Vowinckel

Hamburg 36, Gänsemarkt 35 I, (F. 355814)

Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36, (F.4093)

Manuskripte: an Schriftleitung Hamburg · **Buchzusendungen:** an Schriftleitung Heidelberg

Für unverlangte Zusendungen keine Gewähr

XXII. JAHRGANG · HEFT 10 · JAHRGANG 1951

Harmssen: <i>Die deutschen Seehäfen</i>	597
Loah: <i>Hafen und Fahrzeug in der Luftfahrt</i>	603
Gilot: <i>Der Zehnjahresplan für Belgisch-Kongo</i>	610
v. Hentig: <i>Der neue Orient — Tatsachen gegen Agenturmeldungen</i>	621
Bolay: <i>Finnland zwischen Ost und West</i>	627

BERICHTE 632

Niedersachsen / Schlesien / Griechenland / USA / Jamaika / Azoren / Kroatien /
Arabien / Französisch-Indien / Japan / Philippinen / Kuba / Brasilien

AUS DEM SCHRIFTTUM

e: <i>Deutschland ist ferner als Tibet</i>	642
Assmuth: <i>Finnland in schweren Jahren</i>	644
Einbeck: <i>Luftbrücke Stalingrad</i>	648
Samhaber: <i>Eine Vierte Macht?</i>	649

FREIE AUSSPRACHE

Soldaten anderer Völker

v. Wevell:	650
Sulaberidse:	650
Schwalm: <i>Zur Revision unseres Weltbildes</i>	653
<i>Zum Danziger Problem</i>	655
Paetel: <i>Noch einmal zu General MacArthur</i>	657
Stapel: <i>Zum Tode Kurt Woermanns</i>	658

PREIS DES HEFTES: DM 2.30

Vierteljahresbezug: Ausgabe A Mit Inhaltsverzeichnis und Register DM 6.35

Ausgabe B Ohne Inhaltsverzeichnis und Register DM 6.—

Studienbezug (Nur auf Hörerkarte) DM 4.—

Zu allen Dauerbezugspreisen: Zustellgebühr DM —,15 vierteljährlich

Jahrgang in Leinen gebunden DM 30.— / Register einzeln: DM 2.—

Postscheckkonto: Kurt Vowinkel Verlag, Ludwigshafen 12461 · Bankkonto: Allgemeine Bankgesellschaft, Filiale Heidelberg

KURT VOWINCKEL VERLAG · HEIDELBERG · WOLFSBRUNNENWEG 36

MITARBEITER DIESES HEFTES:

Dr. BERND ASSMUTH / Göttingen, Bürgerstr. 64, z. Zt. Helsinki, Lektor am Finno-Ugrischen Seminar der Universität Göttingen

Dr. KARL-HEINZ BOLAY / c/o Maconi, Väinämöinengatan 15 A 9, Helsinki, deutscher Auslandskorrespondent

EBERHARD EINBECK / Hamburg 13, Johnsallee 41, Oberst i. G. a. D., Teilnehmer am Polen-, Frankreich-, Rußlandfeldzug, ab April 1944 Chef des Stabes eines Gebirgskorps in Kroatien

e / Anschrift über die Schriftleitung

MATHIEU GILOT / Arth. Goemaerelei 47, Antwerpen

SENATOR GUSTAV WILHELM HARMSEN / Bremen, Heinrich-Heine-Str. 43, bremischer Senator für Wirtschaftsforschung und Außenhandel, Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Bundesrats, Vorstandsmitglied der Atlas-Werke Bremen, Mitglied des Außenhandelsbeirats, Herausgeber der Denkschriften: „Reparationen — Sozialprodukt und Lebensstandard“ (1947) und „Am Abend der Demontage“ (1951)

Dr. WERNER-OTTO VON HENTIG / Frankfurt am Main, Stephan-Heise-Str. 53, Gesandter z. Wv., seit 1911 Angehöriger des Auswärtigen Dienstes (vorher Promotion in Bonn mit einer Arbeit über die Exterritorialität, Heeresdienst und Studium in Königsberg und Ausbildung in einem Wiener Anwaltsbüro): vor dem Ersten Weltkrieg Diplomat in China, der Türkei, Persien; im Ersten Weltkrieg Frontdienst in Ostpreußen und Litauen, Sondermission nach Afghanistan, Marsch durch Sinkiang an die chinesische Küste, als blinder Passagier (schließlich mit freiem Geleit) über die USA nach Deutschland zurück, 1917 Leiter der Presse- und Nachrichtenabteilung der Deutschen Botschaft in Konstantinopel; 1919 mit Frithjof Nansen in Rußland, später Diplomat in Reval, Moskau, Sofia, 1924 Generalkonsul in Posen, 1927 „Attachévater“ im Auswärtigen Amt, 1928 Generalkonsul in San Francisco, 1934 Gesandter in Bogota, dort Opfer eines Attentats, Generalkonsul in Amsterdam, 1936 Leiter des Orientreferats im Auswärtigen Amt, Lehrauftrag an Hochschule für Politik, später der Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Universität Berlin, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg mit der 11. Armee Rumänien-Nogaisteppe-Krim, 1943 wieder in Berlin, nach 1945 Waldarbeiter, ein Jahr lang in fünf verschiedenen Zuchthäusern und Lagern inhaftiert, darauf Referent für Internationale Angelegenheiten bei der Evangelischen Kirche, Gutachter im Bundeswirtschaftsministerium und bei der amerikanischen Oberkommission

WOLF LOAH / Hamburg 20, Eppendorfer Weg 88, Diplomvolkswirt, im Zweiten Weltkrieg Angehöriger des Fliegenden Personals einer Fernaufklärerstaffel

KARL O. PAETEL / 68-43 Burns Street, Forrest Hills, N.Y.,
vor 1933 Schriftleiter der Zeitschriften „Das Junge Volk“,
„Die Kommenden“ und „Sozialistische Nation“, später
der „Schriften der Jungen Nation“, „Blätter der Sozial-
istischen Nation“ und „Deutschlandberichte der Gruppe
Sozialistische Nation“ in Stockholm, ab Januar 1941 in
New York, Verfasser von „Deutsche Innere Emigration“
(unter Mitarbeit von Dorothy Thompson und Carl Zuck-
mayer) und „Ernst Jünger, die Wandlung eines deutschen
Dichters und Patrioten“

Dr. ERNST SAMHABER / Hamburg 21, Umlandstr. 4, geboren
in Valparaiso/Chile, 1927 ao. Professor in Santiago de
Chile, Publizist und Auslandsberichterstatte, Verfasser
mehrerer Werke über Südamerika und wirtschaftspoli-
tische Fragen

EBERHARDT SCHWALM / Kiel, Westring 220 I, Student der
Geschichte

Dr. PETER-HEINZ SERAPHIM / Oberzeismering bei Tutzing
(Obb.), ehem. Osteuropa-Institut Breslau, Institut für
Ostdeutsche Wirtschaft Königsberg, zuletzt o. Prof. der
Staatswissenschaften Greifswald, z. Zt. Lehrbeauftragter
für Osteuropa-Wirtschaft an der Universität München

Dr. WILHELM STAPEL / Hamburg-Großflottbek, Böken-
kamp 5, 1912 Schriftleiter des „Kunstwart“, 1919—1938
Herausgeber der Monatszeitschrift „Deutsches Volkstum“,
1917 Leiter des Hamburger Volksheims, Verfasser von
u. a. „Volksbürgerliche Erziehung“, „Preußen muß sein“,
„Der christliche Staatsmann“, „Die drei Stände, Versuch
einer Morphologie des deutschen Volkes“, „Über das
Christentum. An die Denkenden unter seinen Verächtern.“

GRIGOL SULABERIDSE / Oberleutnant in der Georgischen
Legion, Anschrift über die Schriftleitung

BASIL H. VON WEVELL / Offizier in beiden Weltkriegen,
mehrfähriger Aufenthalt in Rußland und den USA, Syn-
dikus einer deutschen Außenhandelskammer in Süd-
amerika, Studienreisen auf der Iberischen Halbinsel und
in Ostasien.

Aus dem Inhalt des Septemberheftes:

HARTHENSTEIN: Ideologische oder realistische Politik?

BOEHLING: Welchen Weg geht China?

SCHUCHT: Das Land der Götter (Mit zwei Kartenskizzen)

EULER: Argentinien's Nöte

BERICHTE mit 7 Kartenskizzen

SCHRIFTTUM: Dialektisches Denken und geistige Überliefe-
rung in China

FREIE AUSSPRACHE: Zur Senatsuntersuchung über General
MacArthurs Entlassung.

Die deutschen Seehäfen

Aus der Quarantäne entlassen

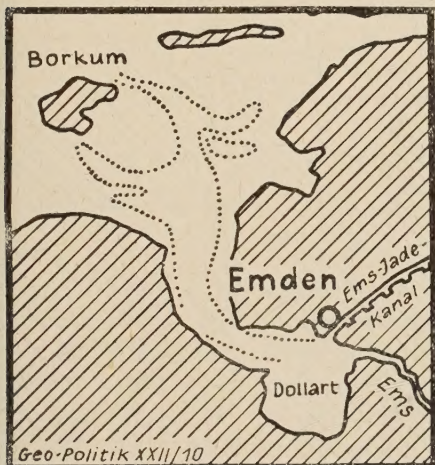
Fünf Jahre lang hat die deutsche Reederei mit gebundenen Händen dagestanden. Fünf Jahre lang ist die deutsche Wirtschaft auf ausländische Flotten angewiesen gewesen. Nun soll der Wiederaufbau der eigenen Schifffahrt vor sich gehen. Was

aus unserer alten Flotte geworden ist, hat bislang nicht einwandfrei ermittelt werden können. Wir wissen nur, daß sie nicht zurückkehren wird. Es gilt, von Grund auf neu anzufangen, nachdem das Verbot des Schiffbaus aufgehoben wurde und die Fesseln der Schifffahrt gefallen sind.

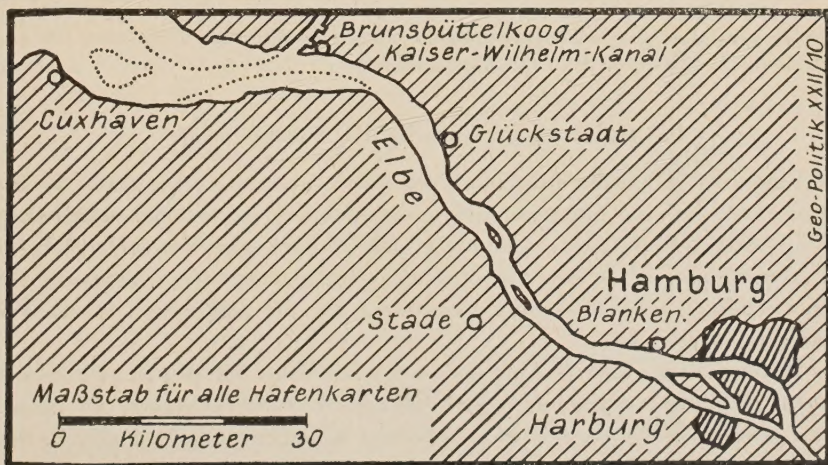
Am Ende des Krieges besaß Hamburg noch 7 Prozent seiner Friedenstonnage. Es hat etwa 2 Millionen BRT verloren. Bremen büßte ungefähr 1,5 Millionen BRT ein.

1914 verfügte die deutsche Handelsflotte über 5,5 Millionen BRT, 1938 über 4,2 Millionen BRT. Heute besitzt die deutsche Seeschifffahrt wieder nicht ganz 1 Million BRT, meistens überalterte Einheiten, und hat damit wenig mehr als 1 Prozent der Welttonnage inne, während sie 1938 6 Prozent und 1914 sogar 11 Prozent unter ihrer Flagge vereinigte.

Die Beförderungskapazität der Welthandelsflotte hat seit dem Jahre 1938 nicht unwesentlich zugenommen. Obendrein ist die Zahl der seefahrenden Länder gestiegen. Trotzdem benötigt Westdeutschland mindestens 2,5 Prozent des jetzigen



EMDEN: Der Massengut-, insbesondere Erzhafen des Ruhrgebiets. Güterumschlag 1937: 8 Mill. t

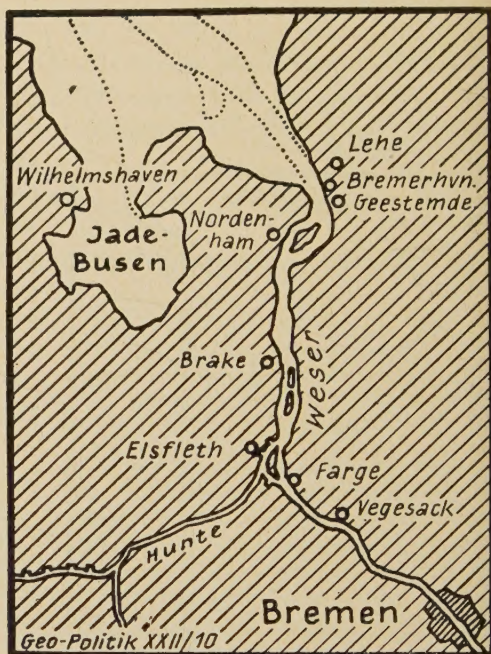


HAMBURG: Der größte deutsche Welthafen. Güterumschlag 1937, 25,3 Mill. t

Umfanges der Welthandelsflotte, und zwar in wettbewerbsfähigen Einheiten, allein für die Beförderung von Gütern. Seine heutige Tonnage muß also weitgehend modernisiert und mehr als verdoppelt werden. Diese Forderung gilt auch für den Fall, daß es zu einer großräumigen, internationalen Transportplanung und Arbeitsteilung kommt. Die deutschen Reeder haben ihre bescheidene Tonnage äußerst rationell eingesetzt: Für 1951 darf man schon auf einen Bruttofrachtlenerlös im Werte von 50 Millionen Dollar hoffen.

In den wenigen Monaten seit der Aufhebung des Schiffbauverbots haben die deutschen Werften aus dem In- und Auslande Bauaufträge erhalten, die ihre Helgen bis 1953 belegen. Nach dem Kriege hatten sie einen ähnlichen Leidensweg zu gehen wie die Schifffahrt. Die größten Betriebe wurden demontiert, ihre Dockanlagen fortgeführt. Es muß deshalb bezweifelt werden, daß ihre Kapazität ausreicht, wenn wieder genügend Eisen und Stahl zur Verfügung steht, zumal ein Überhang von mehreren tausend geschulten Facharbeitern vorhanden ist.

Im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre betrug der Jahreswert der von den deutschen Werften erstellten Neubauten von Handelsschiffen rund 250 Millionen Reichsmark. Davon entfielen im Jahre 1938 etwa 100 Millionen auf ausländische Aufträge. Hinzu traten 25 Millionen Reichsmark für Schiffsreparaturen an ausländischen Fahrzeugen. Der Schiffbau stellt also für unsere Devisenbilanz einen bemerkenswerten Aktivposten dar.



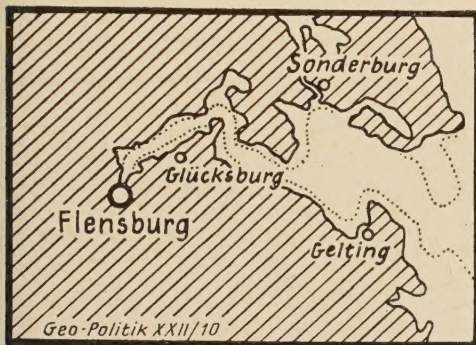
DIE WESERHAFFEN: Bremen: Universalhafen. Bremerhaven: Größter Fahrgast- u. Fischereihafen. Nordenham und Brake: Massenguthäfen. An der Weser: Größtes Getreideumschlagspotential der östlichen Hemisphäre. Tonnageumschlag 1937: 21,1 Mill. NRT

Die Häfen als Pumpwerke der Weltwirtschaft

Nennt man die Häfen die Tore zur Welt, so ist damit nur eines ihrer Merkmale hervorgehoben. Sie sind nicht nur Übergangsstationen, sondern lebendige Organe einer Ökonomie. Der Hafen ist nicht allein Lade-, Stapel- oder Umschlagsplatz, nicht nur Warenschleuse, er ist ein vielgliedriger Organismus, der eine ganze Reihe lebensnotwendiger, werterhöhender Funktionen für die Zirkulation in der Volkswirtschaft zu erfüllen hat.

Dem Hafen fällt als oberste Aufgabe zu, die Schifffahrt für sich zu gewinnen und aus einem möglichst ausgedehnten Einzugsgebiet Beförderungsgüter zu sammeln. Daneben muß er die Konservierung, Sichtung, Klassifizierung und den Umschlag des Beförderungsgutes übernehmen, außerdem die Güterbearbeitung und -verar-

beitung, die ihre Betriebsstätten möglichst dicht an den Umschlagsort rückt und die sich, ohne den Fluß des Transportes zu unterbrechen oder kostenmäßig zu belasten, in Anlehnung an die Lagerei, den Im- und Export und die Spedition vollzieht. Zu einer Großhafenlandschaft gehört heute auch ein weitreichendes Hilspotential, das von der Lotsenstation bis zur Werkbank des Feinmechanikers reicht.



FLENSBURG: Werft- und Massenguthafen. Tonnageumschlag 1937: 480 000 Nebm. Werftausstoß 1937: 35 000 t d.w.

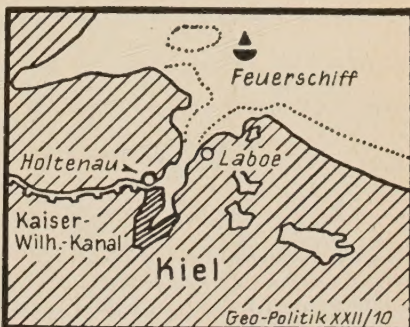
Für Hamburg und Bremen ist typisch, daß an der Seite der Exportkaufleute die Exportvertreter mit ihren Musterlagern stehen, die Außenhandels- und Devisenbanken, die Warenbörsen, die Agenten, Makler, Assekuradeure, dazu natürlich die überall anzutreffenden Hafenberufe der Lagerhalter, Ladungskontrolleure, Speicher- und Kajespezialisten, Stauer und Schauerleute, die allesamt für den Hafen und seine Wirtschaft eine Vertrauens-tätigkeit ausüben.

Im Jahre 1950 gingen 50 % des westdeutschen Außenhandelsvolumens über See: 67 % der Einfuhr und 38 % der Ausfuhr. Am Außenhandelswert des Jahres 1950 hatten die seewärts gehandelten Güter sogar einen Anteil von 69 % bis 71 % bei der Einfuhr und 66 % bei der Ausfuhr. Der im Vergleich zum Mengenanteil höhere Wertanteil zeigt, daß die Einfuhr- und Ausfuhrwaren, die über See gehen, allgemein hochwertiger sind als die Güter, die über die trockene Grenze versandt werden.

An der Basis der Einfuhr von Rohstoffen oder Lebensmitteln setzen sich Industrien in den Seehäfen fest: Wolle, Gummi, Mineralöl-Industrien, Stärkefabriken, Jutespinnereien, Korkfabriken, Segeltuchmache-reien, Tabakindustrien, Reis- und Getreidemöhlen. Immer neue Bearbeitungsstufen treten hinzu, sie reichen bis zur Farbenherstellung und Elektrotechnik.

In der Hafenstadt bildet sich eine Symbiose von Schifffahrt, Schiffbau, Außenhandel, Spedition und Industrie heraus. Sie wird damit zu einem wirtschaftlichen Kraftzentrum, einem Magnetfeld für den Welt-handel, einem überdimensionalen Pumpwerk, das die verschiedenartigsten Erzeugnisse vieler Volkswirtschaften ununterbrochen in Millionen von Tonnen umwälzt.

Am Hafen wurzelt der Außenhandelskaufmann. Godeffroy, der König der Südsee, und O'Swald, der friedliche Kolonisator Ostafrikas, kamen aus Hamburg. Lüderitz, der Schutzherr Angra Pequenas, stammt aus Bremen. Der Exportkaufmann erschließt nicht nur neue Absatzgebiete, er steckt auch den binnenländischen Industriellen neue Fabrikationsziele, — er dringt nicht nur zu neuen Märkten vor, sondern er schafft sie erst und weist damit der heimischen Produktion neue Wege.

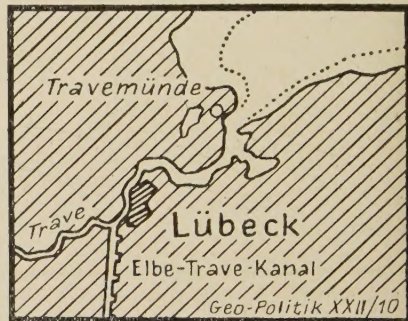


KIEL: Speziell Werfthafen. Werftausstoß 1937: ca. 50 000 t d.w. Handelsschiffstonnage, Güterumschlag 640 000 t

Prägung durch Natur und Geschichte

Der Mensch hat der Natur erst die Gunst des Hafens abringen müssen.

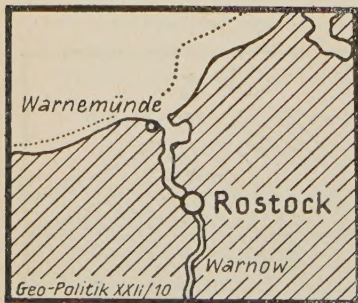
Daß aus den Fischerdörfern des 8. oder 9. Jahrhunderts die Großhäfen Hamburg und Bremen geworden sind, ist der technischen Leistungs- und Organisationsfähigkeit ihrer Menschen zu verdanken. Bremen hat sich durch das schwierige Fahrwasser der Unterweser buchstäblich wieder zum Meer durchschlagen müssen, nachdem im 17. Jahrhundert nicht einmal mehr die größeren Hansekoggen zur Stadt hinauffahren konnten. Sein großer Bürgermeister Johann Smidt schuf schließlich nach dem Ende der napoleonischen Kontinentalsperre den Hafen an der Mündung des Stromes in Gestalt von Bremerhaven. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts machte der geniale Franzius das Fahrwasser bis Bremen selbst wieder frei für das „Regelfrachtschiff“ des Weltverkehrs. (Das Land Bremen verwandte in den 24 Jahren von 1890 bis 1914 allein 125 Millionen Mark für die Stromregulierung.) Hamburg hat sich von der hohen Geest hinunter einen Zugang zur Elbe gebahnt oder den Fluß zu sich herangeholt. Es mußte Barren beseitigen und große Siedlungs- und Nahverkehrsschwierigkeiten lösen. Hamburg hat von 1859 bis 1914 für Strom- und Hafenbau 210 Millionen Mark ausgegeben, um seinen Städtebau mit der Hafenplanung in Einklang zu bringen.



LÜBECK: Deutscher Ostsee-Universalhafen,
Güterumschlag 1937: 2,16 Mill. t, Werftausstoß:
21 000 t dw

Der Hafen ist nicht einfach ein Ankerplatz am Meer oder am Unterlauf eines Stromes. Er ist auch nicht ein Ergebnis des technischen oder wirtschaftlichen Zufalls ohne geschichtliche Prägung. Er ist Heimat und Schöpfung seiner Bewohner und Glied einer Volkswirtschaft, die sich mit der politischen Geschichte der Nation wandelt und zugleich dem Einfluß der weltwirtschaftlichen Tendenzen unterworfen ist.

Die deutschen Häfen sind nicht allein von der Eigenart ihrer Bürger und von dem staatlichen Schicksal, das sie erlebt haben, eigenwillig geformt worden. Die fortschreitende Verdichtung des Welthandels hat das ihrige dazu beigetragen, jedem Seeplatz seine Individualität zu verleihen. Es gibt Häfen für Massengüter: Erz, Kohle, Getreide oder Öl. Es gibt Stückguthäfen oder Fahrgast-, Bunker-, Werft- und Fischereihäfen. Hamburg und Bremen sind zu Universalhäfen aufgewachsen.

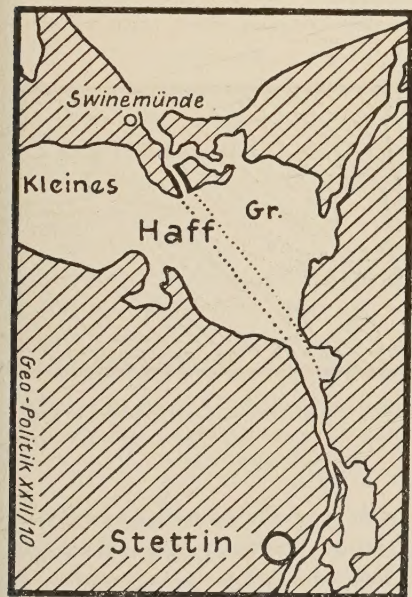


ROSTOCK: Ostseefährhafen und Werfthafen. Güterumschlag 1937: 451 100 t, davon Fährumschlag 155 700 t. Werftausstoß 25 000 t dw.

Ihre Leistungsfähigkeit hat dazu geführt, daß die deutsche Wirtschaft ihre heutige Bedeutung erlangen konnte. Der Besitz eigener Seehäfen ist eine Lebensfrage für eine Volkswirtschaft. Der „Drang zum Meer“ ist ein Gebot, das aus der Verflechtung der Einzelwirtschaften erwächst. (Erinnert sei an die exportintensive Wirtschaft Böhmens, an das alte Rußland, an Polen oder Litauen oder Bolivien, an die „Einkapselung“ Rumpfsösterreichs, der Schweiz, Ungarns.) Die Seehäfen haben der deutschen Wirtschaft erst den Weg in die Welt geöffnet. Aber sie reagieren auch hochempfindlich auf die Vorgänge in der deutschen Wirtschaft und am Weltmarkt. Sie sind zu Seismographen der Weltwirtschaft geworden.

Das Hinterland

Am Puls der Häfen spürt man es zuerst, wenn eine Wirtschaft sich dem Wunsche nach Autarkie zu ergeben beginnt, wenn Staaten, „Räume“ oder Bündnissysteme Grenzveränderungen in ihrem Hinterland vollziehen, wenn die Welt sich in Kontinente oder Hemisphären aufgliedert. Ordnung, Maß und Leistungskraft des Hinterlandes aber bestimmen den Tätigkeitsgrad der Häfen.



STETTIN: Der ostdeutsche Transit- und Massenguthafen. Güterumschlag 1937: 8,33 Mill. t.

Das Hinterland Bremens z. B. ist nicht von seinen geographischen Voraussetzungen aus abzugrenzen. Das Stromgebiet der Weser, — nur halb so umfangreich wie das der Elbe, industriearm und verhältnismäßig dünn bevölkert, — kann nur

einen Teil des von Bremen bedienten Raumes darstellen. Bremen hat sich sein Hinterland einfach durch Leistungen, z. B. durch die Pflege des Fahrgastverkehrs, im wahrsten Sinne des Wortes „erdient“. Den beiden großen deutschen Nordseehäfen ist ihre Stellung in der Wirtschaft nicht von der Natur geschenkt worden. Beide Städte sind zugunsten ihrer Häfen bis an die Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit gegangen. Kein Teil des kunstvoll in sich verbundenen Mechanismus der Hafenwirtschaft durfte vernachlässigt werden. Sie haben kaufmännischen Geist in ihrer Verwaltung lebendig erhalten und sich befeißigt,

Von 1800 bis 1950 ist die Produktionskraft der gewerblichen Wirtschaft in Deutschland auf das Zweihundertfache angewachsen. Die erstarrende Industrie drängte nach einer Vermehrung des Güteraustausches mit dem Ausland. Sie fragt nicht mehr danach, ob der Hafen, wie es in den ersten Jahrhunderten der Seefahrt gewünscht wurde, im Schnittpunkt der Schifffahrtswege liegt und ob er den kürzesten Seeweg verbürgt. Im Vordergrund steht jetzt der Wunsch, den Seeumschlag dort vorzunehmen, wo die Binnenwirtschaft ihre vorteilhafteste Verbindung, wo Land und See ihren rationellsten Übergang, ihre Brücke zueinander finden. Der technische Fortschritt hat die Schifffahrt selbst in die Lage versetzt, sich den geographischen Bedingungen der Häfen anzupassen. Nicht der geographische Ort, — er möge so günstig sein, wie er wolle, — sondern die Leistungsfähigkeit des gesamten Hafenpotentials gibt den Ausschlag.

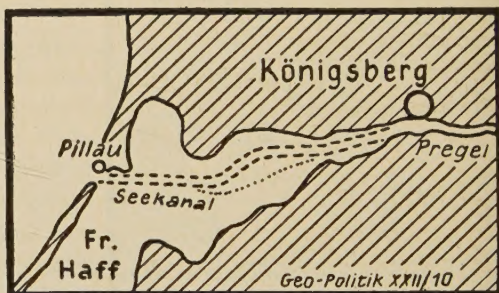


DANZIG: Der alte deutsche Weichselhafen. Güterumschlag 1911/13: 2,3 Mill. t, 1937: 5 Mill. t

unternehmerisch zu improvisieren, elastisch zu reagieren und immer ihre Aktivität zu bewahren. Nicht aus Trotz oder Eigensucht, sondern aus dem Wissen um die elementaren Funktionen des Hafens in der Volkswirtschaft wehrt sich die Bevölkerung Hamburgs und Bremens gegen den von den Kanzleien des Binnenlandes erdachten Eintritt in einen „Nordweststaat“. Fiskalische oder staatsrechtliche Erwägungen können die Hafenstaaten nicht davon überzeugen, daß ihre Aufgaben von Zentralinstanzen tief im Binnenland — seien sie noch so sachkundig — zu lösen wären. Die Seehäfen sind in der Vergangenheit nicht zufällig „reichsunmittelbar“ gewesen.

Die beiden großen deutschen Nordseehäfen haben trotz des Mangels an einer ausreichenden Handelsflotte, trotz der Unterbrechung des Verkehrs mit Mittel- und Osteuropa, trotz des Kapitalmangels und trotz der Kriegszerstörungen 1949 einen Güterumschlag von 16, 1950 von 17 Millionen Tonnen erreicht und werden 1951 wahrscheinlich über 20 Millionen Tonnen hinaus gelangen, was einer Leistung von 60 Prozent des Rekordjahres 1938 entsprechen wird. Sie wissen, daß die Begriffe Hinterland oder Einzugsgebiet im Rahmen einer größeren Integration der Wirtschaftsräume einen Wandel erfahren werden, und bemühen sich, ihre Hafenbaupläne im Rahmen der kontinentalen Neuordnung Europas zu entwickeln.

Die deutschen Seehäfen werden in dieser Ordnung neue Aufgaben suchen und finden. Erhält man ihre Wirtschaftskraft, so werden sie durch ihre Leistung sowohl zu der Wiederherstellung der deutschen Einheit als auch zu der Verflechtung der einzelnen Nationalwirtschaften Europas entscheidend beitragen.



KÖNIGSBERG: Der ostdeutsche Inland- Verkehrs- und Massenguthafen. Güterumschlag 1936: 4,6 Mill. t, davon 73,8 v. H. Inlandverkehr

WOLF LOAH

Hafen und Fahrzeug in der Luftfahrt

DIE FESSEL DER ERDBINDUNG / GESTALTENWANDEL IM FLUGZEUGBAU

Der Aufschwung des Luftverkehrs seit dem Zweiten Weltkrieg muß Bewunderung erregen, wenn man einmal einen Atemzug lang Abstand vom Alltag nimmt und nicht mehr, wie man es schon gewohnt ist, die schnelle Postbeförderung oder die Sicherheit und Geschwindigkeit von Luftreisen als selbstverständlich betrachtet. Ein objektiver Blick auf den Luftverkehr der Gegenwart sieht aber auch, daß die Eigenwirtschaftlichkeit noch nicht vorhanden ist.

Leider beruhigt man sich zu leicht mit der Feststellung des „Noch Nicht“ und erklärt den Schönheitsfehler mit Hinweisen auf die Jugend des Flugzeugs und auf die Hypothek, die auf dem Luftverkehr gerade durch seine Weiträumigkeit lastet, denn dank ihr gerate er in das Kampffeld politischer Interessen. Diese Begründungen beachten die Eigenart des Flugzeugs nicht, die rasche Analogien mit Problemen anderer Verkehrsmittel verbieten sollte.

Die Eigenart des „Luftfahrzeugs“

Bei einem Vergleich mit den bisher bekannten Vehikeln auf der Erdoberfläche zeigen sich zwei Nachteile des Flugzeugs: Es wird nur durch die Überwindung eben der Schwerkraft der Erde zum „Fahrzeug“, die den älteren Transportmitteln gerade die Fähigkeit zum „Fahren“ verleiht, — und deshalb verlangt es den kostspieligen und unwirtschaftlichen Aufwand der Bodenorganisation.

Bei anderen Verkehrsmitteln ist der Hafen oder Bahnhof eine kommerzielle Station, an der die Transportleistung beginnt und abgeschlossen wird. Der Flughafen aber ist die technische Voraussetzung dafür, daß ein Flugzeug überhaupt zum Beförderungsmittel werden, „aufsteigen“ kann. Er ist in erster Linie der Ort des Mediumwechsels. Andere Fahrzeuge können auf „Stationen“ verzichten und notfalls an einem beliebigen Punkt ihrer Strecke anhalten, wo nur ein Ladungswechsel möglich ist. Aber bereits ein einziges Flugzeug benötigt einen Flugplatz zum Aufstieg und kann — wenn man vom Sonderfall des Luftabwurfs absieht — nur dann eine Verkehrsleistung erfüllen, wenn es an einem anderen Ort einen zweiten Flugplatz zur Landung vorfindet.

Die bisherigen Baumuster der Verkehrsflugzeuge verlangen einen horizontalen Start mit hoher Abhebegeschwindigkeit, deshalb eine lange Startstrecke. Wenn die Flugzeuge größer und schneller werden, muß jedesmal auch der Flugplatz „erweitert“ werden (man stelle sich einmal vor, daß für schnellere Lokomotiven die Bahnhöfe und für größere Schiffe die Häfen neu gebaut werden müßten!). In der Luftfahrt muß auch die „Station“ im selben Tempo weiterentwickelt werden wie das „Fahrzeug“. Es gibt heute Flugzeuge, die wegen ihrer Größe oder Schnelligkeit die Mehrzahl der internationalen Verkehrsflugplätze nicht benutzen können!

Die Luftfahrt, der Sieg über die Schwerkraft der Erde, verlangt nicht nur die teure Bodenorganisation, sondern sie stellt technische Forderungen an ihr „Fahrzeug“ selbst, die anderen Verkehrsmitteln erspart werden. Das Flugzeug kann die Luft nur dann als Transportmedium gewinnen, wenn es eine Energieanlage besitzt, die sein gesamtes Eigengewicht einschließlich der beförderten Last dem Wirken der Schwerkraft entzieht. Fast drei Viertel der Antriebskraft werden nur zum Überwinden der Schwerkraft gebraucht. Anders ausgedrückt: zur Beförderung von 5—15 % Zahllast müssen zunächst 85—95 % Totlast in die Luft gelangen.

Viermotorige Langstreckenflugzeuge besitzen heute eine Triebwerksleistung von 10 000 bis 15 000 PS, durchschnittlich 50 % mehr als die früheren Hamburg-Süd-Schiffe der Monte-Klasse mit etwa 14 000 BRT oder das Drei- bis Fünffache moderner Schnellzuglokomotiven. (Die Motorstärke eines Kraftfahrzeugs beträgt kaum 1 % davon.)

Mit diesem Energieaufwand müssen nun aber die Leistungen verglichen werden:

	Flugzeug	LKW	Eisenbahn	Schiff
Zahllast in Tonnen	5	15	300	10 000
Geschwindigkeit in km	500	40	40	25
Reichweite in km	6 000	500	500	6 000
PS-Zahl	10 000	100	1000	5 000

Wenn man das Produkt aus Zahllast, Geschwindigkeit und Reichweite durch die PS-Zahl der Antriebsaggregate dividiert, ergibt sich ein Beförderungskoeffizient für das Luftfahrzeug von 1500 pro PS, dagegen für das Kraftfahrzeug von 3000, die Eisenbahn von 6000 und das Schiff von 300 000. Es kommt nicht auf die exakten Ziffern an, gegen deren Ausgangswerte sich manches einwenden läßt, sondern lediglich auf die Größenordnung. Sie zeigt die Hypothek, die auf der Luftfahrt liegt, denn die Beförderungskoeffizienten verhalten sich wie 1 : 2 : 4 : 200.

Die schwerkraftgebundenen Fahrzeuge halten im Augenblick der Gefahr an, das Flugzeug aber kann in der Luft nicht stehenbleiben. Es beherrscht also den untersten Geschwindigkeitsbereich bis zu Null Stundenkilometer nicht. Gegen diese besondere Gefahrenanfälligkeit müssen Maßnahmen getroffen werden, die sich ein anderes Verkehrsmittel sparen kann. Der Flug selbst verlangt einen viel größeren Geräte- und damit finanziellen Aufwand als die normale Fortbewegung anderer Fahrzeuge. Bei höheren Verkehrsgeschwindigkeiten und Frequenzen muß man sich zur Einführung des kostspieligen automatischen Blocksystems auf elektronischer Grundlage entschließen (wie im RTCA-Programm der USA)¹, und dieser fortschrittliche Grad von Mechanisierung verlangt als zusätzliche Störquelle erhebliche Sicherungsmaßnahmen. Auf die nötige Sicherung der „kritischen“ Bewegungsabläufe, also der Phasen des Mediumwechsels, braucht nur hingewiesen zu werden.

Es wäre schön, wenn es wirklich ein Luftfahrzeug gäbe, das „leichter als Luft“ ist, wie die mißverständliche Definition (auch der jüngsten Zeit) behauptet. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus aber muß ein Zeppelin an Bauvolumen zusetzen, was er durch die Verwendung auftrieberzeugender Füllgase einspart. Dieses zusätzliche Volumen verringert seine Geschwindigkeit beträchtlich und verursacht schon an sich die 15- bis 20fachen Kosten eines modernen Flugzeugs.

Wenn man also die Luftfahrt wirtschaftlicher machen will, muß man zuerst die Ausschaltung der technischen Handicaps versuchen.

¹ Flugsicherungskommission

Der doppelte Verwendungszweck des Flugzeugs

Fairy gab in seiner *Wilbur Wright Lecture* vor der britischen *Royal Aeronautical Society* am 25. Mai 1950 unseres Wissens zum erstenmal Ziffern über die Gesamtaufwendungen für das militärische und das zivile Flugwesen bekannt. Er schätzte, daß vom Beginn des Luftfahrtzeitalters an, (das für die Luftwaffen im Jahre 1912, für die Zivilluftfahrt im Jahre 1919 angesetzt wird), bis 1949 mindestens 245 Milliarden Dollar für die Krieglufthahrt und nur 11,5 für die zivile Luftfahrt ausgegeben worden sind. Der heutige Luftverkehr verdankt seinen Aufschwung also zu 95 Prozent nichtkommerziellen Zielsetzungen.

Während kaum jemals (es gibt einige wenige Fälle kleiner Einheiten) ein Kriegsschiff zum Handelsschiff umgerüstet worden ist, spielt beim Flugzeug die Konvertibilität eine Rolle. Dank ihr hat Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg, allerdings mit dem Aufwand erheblicher Mittel, wieder Anschluß an die zivile Weltluftfahrt gewinnen können, indem es ein Defizit von bisher 600 Millionen Dollar in Kauf nahm und einen Teil seiner viermotorigen Militärflugzeuge umbaute. Der Konvertibilität verdankt das private Luftfrachtgeschäft der USA seinen einzigartigen Aufschwung. Ehemalige Kriegsfieger erwarben Überschussmaschinen der Luftwaffe und gründeten oft ohne kaufmännische Sachkenntnis Luftverkehrsgesellschaften. Die Güterarten und -mengen, die von den Überlebenden unter diesen „wilden“ Luftlinien befördert wurden, geben einen Anhalt für die untere Grenze der Beförderungswürdigkeit mit ausreichender Gewinnmarge.

Der militärische Flugzeugeinsatz wirkt für die zivile Luftfahrt, indem er mit dem fliegenden Personal eine große Gruppe von Menschen im Fliegen ausbildet, die sonst aus Geldmangel oder anderen Gründen kaum an das „exklusive“ Beförderungsmittel des Flugzeuges herangekommen wären. Die Kriegsnotwendigkeiten erzwingen technische Verbesserungen und Senkung der Herstellungskosten des Flugzeugs, was später eine Senkung der Beförderungspreise möglich macht.

Von den militärischen Notwendigkeiten aus wird nach immer größerer Geschwindigkeit gestrebt. Das dreidimensionale Transportmedium Luft bietet eine Vielzahl von nichtkonkurrierenden Verkehrsebenen, oder einfach ausgedrückt: Am Himmel ist viel Platz, während das Weltrekordauto, das mit über 600 Stundenkilometern eine höhere Geschwindigkeit als der planmäßige Luftverkehr erreicht, an die zweidimensionale Straße gebunden ist. Ob der zur Verfügung stehende Raum ausgenutzt werden kann, hängt jedoch von den Start- und Landemöglichkeiten ab. Sie werden für Militärflugzeuge ohne Bedenken geschaffen, weil sie ihr Geschwindigkeitspotential ausschöpfen sollen.

Die zivilen Flugzeuge jedoch lagen mit ihrer Durchschnittsgeschwindigkeit nach amerikanischen Untersuchungen in den letzten beiden Jahrzehnten etwa 7 Jahre hinter den militärischen zurück (zu Beginn der Periode 5—6 Jahre, gegen Ende 8—9). Die schnellsten zivilen Maschinen erreichten jeweils die Geschwindigkeit der mittelschnellen Militärflugzeuge. Der Unterschied zwischen ihrer Höchst- und Reisegeschwindigkeit bildet somit keinen endgültigen, sondern nur einen historischen Gegensatz. Die Rekordgeschwindigkeit von heute ist die Durchschnittsgeschwindigkeit von morgen. Als „Bremse“ wirkt jedoch in immer stärkerem Maße die Verknappung der Aufstiegs- und Landemöglichkeiten. In Amerika besonders

— und allmählich auch in Europa — ist es notwendig geworden, „Luftstraßen“ mit vorgeschriebenen Kursen, Höhen und Geschwindigkeiten einzurichten, weil sonst die Folge der Maschinen durch ihre größere Zahl und höhere Geschwindigkeit den kontrollierbaren Verkehrsfluß stört. Die Zivilluftfahrt muß auf einmal mit der Tatsache einer Bindung ebenso rechnen wie der Bodenverkehr.

Fairys Mitteilungen lassen sich also verallgemeinern: die zivile Luftfahrt erhält bis jetzt ihre entscheidenden Anstöße von der militärischen. Sie ist das, was man im Englischen *an afterthought* nennt, fast ein heiläufiges Ergebnis. Das Flugzeug hat einen Doppelzweck, — bis jetzt rangiert der zivile Zweck hinter dem militärischen.

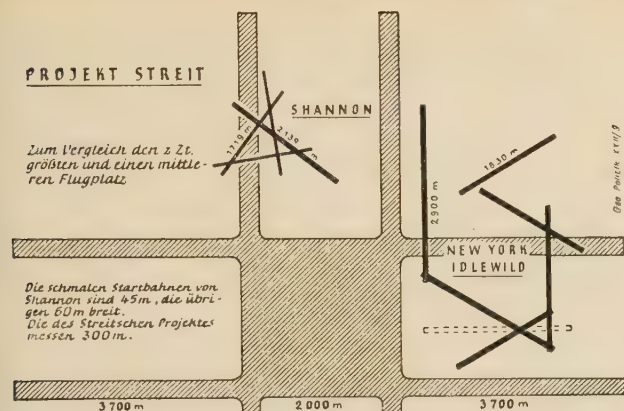
Der Widersinn der Erdbindung

Der freie Raum der Luft ist von der Technik erobert worden. Trotzdem bleibt das Werkzeug dieser Eroberung, das Flugzeug, an den Boden gebunden, und seine Erdbindung verhindert die volle Ausnutzung aller technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Solange man glaubt, das Flugzeug könne nur über den Horizontalstart die Luft gewinnen, solange wird man den wirtschaftlichen Chancen des Luftverkehrs nicht gerecht. Weil ein Flugzeug, das unter dieser Voraussetzung konstruiert ist, die untersten Geschwindigkeitsbereiche bis zu Null nicht beherrscht, kann eine Mindestunfallquote kaum unterschritten werden. (80—90 % aller Unfälle ereignen sich bei Start oder Landung.) Bei der ständigen Erhöhung der Geschwindigkeit, auch der Mindestgeschwindigkeit für Start und Landung, muß aus Sicherheitsgründen das Flugplatzsystem dauernd verändert werden. Die Anlagen der größten heutigen Flugplätze verschlingen mehr als eine halbe Milliarde DM, und Summen in dieser Höhe können nicht durch den Flugverkehr wieder hereingebracht werden. Deshalb muß ein Flughafen auch „zweckfremden“ Veranstaltungen dienen und zusätzliche Beträge aus Mieten, Pachten, Konzessionen usw. einnehmen. Er ist von sich aus durchschnittlich noch nicht wirtschaftlich. Er ist stets überdimensioniert, denn er kommt nur dann mit einer einzigen Start- und Landebahn aus, wenn die Wetter- und Bodenverhältnisse besonders günstig und besonders stabil sind. Sonst müssen wegen der Windabhängigkeit des Flugzeugs zusätzliche Startbahnen vorhanden sein, die niemals gleichzeitig voll beansprucht werden. Plätze mit mehreren Bahnen werden im günstigen Fall zu 50 Prozent genutzt, während bei „Häfen“ anderer Verkehrsmittel eine 100prozentige Nutzung die Kalkulationsgrundlage bilden kann.

Nun ist eine ungewöhnlich große Zahl dieser teuren, „hypertrophen“ Bodenanlagen im Verhältnis zur Zahl der Flugzeuge nötig, denn selbst ein einziges Flugzeug braucht zwei Häfen, wenn es einen „Verkehr“ durchführen soll. Die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) schätzt (für 90 Prozent des Weltluftverkehrs) das Vorhandensein von 2000 „aktiven“ Verkehrsflugzeugen, für die 600 Plätze nötig sind. Prof. Pirath nimmt einen Bedarf von 1300—1400 Weltflughäfen an, die *New York Port Authority* sogar 2600. Selbst wenn man dazu mit Pleines eine Flugzeugzahl von 3700 einsetzt, kommen nach der New Yorker Berechnung noch nicht einmal zwei Maschinen auf einen Platz. (Die Sowjetunion bleibt bei diesen Berechnungen außer Betracht.)

Das Projekt Streits für einen Superflughafen¹, das je zwei sich rechtwinklig kreuzende Start- und Landebahnen von je 10 km Länge und 300 m Breite bei



einem Seitenabstand von 2 km vorsieht, schafft wohl ausreichenden Raum für Blindlandungen und entwickelt überhaupt die bisherigen Grundsätze des Flugplatzbaus zu letzter Konsequenz, aber es ist nur von der Technik und nicht von der Wirtschaftlichkeit des Luftverkehrs aus gedacht.

Unendlicher Scharfsinn ist darauf verwendet worden,

die Geschwindigkeit des Flugzeugs durch stärkere Triebwerke und höchste Steigerung der aerodynamischen Zweckmäßigkeit zu erhöhen. Damit die Maschinen aber starten und landen können, hat dieselbe Technik ihre hochgezüchteten Flugeigenschaften durch Stör- und Landeklappen, reversible Luftschauben und unter Umständen sogar durch den Bremsfallschirm künstlich wieder verschlechtert. Dieser technische Widersinn schafft zusätzliche Kosten und außerdem neue Möglichkeiten für Störungen und Unfälle. Es entstehen Gewichts- und Raumverluste für die Zulast; das heißt: die Beförderungsleistung wird herabgesetzt, es werden weitere Ansprüche an die Ausbildung und während des Fluges selbst an die Aufmerksamkeit der Besatzung gestellt.

Das bisherige Standardflugzeug ist eine Fehlentwicklung. Bis jetzt haben die Konstrukteure die höchste Steigerung der Geschwindigkeit als ihre oberste Aufgabe angesehen. Durch diese Einseitigkeit sind wesentliche Forderungen nicht genügend beachtet worden: die Nullflugfähigkeit, ein wirtschaftlich vernünftiges Verhältnis zwischen Aufwand und beförderter Ladungseinheit und ein Abbau der Hypertrophie der Flugplätze. Der Geschwindigkeitsvorsprung des Flugzeugs vor anderen Verkehrsmitteln ist so groß, daß eine Steigerung um 20 oder 50 Stundenkilometer keine unerläßliche Bedingung für das Luftfrachtgeschäft ist. Die Geschwindigkeit darf nicht zum Götzen werden.

Senkrechter Start

Die einseitige Beachtung der Geschwindigkeit läßt vergessen, daß 120 Jahre vor dem ersten Aufstieg eines Flugzeugs der erste Menschenflug mit einem Senkrechstart im Ballon begann. Erst im gegenwärtigen Augenblick erfolgt die Abwendung von der bisherigen Konstruktionsrichtung in einem radikalen Umschwung. Man kann geradezu von der Entdeckung des Langsamfluges sprechen. Dieser Wandel des Denkens ist vielleicht eine größere Revolution als das Überschreiten der supersonischen Schwelle (Überschallflug) beim Ringen um Er-

¹ K. W. Streit: Weltflughäfen, ein problematisches Dilemma, Intern. Arch. f. Verkehrswiss., Mainz 1950, Nr. 18 S. 414

höhung der Geschwindigkeiten. In der Entwicklung zum Langsamflug liegt endlich eine Chance der Angleichung des Flugzeugs an die wirtschaftlichen Operationsbedingungen der anderen Verkehrsmittel.

Im zivilen und militärischen Hubschrauberbau der USA herrscht fast eine Typeninflation. Allerdings bedroht in Amerika bis jetzt der Hubschrauber den planmäßigen Streckenflug der Horizontalstartflugzeuge noch nicht, sondern er findet ein eigenes Betätigungsfeld im Vorortverkehr der Großstädte, den er entlastet und beschleunigt. Fünf viersitzige Maschinen vom Typ Sikorsky 51 der *Los Angeles Airways* haben für die Postzustellung im Stadtgebiet 36 Stunden Zeit erspart. Diese Gesellschaft fliegt seit Oktober 1947 mit durchschnittlich 1300 Stunden pro Jahr und Maschine unter Flugkosten von 7 Dollar pro Tonnenmeile (Flächenflugzeuge brauchen 20 Dollar!).

Das britische Luftfahrtministerium hat 1948 ein *Interdepartmental Helicopter Committee* eingesetzt, dessen Bericht die Eignung des Hubschraubers für den Kurzstreckenverkehr (80—500 km) feststellt. Er wünscht aus Sicherheitsgründen zwei Triebwerke in jeder Maschine und betrachtet ein Muster mit 20, bei kürzeren Strecken mit 28 Sitzen als wirtschaftlich tragbar. Zunächst werden 50 Maschinen, später mehr gebraucht. 1954 können die 10—12sitzigen Typen, 1958 die 20sitzigen einsatzbereit sein. *British European Airways* erproben schon eine Versuchsgruppe von fünf Hubschraubern.

Für den künftigen deutschen Luftverkehr empfiehlt der Luftverkehrsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstags den Einsatz von Hubschraubern. Es mag bezweifelt werden, ob die vorgeschlagenen 5 zehn- bis zwölfsitzigen Einheiten mit vier täglichen Einsätzen den Verkehrsanfall bewältigen können. Jedenfalls wird damit der „Flug-Gigantismus“ zugunsten einer Senkung des Aufwands vermieden.

Im Zeichen des Hubschrauberverkehrs kann der Raum- und Kapitelaufwand für Flugplätze auf einen Bruchteil der bisherigen Höhe zusammenschrumpfen. Der Hubschrauber kann entweder vorhandene Plätze benutzen oder neues Gelände in Anspruch nehmen, dann aber nicht mehr Platz als ein größerer Bahnhof, — während die großen Flughäfen soviel Fläche wie ein mittlerer Seehafen beanspruchen (Idlewild in New York oder Heathrow in London fast 2000 ha). Die Plätze können zu 100 % ausgelastet werden, weil Fakultativbahnen nicht mehr nötig sind. Bei genügender Größe können sogar mehrere Hubschrauber zugleich landen.

Die scharfe Pointierung des Neuen läßt natürlich viele Fragen unbeachtet und greift der tatsächlichen Entwicklung vor. Man darf auch nicht schematisch den Hubschraubereinsatz und den grundsätzlichen Übergang zum Vertikalstart gleichsetzen. Aber jedenfalls bahnt sich ein Gewinn größerer Sicherheit und größerer Wirtschaftlichkeit durch die Neubewertung des Langsamflugs und des Senkrechstarts an. Der Hubschrauber ist nicht einfach ein weiteres Muster für die kaum überschaubare Kollektion der vorhandenen Typen, sondern er wird die Struktur des planmäßigen Verkehrs ändern. Schon jetzt versieht er den Zubringer-, den *Intercity*- und den Kurzstreckenflug. Er reduziert die Anmarschzeit von der Stadtmitte zum Flughafen, die „Bodenzeit“, und gewinnt damit für den Luftverkehr einen zusätzlichen Vorsprung vor anderen Verkehrsmitteln.

Das „Wandelflugzeug“ als Synthese

Freilich dürfen die Überlegungen nicht bei der Antithese zum traditionellen Denken, dem Hubschrauber, der bei allen Vorzügen die Verkehrsgeschwindigkeit des Horizontalflugzeugs nicht erreichen kann, stehenbleiben. Es muß die Synthese zwischen dem konventionellen Flugzeug und dem Hubschrauber gesucht werden, ein neuer Typ muß die Vorzüge beider vereinen: hohe Flugsicherheit, damit starke Werbekraft für den Luftverkehr, — Unempfindlichkeit gegen Schlechtwetter und Dunkelheit, damit volle Ausnutzung von Bodenanlagen und Flugzeugen, — Schnelligkeit und Sparsamkeit. Wenn man auf die Mammutplätze verzichten kann, wird nicht nur Geld gespart und „Bodenzeit“ gewonnen, sondern dann kann der Luftverkehr auch geographisch schwierige Gebiete (z. B. Gebirgsländer, wo der Deckungswinkel groß ist) erschließen. Die Flugkontrolle wird einfacher und der Zubringerdienst kann erspart werden.

Bisher ist zu einseitig auf die Geschwindigkeit gesehen worden. Damit soll nicht gesagt sein, daß man sie in Zukunft vernachlässigen sollte. Die Turbinenentwicklung steht noch am Anfang, und in der Atomkraft liegen neue Möglichkeiten. Die Konstrukteure brauchen Zeit, um die neuen Chancen bis ins letzte ausschöpfen zu können und zugleich auf die verkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkte zu achten. Die bisherige Starrheit ist verständlich, weil Militärs nicht auf das Ausreifen der technischen Ideen warten mögen, sondern lieber auf den technischen Bahnen bleiben, die rasch zu brauchbaren Ergebnissen führen. Das wird anders, wenn der kommerzielle Zweck stärker in den Vordergrund rückt.

Das Wandelflugzeug wird zunächst in der Übergangsphase vom Senkrecht- zum Waagerechtflyg und zurück hohe Ansprüche an den Flugzeugführer stellen. Auch andere technische Schwierigkeiten bestehen, aber es ist sicher, daß man den geforderten Typ bauen kann. Auf dem Reißbrett gibt es ihn schon, und der Helidyne-Typ der Gyrodyne Co. of America oder der Chance Vought XF5U-1-Typ der United Aircraft Corporation für die USA-Marine stellen Versuchsmuster dar, die ihm praktisch sehr nahe kommen. Auch Prof. Tanks Triebflügelflugzeug kann für die Entwicklung dieser Konstruktionen eine wichtige Rolle spielen, es erschloß neue Wege, während man sonst die Wahl hat, entweder vom Hubschrauber oder vom Flächenflugzeug auszugehen, also den oberen oder den unteren Geschwindigkeitsbereich zu erweitern. Die Amerikaner nennen das Wandelflugzeug *Convertible Airplane*, *Convertoplane* oder *Convertaplane*.

Der Luftverkehr kann nur rentabel werden, wenn er sich an die Mahnung erinnert, die Rogmann an die Kraftfahrzeuge auf der Erde richtet¹; er sagt, vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus sei entscheidend, „daß im Verkehrsvorgang nur die erforderliche Zeit und die erforderliche Geschwindigkeit gewährleistet, nicht aber zu höheren Kosten eine unter allen Umständen kürzere Beförderungszeit mit entsprechend erhöhter Geschwindigkeit erzielt wird“.

¹ Dr. rer. pol. Rogmann, Zeit und Weg im Kraftverkehr, Intern. Arch. f. Verkehrsw., Mainz 1951, H. 6, S. 132

MATHIEU GILOT

*Der Zehnjahresplan für Belgisch-Kongo und seine Bedeutung für die europäische Zusammenarbeit**

Afrika am Ende des kolonialen Zeitalters

Schon im Jahre 1750 schrieb der damals 23jährige Jacques Turgot in seinen *Discours sur l'Histoire Universelle* die denkwürdigen Worte: *Les colonies sont comme des fruits qui ne tiennent à l'arbre que jusqu'à leur maturité.* („Die Kolonien sind wie Früchte, die nur bis zur Reife hängen bleiben.“) Heute wissen wir: dieser Satz ist die geniale Schlußfolgerung aus der Entwicklung der europäischen Kolonien. Was ist aus den europäischen Kolonien in Amerika, in Ostasien geworden? Wer sieht nicht, daß der Kolonialismus der Vergangenheit angehört?

In Zentralafrika allerdings scheint sich der Kolonialismus zu halten, ... einstweilen. Das ist der Fall, weil Afrika durch sein Klima und durch seine orographische Gestaltung der geschlossenste Kontinent der Welt ist, was seine Erschließung merklich verzögert hat. Aber bei den heutigen technischen Möglichkeiten wird die Entwicklung der dortigen Gebiete verhältnismäßig schnell vor sich gehen und auch diese Länder zur Selbständigkeit führen. Diese Erkenntnis ist ein triftiger Grund, die Kolonisatoren Zentralafrikas zu veranlassen, durch eine richtige, wohl bedachte Planung den Kolonien zu einer Selbständigkeit zu verhelfen, die für die Zukunft wenigstens die wirtschaftlichen Interessen der Mutterländer garantiert.

Ein weiterer Grund zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung Zentralafrikas liegt in der Tatsache, daß die Rohstoffe Ostasiens, wenn nicht ganz, so doch zum großen Teil für Europa verloren sind. Die dadurch im Wirtschaftsraum der westlichen Welt entstehenden Mangelercheinungen können nur beseitigt werden durch eine gesteigerte Produktion des afrikanischen Raumes. **A f r i k a m u ß d a s I n d i e n E u r o p a s w e r d e n.** Nie kann die europäische Fettlücke geschlossen werden ohne Afrika. Nie ist das ausgepowerte Europa von seinem Dollardefizit zu heilen ohne die wirtschaftliche Erschließung Afrikas.

Die Erschließung dieses ungeheuren Raumes in einer möglichst kurzen Zeitspanne kann nicht erfolgen ohne richtige Planung. Sie kann auch nicht erfolgen durch die einzelnen europäischen Mutterländer allein. Eine solche Planung müßte im Zusammenwirken aller europäischen Staaten entstehen, damit die gesamten Wechselbeziehungen der beiden Kontinente harmonisch geregelt werden.

Es mag paradox klingen, daß der Weg zur Europäischen Union leichter und schneller auf dem Umweg über eine europäische Zusammenarbeit in Zentralafrika zum Ziel geführt hätte als der tatsächlich eingeschlagene eines Versuchs zur direkten Verständigung. Leider haben Ressentiment, Eigennutz und nicht abgeklärter Nationalismus diese Wahrheit unerkannt gelassen oder nicht erkennen wollen.

Die USA haben versucht, im Rahmen des Marshallplanes und im Schoße des OEEC die Europäer zu solch einer Zusammenarbeit zu bringen. Sie haben die

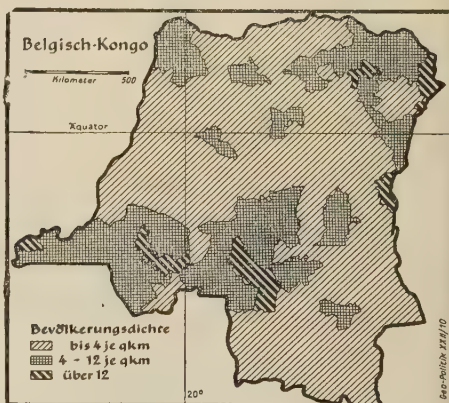
* Niederschrift eines Vortrags vor der Auslandswissenschaftlichen Gesellschaft e. V. in Hamburg.

Lepra usw. 4 983 000 Eingeborene untersucht. (Das ist fast die Hälfte der Bevölkerung.) Von den Untersuchten wurden 180 000 in Behandlung genommen.

Die Kolonie verfügte über 440 Ärzte, 40 Apotheker, 24 Zahnärzte. Diese wurden unterstützt durch 949 weiße und 3250 schwarze Arztgehilfen und Schwestern. Mehr als 160 000 Säuglinge befanden sich in ständiger Überwachung und Betreuung. Ich glaube, daß man sagen darf, daß die belgische Kolonialverwaltung in hygienischer Hinsicht schon vieles geleistet hat.

Der Arbeiter muß aber nicht allein gesund sein. In einer Zeit, in der die Maschine immer mehr den menschlichen Arm ersetzt (und das ist von großer Wichtigkeit in einem Gebiet, wo es an Arbeitskräften mangelt), müssen die Arbeiter geschult sein, um den gestellten Aufgaben gerecht werden zu können. In Belgisch-Kongo bestanden 1949 für die Eingeborenen 25 159 Schulen mit 902 224 Schulkindern. Diese Schulen wurden geleitet durch 1886 weiße und 34 371 schwarze Lehrkräfte. Auch das ist eine Leistung. Aber der Zehnjahresplan sieht noch eine Verdoppelung der bestehenden Schulen und Lehrkräfte vor.

Der Arbeiter muß schließlich auch den Willen zur Arbeit haben. In einem Gebiet, wo es genügt, zwei Monate im Jahr zu arbeiten, um ein kärgliches und armseliges Dasein nach Art der Vorfahren zu fristen, muß eine Anregung gefunden werden, die den Eingeborenen aus seinem *dolce far niente* zu regelmäßiger Arbeit bringt. Diese Anregung besteht in der Verbesserung des Lebensstandards: besserer Nahrung, besserer Kleidung, Verbrauchsgütern aller Art, besserer Wohnung usw. Damit jedoch der Neger sich diese Dinge anschaffen kann, muß er genügend verdienen, sei es als Arbeiter in den europäischen Unternehmen, sei es als selbständiger Bauer oder Handwerker. Aber auch dann kann er diese Dinge nur kaufen, wenn sein Verdienst genügend hoch und die angebotenen Güter billig genug sind. Es ist daher verständlich, daß eine richtige Wirtschaftsplanung dafür sorgen muß, daß die Löhne gerecht und die Verbrauchsgüter billig sind.



*Die Ausgangslage bei Beginn des Zehnjahresplanes**

Der Zehnjahresplan für das Kongogebiet ist wesentlich eine Wirtschaftsplanung. Die Autoren des Planes standen vor folgenden Fragen: Auf welche Art und Weise, mit welchen Methoden können wir die vielen Negerstämme der Kolonie richtig in den Kreislauf der Wirtschaft einschalten? Wie können wir uns die Sicherheit verschaffen, daß die Planung in erster Linie der Eingeborenenbevölkerung Nutzen bringt durch eine merkliche Erhöhung des Lebensstandards? Wird es uns gelingen, ein Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen Produktion und Konsum herzustellen? Welche Mittel und Methoden sind anzuwenden, damit am Ende der Planung die Wirtschaft der Kongokolonie stabiler und widerstandsfähiger gegenüber Konjunkturschwankungen dasteht?

* Der Zehnjahresplan ist begrenzt auf Belgisch-Kongo im engeren Sinne. Für das Treuhandgebiet Ruanda-Urundi ist ein besonderer Plan im Herbst 1951 aufgestellt worden.

Man darf den Begriff „Wirtschaft“ nicht zu eng auffassen. Es handelt sich nicht etwa nur um Produktion, Verteilung und Konsum. Es gibt darüber hinaus eine Anzahl verwandter Aufgaben. So ist es unmöglich, die sozialen Probleme aus einer Wirtschaftsplanung auszuschließen. Der Zehnjahresplan hat demgemäß auch mit diesen Problemen: Soziale Fürsorge, Hygiene, Ernährung, Erziehungswesen zu rechnen. Der Wohlstand der Bevölkerung hängt von der Zahl der einsatzfähigen Arbeitskräfte, von ihrer Kaufkraft, vor allem von ihrem Willen zur Arbeit ab.

Bei der Ausarbeitung des Planes mußte weiter dem augenblicklichen Zustand der Wirtschaft im Kongogebiet Rechnung getragen werden.

Die Wirtschaft Belgisch-Kongos ist leicht verletzlich, weil sie in ihrem inneren Kreislauf zu wenig von ihrer eigenen Produktion verbraucht oder verarbeitet. Eine solche Tatsache ist im Anfangsstadium einer Kolonisation unvermeidlich, sie wird aber im fortgeschrittenen Stadium gefährlich. Die Wirtschaft ist augenblicklich noch allein auf die Gewinne ihres Exportes angewiesen. Dieser Zustand ist nachteilig, weil der Export aus Rohstoffen besteht, deren Preis nicht in der Kolonie, sondern auf dem Weltmarkt festgesetzt wird, wo er wesentlich von der Konjunktur abhängt. Ein innerer Markt muß also erst geschaffen werden. Ebenso müssen die Rohstoffe so weit wie möglich an Ort und Stelle zu Halbfertigprodukten verarbeitet werden, damit sich die Preisgestaltung verbessert. Was Kupfer anbetrifft, so ist dieses Ziel freilich schon seit Jahren erreicht.

Die Wirtschaft Belgisch-Kongos steht unter dem Einfluß eines Struktur-Zwiespalts, weil neben der wirtschaftlichen Betätigung der Eingeborenen die europäischen Unternehmen stehen. Gewiß arbeitet eine große Anzahl Neger (15 Prozent der Bevölkerung) in diesen europäischen Unternehmen, aber der weit größere Teil (85 Prozent der Gesamtbevölkerung) lebt und arbeitet in heimatlichem Milieu: der eigenen Landwirtschaft. Diese Neger führen im Urwald oder in der Savanne ein sehr primitives Dasein und bearbeiten ihre Äcker noch mit einfachen Methoden und Werkzeugen. Das heißt, daß der größte Teil der Bevölkerung noch ein Leben nach Art der Vorfahren führt, ohne moderne materielle oder geistige Ausrüstung und bei einem Lebensstandard, der ihm nicht gestattet, in der Wirtschaft als Konsumentengruppe aufzutreten. Diese Massen müssen ausgebildet und mit modernen Hilfsmitteln versehen werden, wenn man will, daß sie ein Faktor der Stabilität und durch verbesserte Produktionsmethoden Konsumenten von Verbrauchsgütern werden. In bezug auf diese Umstellung der Bevölkerung ist zwar in den letzten 15 Jahren schon manches erreicht worden. Es ist der Verwaltung gelungen, einen Teil der Bevölkerung als Bauern seßhaft zu machen. 1949 bestanden neben den Nährmittelanpflanzungen folgende für den Export bestimmte Anpflanzungen der Eingeborenen: 314 000 ha Baumwolle, 150 000 ha Paddy, 20 000 ha Urena lobata,* 48 000 ha Palmbäume und 20 000 Heveabäume.

Schließlich zeigt die Wirtschaft Belgisch-Kongos die Folgen einer raschen Entwicklung. Schon 1939 war der Kongo aus den Kinderschuhen herausgewachsen und in das Jünglingsalter getreten, das heißt in die „Sturm- und Drangperiode“. In diesem schon an sich schwierigen Augenblick kam der Krieg mit dem Vorteil eines restlosen Absatzes der Produktion, aber mit dem Nachteil der plötzlichen Verpflichtung, in aller Eile durch Industrialisierung wenigstens einen Teil der früheren Einfuhr durch eigene Produktion zu ersetzen.

Die Produktion wurde intensiviert, bestehende Unternehmen wurden vergrößert und neue errichtet. Das alles geschah in einem Tempo, das keine planmäßige Steuerung zuließ.

Nach dem Kriege entdeckte man Mangelercheinungen, die man früher kaum geahnt hatte. Immer hatte man den afrikanischen Boden für sehr ergiebig gehalten. Unter dem Einfluß von Sonne und Regen schien er dank der reichlich zur Verfügung stehenden schwarzen Arbeitskraft ohne Mühe unerschöpfliche Reichtümer zu liefern.

Heute leidet die Kolonie unter Menschenmangel, und die Löhne steigen. Das letztere ist kein Übel; aber Seltenheit und Kostspieligkeit der Arbeitskräfte zwingen die Wirtschaft zu maschinellen Arbeitsmethoden. Diese verlangen technische Vorbildung der Arbeiter.

* Malvenart, deren Fasern genutzt werden (auch der Schleim für medizinische Zwecke).

Es scheint dem Laien lächerlich, daß in einem Gebiet von der achtzigfachen Größe Belgiens bei einer so geringen Einwohnerzahl Mangel an fruchtbaren Böden entstehen kann. Tatsächlich aber besteht diese Gefahr doch, und zwar für eine gar nicht so ferne Zukunft. Ungeheure Flächen des Landes sind durch Erosion und Laterisation für immer unfruchtbar geworden.

Bei der überstürzten Entwicklung der Wirtschaft während des Krieges konnten die Arbeiten an den Verkehrs- und Transporteinrichtungen nicht dem Tempo der Entwicklung folgen. Darum muß auch hier eingegriffen werden.

1945 stand man vor einem gewaltigen, aber nicht gleichmäßigen Aufschwung der Wirtschaft. Eine systematische, stufenweise, planmäßige und koordinierte Entwicklung war unmöglich. Auf vielen Gebieten mußten sprunghafte Fortschritte erzielt werden. Anderes mußte zeitweise unberücksichtigt bleiben. Es fehlte also ein harmonischer Ausgleich der Faktoren, die zusammen die Wirtschaft bilden. Es sei hierfür nur ein Beispiel angeführt: Die Anzahl der industriellen Unternehmen (und zwar ohne Transportwesen, ohne Bergbau und Metallindustrie, ohne Kraftwerke) betrug 1937 2314 Unternehmen. 1947 war diese Zahl auf 4277 gestiegen, hatte sich also fast verdoppelt. Schon an diesem Beispiel kann man sehen, daß eine richtige Planung der Wirtschaft bei Wiederkehr normaler Verhältnisse einsetzen mußte, wenn es nicht zu Katastrophen kommen sollte.

Das Ziel des Planes

Es ist ein Hauptziel der Planung, die Kolonie durch das Einschalten der Eingeborenenbevölkerung und ihrer Produktion in die Weltwirtschaft wirtschaftlich weitgehend selbständig zu machen. Da die Rohstoffe für den Export produziert werden, ihr Preis auf dem Weltmarkt bestimmt wird, muß mit beständigen Schwankungen dieser Preise gerechnet werden, wenn man den schwarzen Bauern einen regelmäßigen Gewinn verschaffen will. Das bedeutet, daß man den primitiven Negerbauern nicht nur zu einem fortschrittlicheren Landwirt erziehen und ihm hierfür technische Hilfe, moderne Werkzeuge und eine Ausbildung verschaffen muß, sondern auch, daß die Verwaltung durch Errichtung von Speichern, Lagerhäusern usw. dafür Sorge trägt, daß die Produkte im geeigneten Augenblick verkauft werden können und daß der Bauer Vorschüsse auf seine Ernte erhalten kann, denn von Konjunkturschwankungen versteht der Eingeborene nichts. Der Gewinn des Bauern wird immer relativ beschränkt bleiben in einem Lande, wo zwar sehr ausgedehnte Wasserstraßen zur Verfügung stehen, die Flüsse aber oft durch Wasserfälle oder Stromschnellen unterbrochen werden. Dann müssen die Waren vom Schiff auf die Eisenbahn und nachher wieder auf das Schiff umgeladen werden: Transporte sind im Kongogebiet verhältnismäßig teuer. Der Plan sieht daher auch Verbesserungen im Verkehrswesen vor.

Wenn nun der Bauer nur bescheidenen Gewinn erzielen kann, wenn dennoch sein Lebensstandard in jeder Weise gehoben werden soll, müssen ihm Verbrauchsgüter angeboten werden, die im Preis seinem Einkommen entsprechen. Das heißt, diese Verbrauchsgüter müssen billig sein. Das ist nur durch Produktion im Kongogebiet selbst mit landeseigenen Rohstoffen zu erreichen. Das aber bedeutet eine Industrialisierung der Kolonie, um die Transportkosten auf das mögliche Minimum zu verringern.

Der Plan hat also folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. Technische, soziale und finanzielle Hilfe, um den größten Teil der Bevölkerung (85 Prozent) zu selbsthaften Bauern mit rentablem Betrieb zu machen, während der andere, kleinere Teil (15 Prozent) zu qualifizierten Arbeitern, Beamten, Lehrern usw. erzogen werden muß.
2. Eine richtig geleitete Industrialisierung, um der Kongowirtschaft einen inneren Markt zu schaffen und um der Bevölkerung billige Verbrauchsgüter anbieten zu können.
3. Damit die erhöhte Produktion so schnell und so billig wie möglich abtransportiert werden kann, müssen die bestehenden Verkehrswege ausgebaut und verbessert werden. Um die Industrialisierung zu ermöglichen, müssen Energiequellen erschlossen werden.
4. Um die Schwarzen so viel wie möglich im heimischen Milieu als Bauern zu belassen und um die für die neuen Betriebe nötigen Arbeitskräfte aus den bestehenden Unternehmen herausziehen zu können, müssen diese Unternehmen weitgehend modernisiert und mechanisiert werden.

Die Mittel zur Ausführung des Planes

All diese Aufgaben sollen planmäßig und richtig koordiniert im Laufe von zehn Jahren erfüllt werden. Es ist vorgesehen, daß dafür etwa 5000 weiße Techniker und Spezialisten angeworben werden. Für die öffentlichen Arbeiten sind 35 000 Neger vorgesehen. Das ist sehr wenig. Die Arbeiten sollen aber mit modernen, mechanischen Methoden erfolgen. So schätzt der Plan, daß die vorgesehenen Straßenbauten nur 4000 schwarze Arbeiter bei modernen Arbeitsmethoden benötigen, während für dieselben Arbeiten bei den alten Methoden 47 000 nötig gewesen wären.

Der geldliche Aufwand für den Plan wird auf 50 Milliarden Franken geschätzt. Von diesen 50 Milliarden werden 25 für die Mechanisierung und Neuerrichtung von Industrien und Betrieben angesetzt. Diese 25 Milliarden sind durch die Unternehmer selbst aufzubringen. Die andere Hälfte ist durch die Verwaltung zu beschaffen. Die Verteilung dieser letzteren Summe auf die vorgesehenen Arbeiten soll folgendermaßen geschehen:

6 768 000 000	bfrs.	für die geistige und materielle Verbesserung der Lebensbedingungen der Eingeborenen (Hygiene, Wohnungen, Wasserversorgung, Schulen),
566 000 000	„	zugunsten der weißen Ansiedlung,
12 712 000 000	„	für das Verkehrs- und Transportwesen,
1 909 000 000	„	für Errichtung von elektrischen Zentralen,
1 865 000 000	„	für Einrichtung oder Ausbau von öffentlichen Diensten,
1 388 000 000	„	für die Entwicklung der Eingeborenen-Landwirtschaft.

Das macht zusammen 25 228 000 000 Franken. Woher soll dieses Geld nun kommen? Ein Teil der Ausgaben wird bei Ingangsetzung der errichteten Anlagen wieder eingenommen werden, — schätzungsweise 5 Milliarden. Soweit kann die Investierung als rentabel angesehen werden, so daß sich Geld dafür leicht finden läßt. Die übrigen 20 Milliarden erwartet man teilweise vom Marshallplan und teilweise von öffentlichen Anleihen der Kolonie, die im Kongo selbst, in Belgien und im Ausland aufgelegt werden sollen.

Die Bedeutung des Planes für die weißen Kolonisatoren

Das Hauptziel des Planes: „Hebung der schwarzen Bevölkerung nach Zahl und Charakter“ ist von allgemeinem Nutzen nicht nur für die heute bestehenden europäischen Unternehmen, sondern auch für jede Planung einer zukünftigen gemeinsamen Entwicklung von Europa und Afrika. Für manche der seit Jahren bestehenden europäischen Unternehmen bringt er gewiß Sorgen, weil er die Betriebe zwangsläufig zur Mechanisierung verpflichtet und die Löhne steigert. Man will aber mit der „Schaumlöffelpolitik“ Schluß machen, und das ist besser.

1949 betrug die von europäischen Unternehmen bebaute Fläche:

an Palmwäldern	45 000 ha
an Elaisplantagen *	112 000 ha
an Kaffeeplantagen	56 000 ha
an Kakaoplantagen	16 000 ha
an Heveaplantagen	56 000 ha

Es gab weiter je 1000 bis 5000 ha Plantagen für Sisal, Pyrethrum, Chinarinde, Tee, Tabak, Zuckerrohr und Aleuriten.

Der Viehbestand der Kolonie betrug im selben Jahre

in europäischen Unternehmen 350 000 Stück,

in Eingeborenenbesitz zwei Millionen Stück, wovon jedoch der größte Teil Ziegen und Schafe waren.

Die Viehwirtschaft weißer und schwarzer Unternehmer zusammen lieferte 1949:

514 000 kg Butter,

173 000 kg Käse,

11 Millionen Liter Milch,

622 000 kg Felle, wovon ein Teil schon im Kongo selbst in Gerbereien zu Leder verarbeitet wurde. Aus diesem wurden an Ort und Stelle 453 000 Paar Schuhe hergestellt.

Die Bergwerksunternehmen bringen nicht nur den Gesellschaften, sondern auch der an ihnen beteiligten Verwaltung große Gewinne. Die Art der geförderten Bodenschätze ist bekannt: Diamanten, Gold, Kupfer, Zinn, Wolfram, Kobalt, Zink, Blei, Eisen, Mangan, Kohle, Silber, Kadmium, Wismut und *last not least* Uranerze.

1949 betrug die Produktion von

Gold	10 584 kg
Schmuckdiamanten	55 000 karat
Industriediamanten	9 000 000 karat
Kupfer	142 000 Tonnen
Zinn	16 000 Tonnen
Kohle	152 000 Tonnen

Für die Bergwerksunternehmen wird sich in Kürze eine nicht unbeachtliche Schwierigkeit ergeben. Außer Kupfer werden heute noch alle Erze und Mineralien im Tagbau gefördert. Die zu Tage liegenden Schichten sind aber so gut wie erschöpft, und man muß zum unterirdischen Abbau übergehen. Es handelt sich also für die meisten Gesellschaften um eine kostspielige Aufgabe. Kostspielig ist sie um so mehr, als wegen des Mangels an Arbeitskräften nur ganz moderne maschinelle Arbeitsmethoden angewendet werden dürfen.

Für die Erweiterung, Modernisierung und Mechanisierung sowie für neue Betriebe erwartet die Verwaltung die nötigen Investitionen von den Unternehmern

* Elais ist eine Ölpalmanart

selbst. Die geplanten Arbeiten dieser Art erfordern einen privaten Geldaufwand von 25 Milliarden Franken. Für kleinere Unternehmen, besonders für Unternehmen von Einzelpersonen, werden Kredite zur Verfügung gestellt. Das gilt ebenfalls für weiße Einwanderer. Die Einwanderung von weißen Siedlern aller Art: Landwirten, Viehzüchtern, Handwerkern, Kleinindustriellen, in dazu besonders geeignete Gebiete soll systematisch durchgeführt werden. Der Plan geht von der Ansicht aus, daß die Verwaltung die Einwanderung von Siedlern durch teilweise Übernahme der ersten Einrichtungskosten, durch Errichtung von Musterbetrieben und Verarbeitungsbetrieben unterstützen muß.

Die Bedürfnisse der Eingeborenen

Die geringe Bevölkerungsdichte, die ungleichmäßige Bevölkerungsverteilung, der Trieb zur Abwanderung in die Stadt und in die Industriezentren bieten für die Planung umso größere Schwierigkeiten, als der Plan den größten Teil der Eingeborenen als sesshafte Bauern im heimischen Milieu festhalten will.

Die Kongokolonie zählte 1949 schon 33 Städte mit mehr als 5000 Einwohnern, darunter die Hauptstadt Leopoldville mit 160 000 Seelen. Wenn man die Mangelzustände bei der Bevölkerung bedenkt, ist es verständlich, daß der Plan 7 von 25 Milliarden für die Hebung des Lebensstandards und der Volksgesundheit vorsieht. Es handelt sich dabei auch um Bekämpfung der Unterernährung, die besonders auf den Mangel an Protein zurückzuführen ist. Hier soll geholfen werden durch Intensivierung und Verbesserung der Viehzucht, durch Errichtung einer Seefischerei mit Fisch-Konservierung, durch die Anlage von Fischkulturen. Für die Städte ist eine bessere Trinkwasserversorgung vorgesehen. Auch für mehr und bessere Kleidung und Wohnung wird gesorgt. Selbstverständlich sollen die bestehenden Maßnahmen auf hygienischem Gebiet erweitert und vertieft, die Zahl der 25 000 Schulen soll verdoppelt werden.

Vor fünfzig Jahren war die Bevölkerung im beständigen Rückgang durch Krankheiten und Unterernährung. 1948 konnte man einen Geburtenüberschuß von 70 000 feststellen.

Die Negerstämme der Kolonie sind zum größten Teil Bauern. Aus diesem Grunde, und auch, weil man eine Proletarisierung der Eingeborenen verhindern will, steht die gesamte Planung im Zeichen der landwirtschaftlichen Entwicklung. Die vorgesehene Industrialisierung ist dabei nur Mittel zum Zweck.

Gerade die jungen, arbeitsfähigen Männer wandern in die Stadt oder in ein Industriezentrum. Hierdurch entsteht im heimatlichen Milieu ein sozial und wirtschaftlich ungesunder Zustand. Dies Problem macht den Planern nicht wenig Sorge. Man hofft jedoch, es durch allgemeine Hebung des Lebensstandards lösen zu können.

Die Landwirtschaft der Eingeborenen

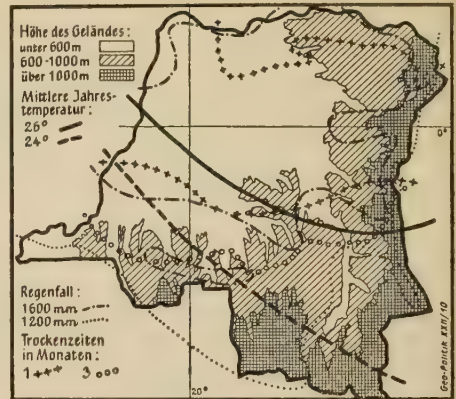
Der Plan bemüht sich nicht nur um eine systematische Auswahl der Kulturpflanzen und eine Erhöhung der Produktion, sondern auch um die Erhaltung der natürlichen Reichtümer des Bodens. Er bekämpft Erosion und Laterisation und bemüht sich um eine Verbesserung und richtige Verwertung der Produkte.

Das weltberühmte landbauwissenschaftliche Institut INEAC, das sich seit langen Jahren dem Studium der tropischen Kulturen, der Bekämpfung der Schädlinge usw. widmet und wirklich Großes im Kongo geleistet hat, steht den Planern für die wissenschaftlich fun-

dierte Entwicklung der Landwirtschaft zur Verfügung. Das Institut hilft den Negern bei der Auswahl der Kulturen und der dafür geeigneten Böden, liefert ihnen veredelte Saaten und überwacht ihre Arbeiten.

Europas Zeitungen wachsen im afrikanischen Urwald. Daran haben die Autoren des Planes gewiß gedacht, als sie eine stärkere Abholzung vorsahen. Es ist aber auch die Wiederaufforstung der abgeholzten Wälder vorgesehen. Jährlich sollen wenigstens 1500 ha wiederaufgeforstet und 3500 ha Neuwald angelegt werden. Diese Wiederaufforstung spielt eine große Rolle bei der Bekämpfung der Erosion.

Auch eine Erhöhung und Verbesserung der Viehbestände soll mit Hilfe von Tierärzten systematisch durchgeführt werden. Um die hier entstehenden Produkte im allgemeinen Sinne des Planes zu verwerten, sollen Molkereien, Käsereien, Gerbereien und Fleischkonservenfabriken neu errichtet werden.

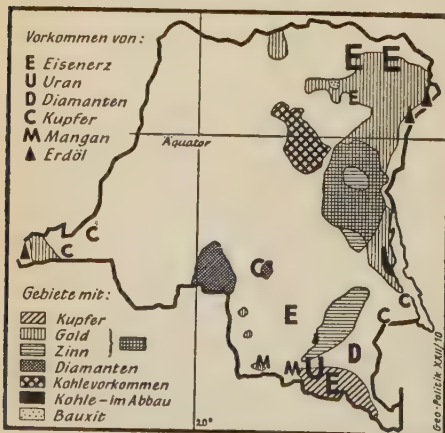


Die Industrialisierung

Man strebt eine starke Industrialisierung an

1. weil die für den Export bestimmten Rohstoffe die ersten Verarbeitungsstufen durchlaufen sollen, damit die Ausfuhr wertvoller ist. (So sollen nicht die Erze, sondern die Metalle exportiert werden, nicht die Palmkerne, sondern Palmkernöl usw.)
2. weil man für die Eingeborenen Gebrauchsgüter herstellen will, die billiger sind als die heute importierten.

Hier kann man sich die Frage stellen (und durch die belgische Industrie ist sie sehr klar gestellt worden), inwieweit diese Politik die europäische Exportindustrie schädigt.



Wirtschaftler, die den Plan kritisch beurteilt haben, sind der Meinung, daß der belgischen und europäischen Exportindustrie nicht nur kein Schaden, sondern Vorteile entstehen werden. Es wird sich lediglich um eine Umstellung des Exports handeln. Der Ankauf der Maschinen und des nötigen Materials für die großen im Plan vorgesehenen Arbeiten, die weitgehend mechanisch ausgeführt werden sollen, für die Mechanisierung der bestehenden Unternehmen, für die Errichtung der neuen Industrien repräsentiert, wertmäßig gesehen, eine viel größere Summe als der Betrag, der dem heutigen Export verlorengehen wird. Da der Plan eine große Anzahl von Gebäuden und Wohnungen vorsieht, werden Betriebe der Bauindustrie aller Art errichtet. In der metallverarbeitenden Industrie

sollen landwirtschaftliche Werkzeuge, Bleche, Metallverpackungen, Kabel, Haushaltsartikel gefertigt werden. In der chemischen Industrie sollen hergestellt werden: Soda, Chlorprodukte, synthetisches Benzin. Die Glas- und Tonindustrie soll liefern: Flaschen, sanitäre und Haus-

haltsartikel aus Ton. In der Textilindustrie sind Neuerrichtungen von Webereien, Strickereien und Konfektionswerkstätten vorgesehen. Das erschöpft aber keineswegs die Liste der Industrien, die der Wirtschaft im Kongo nach zehn Jahren zur Verfügung stehen sollen.

Die Eingeborenenbevölkerung kaufte 1949 pro Kopf sieben Meter Gewebe. Das macht für 11 Millionen 77 Millionen Meter. Die Textilindustrie der Kolonie lieferte im gleichen Jahr 28 Millionen Meter Gewebe, also etwas mehr als ein Drittel des Verbrauchs. Dieser Verbrauch von sieben Meter pro Einwohner ist sozialwirtschaftlich zu gering. In Ägypten beläuft sich der Verbrauch auf 16 Meter pro Einwohner. Der Plan will, daß 1959 die Kongoneger rund 15 Meter pro Kopf kaufen. Das bedeutet eine Verdoppelung des heutigen Verbrauchs. Wenn die Textilindustrie der Kolonie den heutigen Verbrauch decken wollte, müßte sie verdreifacht werden, und für den Bedarf von 1959 müßte sie versechsfacht sein. Das ist natürlich Theorie, und noch lange werden bestimmte Gewebe importiert werden. Aber eine ansehnliche Ausbreitung der bestehenden Textilfabriken ist möglich.

Die Ausrüstung mit Produktionsmitteln

Fast 13 Milliarden Franken sieht der Plan für die technische Ausrüstung vor. Neben einer Verbesserung der technischen Mittel bei den amtlichen Dienststellen (für Städtebau, Kartographie, Geodäsie, Geologie, Hydrologie und Meteorologie) werden große Stapelhäuser eingerichtet, die bei schwacher Konjunktur die Produktion aufnehmen sollen (Kühleinrichtungen usw.). Hauptsächlich aber wird in diesem Zusammenhang mit großen Mitteln und ganz modernen Methoden die Ausweitung und Verbesserung der Verkehrs- und Transporteinrichtungen geplant. Der Ausbau der Verkehrswege und die Intensivierung des Baues von Transportmitteln sind unerläßliche Vorbedingungen für die Weiterentwicklung der Wirtschaft. Es wird eine neue Eisenbahnlinie gebaut werden, die Wasserstraßen werden verbessert, heute unbefahrbare Strecken sollen schiffbar gemacht, die bestehenden Häfen erweitert und neue angelegt werden.

Außer der hydro-elektrischen Energie werden im Kongo als Energiequellen benutzt: Holz, Kohle, Koks, Mineralöl. Der Plan sieht vor, daß hauptsächlich neue hydro-elektrische Energiequellen erschlossen werden. Die durch den Kongostrom und seine Nebenflüsse hierfür gebotenen Möglichkeiten sind sehr groß, man beabsichtigt, die vorhandenen Fälle und Stromschnellen auszunutzen. Man hat berechnet, daß mehr als elf Milliarden PS zur Verfügung stehen. Für den Ausbau der Energiequellen nennt der Plan einen Geldaufwand von nahezu zwei Milliarden Franken.

Die Mechanisierung der Betriebe

Ob die Mechanisierung schnell genug durchgeführt werden kann, um die nötigen Arbeitskräfte für die neue Industrialisierung frei zu machen, ist schwer vorauszusagen. Auf diesen wunden Punkt bezieht sich auch die einzig wirklich ernsthafte Kritik an dem Plan. Kolonialwissenschaftler und Kenner des demographischen Zustandes der Kolonie fürchten, daß man sehr schnell vor einem Mangel an Arbeitskräften stehen wird. Dies würde eine anormale Steigerung der Löhne zur Folge haben, wodurch die Preise steigen müßten und die erstrebte Kaufkraft-erhöhung bei den Eingeborenen illusorisch gemacht werden würde. Die Verfasser des Planes geben zu, daß sie in dieser Hinsicht zeitweise Schwierigkeiten erleben werden, betonen jedoch ihre Überzeugung, sie überwinden zu können.

Die Bedeutung des Planes für die europäische Zusammenarbeit

Man hat bei den Bemühungen um eine europäische Verständigung wohl den verkehrten Weg eingeschlagen. Der in Europa herrschende wirtschaftliche Notstand hätte in den Vordergrund jeder Verhandlung und jeder Besprechung gerückt werden müssen. Dann wäre man wahrscheinlich schnell zu der Erkenntnis gekommen, daß eine gemeinsame, großzügige Planung der eurafrikanischen Wirtschaft durch alle daran mittelbar und unmittelbar interessierten Staaten, Abnehmer und Produzenten zur Gesundung der europäischen Wirtschaft unendlich viel beigetragen und dem Marshallplan viele Millionen Dollar erspart hätte.

Soll hiermit gesagt werden, daß der Zehnjahresplan für Belgisch-Kongo nur den belgischen Interessen dient? Keineswegs, denn dieser Plan ist in seinen großen Zügen und besonders in seinem Hauptziel so gedacht, daß er leicht und mit Vorteil in eine Gesamtplanung für Zentralafrika eingebaut werden kann. Der Plan strebt gerade die Lösung des wichtigsten Problems einer zentralafrikanischen Wirtschaftsordnung an: die Gesundung der Eingeborenenvölker durch die Hebung ihres geistigen und materiellen Lebensniveaus. Das ist die überall in diesem Raum noch zu leistende kolonisatorische Arbeit. Die dabei im Kongo schon vor dem Plan erreichten Resultate sind nicht zu unterschätzen.

Auch französischerseits ist ein Plan ausgearbeitet worden, der sich in erster Linie auf Nordafrika erstreckt. In diesem Plan des ehemaligen Botschafters Labonne wird die gesamteuropäische Mitarbeit vorgesehen. In dieser Hinsicht geht er also weiter als der belgische. Aber eine Wirtschaftsplanung für Nordafrika ist sehr verschieden von einer Planung für Zentralafrika. Das soll nicht etwa heißen, daß die Planungen für die beiden klimatisch und demographisch verschiedenen Gebiete ohne Beziehung zueinander vorgenommen werden sollten. Im Gegenteil: die Mangelerscheinungen Europas, besonders der Fettmangel, müssen beiden Planungen das Ziel andeuten. Darum sollten sie in Verständigung mit allen Interessierten ausgearbeitet und zur Verwirklichung gebracht werden.

Das Interesse Deutschlands am Zehnjahresplan

Neben dem allgemeinen Vorteil, daß jede gesteigerte Rohstoff- oder Ölproduktion in Afrika einen Vorteil für die europäische, also auch die deutsche Wirtschaft bedeutet, ist es klar, daß die großen, mit modernen Maschinen und Material auszuführenden Arbeiten, die Mechanisierung der bestehenden Betriebe, die Errichtung einer großen Zahl neuer Industrien dem deutschen Export große Möglichkeiten bieten. Bei der Ausnutzung dieser Möglichkeiten muß der deutsche Exporteur sich Rechenschaft geben, daß die zum Import in den Kongo nötigen Voraussetzungen durch den Krieg und durch die zehnjährige deutsche Abwesenheit von diesem Markt wesentlich verändert worden sind.

Im Rahmen des jetzigen Planes kann man sich auch noch eine andere Zusammenarbeit zwischen Belgien und Deutschland vorstellen: die gemeinsame Errichtung von Industrien oder die Erweiterung von bestehenden großen Unternehmen. Das wird aber erst möglich sein, wenn Deutschland über mehr Kredit verfügt oder wenn es Gelegenheit hat, hierfür andere Länder zur Mitarbeit heranzuziehen.

Der neue Orient — Tatsachen gegen Agenturmeldungen

Gedankenlose oder verantwortungslose Publizistik?

Jedes Land hat seine eigenen Sorgen. Die deutsche Bevölkerung interessiert sich nicht für Kaschmir, und die Menschen in Indien interessieren sich nicht für das Saargebiet. Wohl bestehen rasche Verkehrsverbindungen um die ganze Erde, wohl hängen die Nationalwirtschaften voneinander ab, und ein Land kann von politischen Ereignissen in weiter Ferne betroffen werden. Ein Weltkrieg begann um Bosnien oder Belgien, ein anderer um Prag oder Danzig, und indische Bauernsöhne wurden Soldaten, ohne daß sie etwas von der Weichsel oder der Moldau, der Maas oder der Save gewußt hätten. Deutsche Arbeiter wissen nichts vom Jhelum, und Kaschmir liegt so weit von München wie Helmstedt von Srinagar oder Abadan. Im „globalen“ Zeitalter lebt doch jeder Mensch noch immer im Bezirk seines Alltags.

Die Zeitungen allerdings berichten über die fernsten Winkel der Erde. Wenn Reuter, UP und AP den Kaschmir-Konflikt für wichtig halten, füllen sie damit die Spalten der deutschen Zeitungen, so wie sie umgekehrt der *Hindustan Times* Nachrichten über Berlin oder niedersächsische Landtagswahlen liefern.

Es wäre alles in Ordnung, wenn jeder sich um seine Angelegenheiten kümmerte und die Nachrichten aus einem fernen, wenig bekannten und noch weniger verstandenen Lande mit der allen Agentur- oder Korrespondentenmeldungen gegenüber nötigen Vorsicht zur Kenntnis nähme. Leider aber gibt es in Deutschland Publizisten, die in Leitartikeln oder Kommentaren ihre Ansicht zu Dingen äußern, um die sie sich nicht ernsthaft bemüht haben. Sie versichern ihre Sachlichkeit und glauben, unparteiisch zu sein. Trotzdem beschränken sie sich nicht auf eine vorsichtige Zusammenstellung der Meldungen, sondern sie fällen Urteile über die Zweckmäßigkeit und Löblichkeit der einen und die Unzweckmäßigkeit und Verwerflichkeit der anderen Maßnahme eines fremden Staatsmannes. Sie tadeln die Kaschmir-Politik des Ministerpräsidenten Nehru, während sie andere Seiten seines politischen Verhaltens und seine Grundauffassungen für höchst lobenswert erklären.

Es wäre nicht nötig, diese Äußerungen besonders ernst zu nehmen, wenn nicht die Beziehungen zwischen Deutschland und dem Orient einer besonders sorgsamten Pflege bedürften. Deutschland ist machtlos, und auch Indien oder Ägypten können für Deutschland wenig tun. Aber sie könnten Deutschland im geistigen und im wirtschaftlichen Austausch viel bieten, so wie sie selbst manches von einem Deutschland erwarten, das Rücksicht auf ihre nationalen Empfindlichkeiten nimmt. Der Austausch, der beiden Seiten nur zum Nutzen dienen kann, wird schwierig oder unmöglich gemacht, wenn die deutsche Presse, die selbstverständlich schreiben darf und mag, was sie für richtig hält, nicht von sich aus taktvolle Zurückhaltung übt.

Die Nationen des Orients mögen in der Gegenwart empfindlicher sein, als es die Größe ihrer Länder fordert. Sie wünschen aber nicht, darüber belehrt zu werden.

Wer sich mit ihrer Empfindlichkeit nicht abfindet, der wird damit rechnen müssen, daß sie sich ihrerseits für seine Wünsche und Angebote nicht sehr interessieren. Deutschland gewinnt bestimmt nichts, wenn einige Publizisten sich die Genugtuung verschaffen, es besser zu wissen als die Beteiligten selbst.

Gerade deutsche Belehrungen hört der Orient besonders ungern. Seine außenpolitisch interessierten Kreise glauben, daß Deutschlands eigene Probleme sehr schwer und noch fern einer Lösung sind. Sie halten es für geschmacklos, wenn ein machtloses, zerrissenes, richtungsloses Land, das noch im Schatten einer schweren Katastrophe steht, aus der Sucht zum weltpolitischen Mitreden Ratschläge in Fragen erteilt, die es nicht selbst betreffen. Der Orient erwartet seinen eigenen Fragen gegenüber verständnissuchende Zurückhaltung von Deutschland.

Viele Kreise im Orient sind das, was man „deutschfreundlich“ nennt. Sie wissen, daß die deutsche Sprachwissenschaft große Leistungen vollbracht hat. Sie achten die deutsche Geistesarbeit, die naturwissenschaftlichen, ärztlichen, technischen Fähigkeiten der Deutschen, die Stärke der deutschen Wirtschaft. Deutschland war an der Kolonialherrschaft im Orient nicht beteiligt, ein großer Teil der deutschen Öffentlichkeit stand dem Freiheitsstreben der dortigen Völker mit aktiver Sympathie gegenüber, und Deutschland hat, soweit es seine sehr begrenzte Kraft erlaubte, im Ersten und Zweiten Weltkrieg Männern seine Unterstützung gegeben, die eine völlige Befreiung ihrer Heimat anstrebten.

Allerdings weiß man auch, daß zahlreiche Deutsche die britischen Ansichten über den Orient unbesehen übernahmen und mit ihrem eigenen Überwertigkeitskomplex verbanden. Man weiß, daß manche Deutsche Indien, Persien oder Arabien nur als romantische Märchenländer schätzten und sich wenig um den Alltag der einheimischen Bevölkerung kümmerten. Inder, Perser oder Ägypter, die Deutschland kennen, sehen, daß noch heute deutsche Demokraten aus allgemeiner Charakterlosigkeit auch in den Fragen ihrer Heimat die Thesen der britischen Besatzungsmacht übernehmen und daß andererseits „nationale“ Kreise in Deutschland nicht über die Ansicht hinauskommen, daß der Abzug der Engländer einen schweren Schlag für die „weiße Rasse“ bedeutet habe. Will man den Engländern helfen, Indien zurückzuerobern? (Die Engländer haben übrigens keineswegs diese Absicht!) Wenn man das nicht will, warum äußert man sich unfreundlich über ganze Staaten oder einzelne Maßnahmen ihrer Politik? Strebt man unter allen Umständen danach, sich Freunde zu verscherzen?

Der Kaschmir-Fall

Die deutschen Urteile über Kaschmir sind ein gutes Beispiel für die Gefahr, in der sich die deutsch-indischen Beziehungen befinden.

Die Kaschmirfrage ist keine Konfessionsfrage. Daher sind die Vergleiche mit Haiderabad abwegig, zu denen sich auch die deutsche Publizistik verleiten läßt, indem sie Indien mangelnde Konsequenz vorwirft. Es ist nicht richtig, daß Indien seinen Einmarsch nach Haiderabad damit begründete, daß dort die Bevölkerungsmehrheit hinduistisch sei. Der Einmarsch wurde damit begründet, daß durch den Terror einer kleinen Minderheit Anarchie in diesem Gebiet drohe, das geographisch mitten in der Indischen Union liegt. Daher kann die mohammedanische Mehrheit in Kaschmir nicht als Argument gegen Indien gebraucht

werden. Die Mehrheit der politisch wachen und aktiven Elemente Kaschmirs arbeitete schon vor dem Ende der britischen Herrschaft mit der indischen Kongreßpartei zusammen, und zur organisierten Partei dieser Mehrheit gehörten Hindus, Moslems, Sikhs und Angehörige anderer Religionsgemeinschaften. Das religiöse Argument sollte in einer sachlichen Diskussion der Kaschmirfrage nicht erwähnt werden.

Das Agrarland Pakistan braucht Kaschmirs Reichtum: Wasserkraft, Eisen, Kohle, Kupfer, Manganerze, Obst, Seide, Heilpflanzen, Holz und Erzeugnisse besonderer handwerklicher Überlieferung. Westpakistan fürchtet, ohne Kaschmir auf die Dauer nicht lebensfähig zu sein. Indien will nicht, daß Pakistan durch das wirtschaftliche Potential Kaschmirs noch mehr gestärkt wird, denn es glaubt, in einem solchen Falle weitere Forderungen des neugeschaffenen, aus der Einheit des alten Subkontinents herausgeschnittenen Moslemstaates fürchten zu müssen. Indien will einen Nachbarstaat, dessen Sezession ihm schwere Wunden geschlagen hat, nicht durch neue Nachgiebigkeit im Willen zur Expansion bekräftigen.

Vor 1947 gingen 80 % der Ausfuhr Kaschmirs nach Indien und nur 18 % nach Pakistan (vor allem Floß-Holz auf den Flüssen). 78 % der Einfuhr, — Textilien, Reis, Tee —, kamen aus dem Gebiet der heutigen Indischen Union und nur etwa 20 % aus dem Gebiet des heutigen Pakistan, — Baumwolle, Salz usw. Am Fremdenverkehr war Indien mit 90 % beteiligt.

Indien kann und will Pakistan nicht von Kaschmir aus das Wasser der Flüsse sperren oder ableiten. Es ist froh, wenn die Wasser des Gebirgslandes die Ebenen des Subkontinents bewässern, — auch die Ebenen, die heute hinter einer neu gezogenen Grenze liegen.

Als innerhalb von 10 Wochen die Teilung des Subkontinents durchgeführt wurde, blieb die Stellung der Fürstenstaaten zunächst ungeklärt. Es war nicht daran gedacht, ihnen Selbständigkeit zu geben (wie die Parteigänger der Fürstenherrschaft in Haiderabad behaupteten). Trotzdem versuchten die Fürsten in Haiderabad, Belutschistan und Kaschmir, ihre Länder zu unabhängigen Staaten zu machen. Belutschistan mußte dem Druck Pakistans weichen und sich diesem Staat anschließen, Haiderabad kam gemäß den Wünschen seiner Bevölkerung nach dem Einmarsch der indischen Armee in ein enges staatsrechtliches Verhältnis zu Indien.

In Kaschmir bestand ein Konflikt zwischen dem Maharadscha (einem Hindu!) und der indienfreundlichen, dem Kongreß nahestehenden Volkspartei Scheich Abdullahs (eines Mohammedaners!). Trotz dieses Konfliktes wollte Indien von sich aus Kaschmir anders behandeln als alle anderen Fürstenstaaten und ihm mit Rücksicht auf seine historisch erwachsene Einheit und Eigenart Autonomie in allen inneren Fragen gewähren (wie die Himalajastaaten Sikkim und Bhutan Autonomie genießen und wie Nepal nicht einen Teil Indiens bildet, sondern nur zur Einflußsphäre Indiens gehört. Indien dachte an eine ähnliche Lösung für die ihm zuneigende Nordwestgrenzprovinz und schenkt daher noch heute der Autonomiebewegung dieses Gebirgslandes, die mit dem Schlagwort Puschtunistan arbeitet, Aufmerksamkeit und Sympathie). Während noch Verhandlungen schwebten, drangen Gebirgsstämme vom pakistanischen Gebiet her in Kaschmirs nördliche Gebirgslandschaft Baltistan ein, und die pakistanische Armee begann ihren Einmarsch, der sie nach Mirpur, Puntsch (Poonch) und Muzzafarabad im Staatsgebiet Kaschmirs führte. In der Stunde der Gefahr wandten sich der Maharadscha und die Volkspartei gemeinsam an Indien und erklärten sich zum Anschluß bereit. Ministerpräsident Nehru sandte Truppen, hinderte aber als überzeugter Pazifist die indische Armee und Luftwaffe an einer vollen Entfaltung ihrer Kraft. Es wurde die Demarkationslinie gezogen, und Indien appellierte an die UNO, die Pakistan zur Zurücknahme der einmarschierten Truppen veranlassen sollte.

Viele Inder zweifeln, ob Ministerpräsident Nehru gut daran getan hat, die UNO anzurufen. Die ausschlaggebenden Mächte zählen dort die Stimmen, die sie aus politischen Gründen brauchen. Sie nehmen auf Pakistan Rücksicht, weil sie auf die Stimmen der islamischen Staaten bei kritischen Abstimmungen oder internationalen Aktionen Wert legen. Sie wollen daher vermitteln, wo es nach indischer Meinung nichts zu vermitteln gibt. Das Ergebnis ist ein endloser Kuhhandel, in dem alle klaren Positionen verwischt werden, bis vor der Welt ausgerechnet der Pazifist Nehru als unbeugsam und starr erscheint, während Pakistan, das für Großbritannien einen umso höheren Bündniswert hat,

je stärker die britische Position in Persien und den Ländern arabischer Sprache bedroht ist, nach vollzogenem Einmarsch in ein Nachbarland den Eindruck kompromißbereiter Friedensbereitschaft macht.

Indien kann nicht erwarten, daß Deutschland seinen Standpunkt teilt oder sich sehr für die Kaschmirfrage interessiert. Es kann aber erwarten, daß Deutschland auf ein Urteil in einer Sache verzichtet, die nicht die seine ist. Für Indien ist Kaschmir eine Lebensfrage. Deshalb sollte es für Deutschland nicht Gegenstand schulmeisterlicher Zeitungsansätze sein. Pakistan seinerseits empfindet übrigens die deutschen Urteile ebenfalls als unangebracht. Beide Länder sind zu freundschaftlichen Beziehungen mit Deutschland bereit. Müssen wir diese Bereitschaft durch Taktlosigkeit stören?

Das persische Öl

Ganz ähnlich liegt es bei unseren anderen orientalischen Freunden, die auch vor allem in ihrer jüngsten Vergangenheit mehr Verständnis für unsere Lage bewiesen haben als manche westlichen Mächte. Wir brauchen nur die Überschriften zum Streit um das persische Öl zu lesen, um festzustellen, welche tief eingewurzelte Voreingenommenheit daraus spricht.

Man „warnt“ Persien, spricht von „Amoklaufen“ und macht sich vollkommen die Auffassung zu eigen, als sei es für Perser unmöglich, überhaupt an der Bestimmung über ihre Reichtümer teilzunehmen. Ihr Ministerpräsident wird einmal als ein feuriger Fanatiker, ein andermal als völlig hilfloser und versinterter Greis hingestellt.

Die Stimmen, die sich bemühen, die andere Seite zu hören, sind so selten wie die Wiedergabe der persischen Stellungnahme. Ganz erstaunt erscheint sie unter dem Titel: „Doch neue Vorschläge Persiens“.

Genau so unsachlich behandelt wurde die Ablehnung des Haager Schiedsgerichtshofs durch die persische Regierung. (Das Haager Gericht entscheidet nach seinen eigenen Bestimmungen bekanntlich nur Meinungsverschiedenheiten zwischen Staaten. Die frühere *Anglo-Iranian* aber hatte stets Wert darauf gelegt, nicht als Vertreterin der britischen Regierung, sondern als Privatgesellschaft zu gelten. Daß sie diesen Charakter plötzlich abwarf und auftrat, als sei sie die britische Regierung, konnte die persische Regierung gerade in jenem Zeitpunkt nicht anerkennen. Sie hat sich infolgedessen auch nicht an dem Schiedsverfahren beteiligt, aber, weit davon entfernt, die ihr immer vorgeworfene Starrheit zu bestätigen, sich dennoch in Verhandlungen mit dem Lordsiegelbewahrer Stokes eingelassen.)

Was Persien will, zeigt die von Dr. Mohammed Mossadeq am 1. September 1951 gehaltene Rundfunkrede, deren Wortlaut bei uns bisher nicht veröffentlicht worden ist:

„Meine lieben Landsleute!

Erneut nehme ich Gelegenheit, von meinem Krankenlager aus an Euch mit den besten Grüßen folgende Botschaft zu richten:

In dem großen Kampf um Euer Recht erbitte ich Gottes Beistand. Ihr könnt gewiß sein, daß Eure Opfer, Eure Härte und Ausdauer in diesem heiligen Kampf nicht umsonst sein werden. Ihr habt gesehen, wie es uns auf diese Weise gelungen ist, eine Schwierigkeit nach der anderen zu bewältigen, obwohl der Gegner mit allen Mitteln versucht, in unsere Gemeinschaft eine Bresche zu schlagen. Denn er weiß genau, daß es, solange wir wie ein Mann zusammenstehen, ihm nicht gelingen wird, seine Ziele zu erreichen. Durch nichts dürfen wir uns verlocken lassen, diese einmalige Gelegenheit zu verpassen, und ich hoffe, daß das in unseren Herzen auflodernde Feuer niemals erlöschen wird.

Generationen können vergehen, ehe einem Volk eine solche Gelegenheit geboten wird, seine Ziele zu erreichen. Sie sind bei uns Völkern des Ostens besonders selten, denn schon seit Jahrhunderten richten manche Völker des Westens ihr Auge auf unsere Schätze und Reichtümer und sehen ihr Glück und ihre Größe in unserem Elend. Sie wissen genau, daß unser Erwachen künftige Ausbeutung verhindern wird und bemühen sich daher, unter uns Zwietracht zu säen. Durch Euer Zusammenstehen und Eure Opferbereitschaft ist es uns gelungen, eine uns vor fünfzig Jahren durch List aufgezwungene Konzession zu widerrufen.

Der Gegner versucht nun, durch Drohungen, Sprengen unserer Gemeinschaft oder wirtschaftlichen Druck sich seine frühere Stellung wieder zu sichern. Die Art, wie sich die *Anglo-Iranian Oil Company* in unser politisches und wirtschaftliches Leben eingemischt hat, ist jetzt allgemein bekannt. Der Wechsel der Kabinette, die Einmischung in unsere Verwaltungsangelegenheiten, die Verhinderung jeden Aufbaus, die Rückständigkeit auf hygienischem Gebiet waren alles Mittel, um in dem Wirrwarr der Auseinandersetzungen unsere Bodenschätze hemmungslos auszubeuten. Die sich täglich steigenden Rücksichtslosigkeiten haben Euren Patriotismus geweckt und selbst die Entsendung von Fallschirmtruppen und Kriegsschiffen konnten Euch nicht erschüttern. Mehr denn je müßt Ihr fest bleiben und Euer Ziel unverwandt im Auge behalten, denn auf Euch sehen die freiheitsliebenden Völker der Erde, und die Regierung hat es nur Eurer Einigkeit zu verdanken, daß sie keinen Schritt von ihren Forderungen abzuweichen brauchte. Wie Ihr wißt, haben wir sie klar der Delegation der ehemaligen AIOC unterbreitet. Treu sind wir unseren nationalen Verpflichtungen nachgekommen und haben die Nationalisierung weitergeführt. Heute sind alle Ölvorkommen, die Tanks und Anlagen in Händen des Staates.

Auf Ersuchen des amerikanischen Präsidenten Truman ist Herr Harriman nach Iran gekommen, um sich mit dieser Frage zu befassen. In den fünf Wochen seines Aufenthalts in Iran hat er feststellen können, wie echt die nationalen Gefühle der Iraner sind und daß sie nicht nur schauspielerische Gesten darstellen, wie die AIOC behauptet. Herr Harriman hat die iranischen Forderungen angesichts der von ihm festgestellten Sachlage gebilligt und die Entsendung einer neuen Delegation der englischen Regierung vermittelt. Bedingung war, daß das Verstaatlichungsgesetz von der englischen Regierung wie der AIOC zunächst anerkannt wurde. Diese Anerkennung erfolgte, und die Verhandlungen wurden aufgenommen. Die iranische Regierung gemeinsam mit der Gemischten Ölkommision bemühte sich im Rahmen des Verstaatlichungsgesetzes, eine für beide Partner annehmbare Lösung der schwierigen Frage zu finden. Punkt 8 des englischen Vorschlags zeigte aber, daß der Ölankauf und die Versorgung der englischen Regierung nicht die Lösung sein sollte, vielmehr versuchte man in anderer Form die AIOC in ihrer Machtstellung zu erhalten. Von der Gemischten Ölkommision und der Regierung waren der englischen Delegation nachstehende Vorschläge auf Grund vorheriger Übereinkunft gemacht worden:

1. Die iranische Regierung ist bereit, den englischen Ölbedarf in Höhe der früher bezogenen Menge zu liefern.
2. Eine Entschädigung unter Berücksichtigung der iranischen Forderungen nach billigem Ermessen zu zahlen.
3. Die englischen Fachkräfte zu den bisherigen Bezügen und bei gleichem technischen Aufgabenkreis mit Einzelverträgen im Dienst zu behalten.

Damit war den ursprünglichen englischen Einwendungen genügt. Die iranische Regierung war auch nicht gewillt, die Beförderung des Öls ausschließlich einer fremden Gesellschaft zu überlassen. Die englische Delegation hingegen forderte:

1. einen Gemeinschaftsvertrag für die ausländischen Fachkräfte.
2. Übertragung der Geschäftsführung und technischen Leitung an einen Engländer.
3. Verkauf des Öls ausschließlich durch die englische Gesellschaft.
4. Verminderung der der iranischen Regierung zukommenden Aufgaben.

Damit wäre man wieder auf dem alten Punkte angelangt gewesen.

Vor kurzem haben unsere iranischen Gegner erklärt, daß sie die Verstaatlichung der Erdölindustrie betrieben hätten. Hierzu möchte ich bemerken, daß alle verehrten Parlamentsmitglieder jeder zu seinem Teil ihr Bestes an dieser Aufgabe beigetragen haben. Halten wir uns aber vor Augen, daß nur ein durchgeführtes Gesetz Bedeutung besitzt. Die Regierung wird dieses Ziel mit aller Kraft anstreben und keine Minute zur Erfüllung dieser Pflicht verpassen. Aber auch alle Schichten des Volks und alle Staatsdienststellen müssen zusammenstehen und ihre Pflicht tun. Neben dieser Einigkeit brauchen wir dann noch flüssige Mittel. Ich hoffe sie durch Ölverkauf zu erhalten.

Abschließend müssen wir die Welt wissen lassen, daß das iranische Volk wie noch nie in seiner Geschichte sich gegen Unrecht wehren wird. Dabei ist die Aufrechterhaltung freund-

schaftlicher Beziehungen mit allen uns wohlwollenden Völkern der Erde unser innigster Wunsch. Niemals werden wir dulden, daß das Öl unsere Freiheit beschränkt. Ich hoffe, daß alle freiheitsliebenden Völker der Erde diesen unseren Wunsch verstehen und uns in unserem Kampf, der zur Erhaltung des Weltfriedens von größter Bedeutung ist, unterstützen werden. Das iranische Öl ist zur Zeit für die Weltwirtschaft notwendiger denn je. Wir wünschen, es ihr zuzuführen. Die iranische Regierung ist weitgehend bereit, auf Grund der der englischen Delegation unterbreiteten Vorschläge die Verhandlungen jederzeit fortzuführen.“

Mossadeq ist zwar stets ein Vertreter nationaler Interessen gewesen, aber ein alter konservativer Mann, dessen Rechtschaffenheit nicht einmal seine Feinde — was im Orient sehr viel sagen will — bezweifeln können.

Der unparteiische Beobachter, — und warum sollten wir Partei sein? — kann die am 1. September von Mossadeq gemachten Vorschläge kaum als maßlos bezeichnen. Auch die deutschen Zeitungen aber nannten die spätere Note Irans ein „Ultimatum“, obwohl ihr Inhalt noch entgegenkommender war. Sie schlug vor:

1. es wird eine internationale Transport- und Handelsgesellschaft unter persischer Beteiligung für den Absatz des Öls geschaffen.
2. Großbritannien erhält eine Priorität bei der Belieferung mit Öl. Diese Lieferungen sollen nicht begrenzt sein.
3. Die *Anglo-Iranian* wird entschädigt, und zwar zur Hälfte durch Öllieferungen.
4. Neutrale Sachverständige dürfen in die Direktion der staatlichen persischen Ölgesellschaft eintreten, die britischen Abteilungsleiter sollen im Amt bleiben.

Die Bereitwilligkeit zu diesen Zugeständnissen, die von Dr. Mossadeq innenpolitisch nicht leicht zu verteidigen war, wurde von der ausländischen und auch von der deutschen Presse mit der Überschrift: „Verschärfung des Ölkonflikts“ quittiert.

Die Lebensfragen der Arabischen Welt

Hat sich unsere Presse je, wie sie das schon im Interesse unseres eigenen Volkes tun sollte, für die Unterbringung der 800 000 arabischen Vertriebenen eingesetzt? Befaßt sie sich überhaupt mit deren Not?

Und sollte uns wirklich das Verständnis dafür fehlen, daß die Ägypter an der wichtigsten Verkehrsstraße ihres Landes nicht gern Jahre nach dem Kriege eine britische Besatzung in Stärke eines Armeekorps sehen? Selbst unsere Fachpresse bemüht sich um Gründe zur Rechtfertigung des gegenwärtigen Zustandes. Der Suezkanal ist seit dem Wandel der Beziehungen zwischen Großbritannien und den Ländern am Indischen Ozean nicht mehr eine „Drehscheibe der britischen Imperialpolitik“, sondern eine große internationale Verkehrsstraße, die durch ägyptisches Territorium führt. Die Ägypter sehen der Weiterentwicklung mit großer Ruhe und Zuversicht entgegen, weil sie das Eigengewicht der Dinge kennen. Warum halten wir an der Vorstellung eines britischen Imperiums fest, von der sich die Engländer selbst abwenden?

Die Publizisten verletzen die Interessen ihrer Leser, wenn sie durch Voreingenommenheit oder Unwissenheit unsere Freunde und künftigen Vertragspartner kränken. Die deutschen Leser sollten sich das nicht länger bieten lassen.

KARL-HEINZ BOLAY

Finnland zwischen Ost und West

Finnland ist heute mehr als ein Land der tausend Seen. In der gegenwärtigen Zweiteilung der Welt ist ihm eine bemerkenswerte Sonderstellung zugefallen. Weder nimmt es wie die übrigen skandinavischen Staaten am Marshallplan teil, noch ist es wie Dänemark und Norwegen Mitgliedstaat des Atlantikpaktes. Es ist vertraglich verpflichtet, der Sowjetunion im Falle eines Angriffes Beistand zu leisten, ohne jedoch zum Block der „Satelliten“ zu gehören. Finnland ist ein freies, unabhängiges Land, und zwar sowohl dem Osten als auch dem Westen gegenüber.

Geopolitische Tatsachen

„Wir sind ein kleines Land und haben einen großen Nachbarn“, sagte mir der Direktor der größten Buchhandlung Helsinkis bei meinem Besuch. Damit hatte er treffend die gegenwärtige Situation Finnlands umrissen. Die gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion erstreckt sich auf 1247 km und ist damit länger als die Küsten Finnlands mit nur rund 1000 km.

Diese geopolitische Tatsache der Umklammerung Finnlands im Norden, Süden und Osten durch sowjetisches Gebiet beherrscht die Innen- und Außenpolitik des Landes, und der jetzige Präsident der Republik wird die von Stalin im Jahre 1939 geprägten Worte nicht vergessen haben: „Hören Sie, Herr Paasikivi, Sie können die Geographie nicht ändern, weder Sie noch die andern können etwas dagegen machen“.

Daß aber Finnland mit seinen vier Millionen Einwohnern und einer Bodenfläche, die etwa der Größe der Bundesrepublik entspricht, auch heute noch als einzige Demokratie an der Peripherie der Sowjetunion übrig geblieben ist, gleicht beinahe einem Wunder. Selbstverständlich ist der Einfluß des großen Nachbarn in Helsinki stets zu spüren, zwar nicht in Gestalt von Besatzungssoldaten, (die Finnland nie kennen gelernt hat), aber dafür in Gestalt einer auf Hochtouren laufenden sowjetischen Kulturpropaganda.

Im Zentrum der Hauptstadt, auf der *Alexandergatan*, wurde ein großer Laden der sowjetischen *Intourist* eingerichtet. Dort gibt es billige russische Bücher auf Finnisch, Schwedisch, Deutsch und Englisch, in denen die Errungenschaften und Vorzüge der Sowjetunion in typographisch geschickter Aufmachung angepriesen werden. Zwei große Lichtspieltheater bringen ständig sowjetische Filme. Im Sommer lief ein Film über den Wiederaufbau in der Deutschen Demokratischen Republik mit vielen frohen lachenden Jungen und Mädchen bei Arbeit, Gesang und Spiel, eine begeisterte Eloge auf Produktionssteigerung und Erfüllung des Plansolls. Die im Bau befindliche sowjetische Botschaft am *Brunnsparken*, dreimal größer als die amerikanische, geht gerade ihrer Vollendung entgegen; viele Einwohner Helsinkis nennen sie den „neuen russischen Gouverneurspalast“. Auf Einladung der Sowjets befinden sich ständig hohe Vertreter des kulturellen Lebens besuchsweise in Mokau oder Leningrad. Kleinere oder größere Ausstellungen über die verschiedensten Gebiete des sowjetischen Lebens sollen einen ähnlichen Kontakt auch mit der breiten Masse der Bevölkerung herstellen.

Der „russische Tunnel“

„Kennen Sie schon den russischen Tunnel?“ fragte mich Herr Soini, der Direktor der finnischen Touristen-Vereinigung. Als ich verneinte, sagte er: „Das müssen Sie erleben!“

Schon am anderen Morgen fuhr ich von Helsinki ab. Kurz hinter der finnischen Hauptstadt nach einer Viertelstunde Bahnfahrt hielt der Zug. Das finnische Bahnpersonal koppelte die Maschine ab. Schweigend übernahmen Sowjetsoldaten mit verschlossenen Gesichtern den Zug. Sie trugen schwarze Uniformen, es waren Eisenbahnpioniere. Mit Holzklappen dunkelten sie alle Fenster ab, verschlossen und plombierten den Zug. Ein Pfiff, und die russische Lokomotive fuhr den finnischen Zug durch das sowjetische Pachtgebiet von Porkkala. Herr Mänttari, ein Mitreisender, erklärte mir, daß an Stelle von Hanko dieses Gebiet im sowjetisch-finnischen Friedensvertrag von 1947 für 50 Jahre der Sowjetunion überlassen wurde. „Schauen Sie auf die Uhr, über eine Stunde dauert die Fahrt. Diese Linie ist die einzige direkte Bahnverbindung zwischen Helsinki, der Hauptstadt, und Turku, der alten Landeshauptstadt“.

Die Fahrt durch das Sowjetgebiet bereitete ein unangenehmes Gefühl. Doch Herr Mänttari beruhigte mich: „Von 1945 bis heute hat sich noch kein Zwischenfall ereignet. Sehen Sie hier diese Warntafeln! Jeder beachtet sie genau“. Auf einem rot umranderten Anschlag stand: Während der Fahrt durch das russische Pachtgebiet von Porkkala ist das Entfernen oder die Beschädigung der Verdunkelung, das Öffnen der Fenster oder das Verlassen des Zuges strikt verboten. Auf Finnisch, Schwedisch, Russisch, Deutsch und Englisch konnte man es lesen. „Was sich draußen abspielt, kann man nur erraten“, sagte mein Reisebegleiter, „wenn man nach Hanko, dem früheren russischen Pachtgebiet, fährt. Dort sehen Sie noch heute die Panzersperren, Betonbunker, Schützengräben, abgeholzten Wälder und ausgebauten Stellungen.“ Bedeutsam lächelnd fügte er hinzu: „Von Porkkala aus kann man schon mit gewöhnlicher Feldartillerie nach Helsinki schießen, darum der Tausch, denn 1941 war Hanko zu weit von der Hauptstadt und außerdem nicht zu halten“.

Ich war froh, als nach einer guten Stunde der Zug wieder hielt, die Holzklappen fielen, die Türen geöffnet wurden, und finnische Bahnbeamte erschienen. Die russischen Eisenbahnpioniere waren ohne Gruß mit ihrer Lokomotive in ihr Gebiet zurückgefahren. So nah ist Rußland der finnischen Hauptstadt.

Die Fünfte Kolonne

Obwohl die Kommunistische Partei nur etwa 60 000 Mitglieder zählt und ihr parlamentarischer Einfluß zurückgeht, ist ihre Breitenwirkung doch sehr groß. 700 000 Finnen unterzeichneten im vorigen Herbst das sowjetische Friedensmanifest, und die Sprache der kommunistischen Presse ist eindeutig. Vielleicht hoffen die Drahtzieher, unter Berufung auf den Finnisch-Sowjetischen Beistandspakt die Sowjetunion zu einer direkten Intervention veranlassen zu können.

Die finnische Offiziersschule erprobte im April die neue Ausrüstung der Armee. Sie ist statt dem bisherigen Feldgrau khakifarben und ähnelt im Schnitt der amerikanischen Uniform. Sofort behauptete das kommunistische Zentralorgan *Työkansan Sanomat*, die finnische Wehrmacht erhalte amerikanische Ausrüstung. Eine turnusgemäße militärische Übung in Nordostfinnland wurde von derselben Zeitung als Probemobilmachung gegen die Sowjetunion bezeichnet. Allerdings werden derartige Propagandaäußerungen trotz regelmäßiger Wiederkehr nicht über Gebühr beachtet, weil das finnische Volk realpolitisch denkt und die Absichten der Kommunisten durchschaut.

Kritische Tage

Seit Beendigung des Krieges im Jahre 1944 hatte Finnland eine Reihe gefährlicher Krisen zu überwinden. Die ersten Wahlen brachten einen erheblichen Stimmenzuwachs der äußersten Linken, die entsprechend den demokratischen Spielregeln mit der Regierungsbildung beauftragt wurde. Dabei wurde das Innenministerium als politische Schlüsselstellung mit dem linientreuen Kommunisten Leino besetzt. Da durch dieses Amt die gesamte Polizei kontrolliert werden konnte, gab es für die Kommunisten in diesem Punkte keinen Kompromiß. Ähnlich wie in der Tschechoslowakei wurde versucht, mit Hilfe der staatlichen Exekutivorgane eine „Volksdemokratie“ zu errichten. Schon waren die *Valpo*, die Geheimpolizei, und die motorisierte Polizei-Elitetruppe kommunistisch geworden. Nur bei der Sicherheitspolizei war die Durchsetzung noch nicht ganz gelungen.

Die Linke hatte Vorbereitungen getroffen, noch vor den Wahlen im Juli 1948 ihr Ziel zu erreichen. Resolutionen in den Fabriken, Demonstrationen, politische Streiks und die Entsendung von allen möglichen Delegationen zum Präsidenten waren die beliebtesten Mittel kommunistischer Einschüchterungspolitik. Es ging hart auf hart. Doch um sich bei den gegebenen Machtverhältnissen endgültig durchzusetzen, benötigten die Kommunisten sowjetische Truppen und Waffen. Der Kreml aber wollte damals nicht. Mit erstaunlichem Gleichmut nahmen die Volksdemokraten noch kurz vor den entscheidenden Wahlen 1948 die plötzliche Absetzung ihres Innenministers hin, die Säuberung der Polizei und schließlich ihre schwere Wahlniederlage. Mehr als ein Viertel ihrer Sitze hatten sie verloren. Die „Demokratische Union“ der Kommunisten und Volksdemokraten belegte nur 38 von insgesamt 200 Sitzen, (während sie bei den im Juli stattgefundenen Wahlen 5 Sitze mehr erringen konnte und jetzt wieder mit 43 Vertretern im Reichstag sitzt. Bemerkenswert ist dabei, daß der schwache kommunistische Zuwachs nicht im industrialisierten Süden, sondern in den agrarisch bestimmten nördlichen Landesteilen stattfand).

Bei der Arbeiterschaft setzte sich die scharf antikommunistische Sozialdemokratische Partei Finnlands durch. Sie wurde 1951 vor der Agrarpartei die stärkste Fraktion im finnischen Reichstag. Schon bei den Gewerkschaftswahlen am 15. April 1951 hatten die „Volksdemokraten“ ihre vorher starke Stellung fast vollständig eingebüßt. Statt 10 von 37 Gewerkschaften werden jetzt nur noch 4 kommunistisch kontrolliert. Noch kurz vor den Reichstagswahlen traten die finnischen Gewerkschaften aus dem kommunistisch geführten Weltgewerkschaftsbund aus. Die feste Haltung der Sozialdemokratie gegenüber Moskau wird unterstrichen durch die Wahl Vaino Tanners ins Parlament. Er mußte nach 1944 eine jahrelange Haft als „Kriegsverbrecher“ auf sich nehmen, aus der er erst wenige Monate vor den Wahlen entlassen wurde.

Aktivität des Kremls

Während der Sowjetbotschafter General Sawonenkow als relativ gemäßigter Diplomat galt, gehört sein Nachfolger seit März 1951, Botschafter Lebedew, zur ersten Garnitur der Moskauer Auslandsvertreter. In Warschau war es seine Auf-

gabe gewesen, Polen wirtschaftlich, militärisch und psychologisch für eine volksdemokratische Einverleibung reif zu machen.

Neben einer vielleicht kommenden Aktivität der Sowjets von außen entwickeln die kommunistisch-volksdemokratischen Parteigänger des Kremls auch im Inneren eine gesteigerte Betriebsamkeit. Die volksdemokratische Parteileitung hielt im April eine Konferenz ab, die sich zu einer „Generalmusterung der gesamten äußeren und inneren politischen und wirtschaftlichen Situation“ gestaltete. Die linientreue Vorsitzende der kommunistischen Reichstagsfraktion Hertta Kuusinen wurde zur Generalsekretärin des Verbandes der Volksdemokraten Finnlands gewählt. (Dieser Verband ist aus einem Zusammenschluß oppositioneller Sozialdemokraten hervorgegangen, jetzt aber endgültig in die stalinistische Linie eingeschwenkt.)

Keine Sympathien für die Sowjets

Die Unabhängigkeit Finnlands ist vielen auch heute noch ein politisches Rätsel. Es gibt jedoch eine Reihe gewichtiger Gründe, welche die Sowjets gezwungen haben, von dem in ihren Satellitenstaaten angewandten Verfahren in Finnland abzusehen.

Zum Teil gehen diese Gründe auf historische Erfahrungen zurück. Von 1809 bis 1917 bildete Finnland als autonomes Großfürstentum einen Teil des Zarenreiches. Die Russen versuchten während dieser Zeit auch hier eine aktive Russifizierungspolitik, doch schon die ersten Versuche mußte der Gouverneur Bobrikoff mit dem Leben bezahlen. Der Finnlandschwede Eugen Schauman erschöß ihn im Jahre 1904 auf der Treppe des Landtags.

Symptomatisch für die Ablehnung alles Russischen durch die Finnen ist folgende Begebenheit: Mitten im Herzen Helsinkis hatte sich die sowjetische Kontrollkommission 1944 in dem vierzehnstöckigen Torni-Hotel eingerichtet. Selbstverständlich stand vor dem Hotel eine Wache. Die Knaben einer benachbarten Schule verloren gerade dann, wenn sie an dieser sowjetischen Wache vorbeigingen wie zufällig ein Buch, Heft oder sonst irgend etwas. Sie bückten sich nun mit dem Hinterteil zu den Posten, um den verlorenen Gegenstand wieder aufzuheben. Die Ehre des sowjetischen Soldaten wurde dadurch derartig gekränkt, daß die Kontrollkommission sich gezwungen sah, bei der finnischen Regierung vorstellig zu werden, worauf derartige „Ehrenbezeugungen“ durch die finnische Jugend gegenüber dem Sieger verboten wurden.

Finnische Hartnäckigkeit

Zwischen den Finnen und Russen besteht eine Kluft. Während der jahrhundertelangen schwedischen Herrschaft (1155 bis 1809) haben sich die Finnen abendländische Kultur und westliche Vorstellungen von Gesetz und Ordnung angeeignet. 98 Prozent der Bevölkerung sind evangelisch-lutherisch und nur 2 Prozent griechisch-orthodox. Die soziale Solidarität und die Freiheit des Individuums sind fest fundierte Grundsätze des öffentlichen und privaten Lebens.

Neben diesen psychologischen und historisch gewordenen Gegensätzen bestehen auch eine Anzahl von Gegebenheiten neueren Ursprungs: einmal die enge Bindung Finnlands an die übrigen vier skandinavischen Nationen und die traditionelle Freundschaft mit Amerika, zum anderen der sowjetische Wunsch, jederzeit über Finnland hinaus in den skandinavischen Raum wirken und gegebenenfalls ein

neutrales, nicht gänzlich nach dem Westen hin orientiertes Skandinavien, also eine „Schweiz des Nordens“, vor sich zu haben.

Eine sehr wesentliche Rolle bei der Erhaltung der Freiheit Finnlands dürfte jedoch die finnische Besonnenheit und Kaltblütigkeit spielen. Finnland liegt zu nahe vor Rußland, der Kalte Krieg kann die Finnen nicht erschüttern. Sie sehen der Gefahr ins Auge, und die übliche sowjetische Taktik, dem Gegner Furcht und Entsetzen einjagen zu wollen, verfängt bei ihnen nicht. Eine hundertjährige Herrschaft weißer Zaren genügte, um sie auch vor dem roten Zaren nicht erzittern zu lassen. Dies dürfte eine zwar nicht realpolitisch erfassbare, aber dennoch wirksame Tatsache sein, welche die Russen bis heute davon abgehalten hat, unter Einsatz äußerer Machtmittel den Kommunisten Finnlands zu helfen.

Inflation und Reparationen

Um der ständigen Bedrohung seiner äußeren Freiheit zu begegnen, war Finnland gezwungen, möglichst rasch und tatkräftig alle Nachkriegsprobleme wirtschaftlicher und sozialer Art im Innern zu lösen. Voraussetzungen hierzu waren die guten Beziehungen zu dem großen Nachbarn im Sinne der „Paasikivi-Politik“.

Auf Grund der Friedensbestimmungen mußte Finnland der Sowjetunion Kriegsschädigungen und Reparationen in Höhe von 300 Millionen Golddollar zahlen. Für die Wirtschaft und Finanzen des Landes bedeutete dies eine schwere Belastung, zumal die zerstörten Städte und Siedlungen in Lappland wieder aufgebaut und 485 000 Flüchtlinge aufgenommen werden mußten. Doch schon am 1. Juli 1948 hatte der finnische Staat 35 Prozent der Kriegsschädigung an die Sowjetunion entrichtet. Zum gleichen Zeitpunkt wurde die Hälfte der noch nicht gezahlten Kriegsschädigung, 32,5 Prozent, erlassen und die Lieferzeit der anderen Hälfte von sechs auf acht Jahre verlängert. Am 1. Mai 1951 betrugen die Kriegsschulden an die Sowjetunion nur noch 23 Millionen Dollar, die bis zum 18. September 1952 bezahlt werden müssen. Ein intensiver Ausbau von bis dahin kaum vorhandenen Produktionszweigen in der Metallindustrie, im Schiffsbau und in der Elektrizitätswirtschaft war die Folge.

Da Finnland als einziges Land daneben auch regelmäßig seine Schulden aus dem Ersten Weltkrieg an Amerika abzahlte, wurde es von einer Inflation bedroht, welche die wirtschaftliche Gesundung des Landes erheblich gefährdete. Als Auswirkung der Koreakrise trat 1950 eine weitere Verschärfung ein. Um den Lebensstandard der arbeitenden Schichten zu wahren und das Realeinkommen nicht zu senken, wurde im Herbst 1950 zwischen Gewerkschaften und Vertretern der Regierung ein monatlich neu festzusetzender Lohn-Preis-Index vereinbart, auf Grund dessen die Löhne stets etwas über den Preisen liegen. Am 16. Mai 1951 wurde außerdem ein 27köpfiger Koordinierungsausschuß aus Vertretern der Regierung, der Gewerkschaften, der Parteien und der Arbeitgeber gebildet, der die Aufgabe hat, Vorschläge zur Stabilisierung der finnischen Währung, Wirtschaft und Sozialpolitik auszuarbeiten. Als Folge all dieser Maßnahmen konnte Finnland trotz hoher Belastungen durch Reparationen, Inflation, Flüchtlingsversorgung und Wiederaufbau seinen hohen Lebensstandard wahren. Es kennt keine Arbeitslosigkeit.

BERICHTE

Unsere Berichte ersetzen nicht die Nachrichten, die von einer Zeitung gebracht werden. Wohl aber ergänzen sie die laufenden Nachrichten durch Mitteilungen, für die in der Presse kaum Platz ist. Sie bemühen sich um Berichterstattung ohne eigene Stellungnahme.

IN DIESEM HEFT

Schlesien	Azoren	Japan
Griechenland	Kroatien	Philippinen
USA	Arabien	Kuba
Niedersachsen	Jamaika	Brasilien
	Französisch-Indien	

Manöver

Vom 13. bis 24. September fanden ostwärts der Weser zwischen den Autobahnen Bremen—Hamburg und Bad Oeynhausen—Hannover Manöver der Atlantikpaktstaaten statt, an denen 100 000 Mann amerikanischer britischer, französischer, belgischer, niederländischer, dänischer und norwegischer Truppen teilnahmen. General Eisenhower, der Befehlshaber der Landstreitkräfte im Atlantikpakt General Juin und der britische Heeresminister Strachey kamen zu Besichtigungen.

Die deutsche Wehrmacht pflegte zwischen den beiden Weltkriegen größere Truppenübungen nur zu einer Zeit abzuhalten, in der die Getreideernte beendet war, die Herbstbestellung jedoch noch nicht begonnen hatte. Die Übungen wurden in der Presse so rechtzeitig angekündigt, daß die Landwirtschaft in dem betroffenen Raum sich darauf einstellen konnte. Sie wechselten in jedem Jahr den Ort, um nicht die Last auf einem Landesteil zu schwer werden zu lassen.

Übungen zu anderen Jahreszeiten, insbesondere die Ausbildung im scharfen Schuß unter kriegsmäßigen Bedingungen, fanden auf den Truppenübungsplätzen statt. (Für ein größeres Scharfschießen im Gemischten Verband sind die Scheibenzuganlagen, Beobachtungsstände und schußsicher verlegten Kabelnetze eines Truppenübungsplatzes im Interesse der Zieldarstellung, Beobachtung und Sicherheit nötig.) Truppenteile wechselnder Stärke und Zusammensetzung nahmen daher die Übungsplätze das ganze Jahr hindurch in Anspruch.

In der Regel verfügte jeder Wehrkreis über einen größeren und einen oder mehrere kleinere Plätze.

Truppenübungsplätze der Deutschen Wehrmacht

		ca.
Lamsdorf	Sowj.	1 800
Döberitz	"	8 000
Zossen	"	5 000
Jüterbog	"	10 000
Ohrdruf	"	9 000
Königsbrück	"	6 000
Zeithain	"	3 000
Heuberg	"	9 000
Kummersdorf (Schießplatz)	"	?
Wandern/Friedland	"	11 000
Groß-Born/Pommern Pol.od.	"	34 000
Neuhammer/N'schles.	" "	14 000
Stalack/Ostpr.	Poln.	11 000
Arys/Ostpr.	"	11 000
Grafenwöhr	Amerik.	20 000
Hammelburg	"	4 000
Hohenfels b. Parsberg	"	8 000
Wildflecken/Rhön	"	14 000
Putlos/Holstein	Brit.	1 000
Bergen/Lüneburger Heide	"	32 000
Sennelager bei Paderborn	"	12 000
Wahn bei Köln	"	8 000
Münsingen bei Reutlingen	Franz.	10 000
Baumholder/Hunsrück	"	10 000
Elsenborn bei Monschau	Belg.	6 000

Auf den Plätzen von mehr als 10 000 ha konnte im Korpsverband, auf den kleineren im Rahmen bis zur Division geübt werden. Bei größeren Übungen mußte das anliegende Gelände einbezogen werden. Dann erfolgte Versammlung und Antreten (letzteres auf Straßen!) außerhalb des Platzes, während der Zusammenstoß der Parteien und die Gefechtshandlungen sich auf dem Truppenübungsplatz selbst abspielten.

Vor dem Zweiten Weltkrieg lagen im Frieden etwa 24 oder 25 Divisionen in dem Bereich, den heute das Territorium der Bundesrepublik einnimmt. Wahrscheinlich ist gegenwärtig die Zahl der westalliierten Divisionen im gleichen Raum nicht wesentlich geringer. Bis 1950 reichten die früheren Plätze aus, obwohl moderne gepanzerte Verbände mehr Übungsraum benötigen.

Als 1951 die Verstärkung der alliierten Truppen begann, wurden die bestehenden



Plätze (z. B. Baumholder) vergrößert, und aufgelassene (z. B. Hohenfels) wurden wieder für militärische Zwecke hergerichtet. Es entsteht Unruhe in der Bevölkerung, wenn der Bauer Ackerland für Truppenübungsplätze hergeben muß oder wenn Heimatvertriebene und Ausgebombte aus den mühsam eingerichteten Heimstätten in ehemaligen Wehrmachtsunterkünften zugunsten fremder Soldaten weichen müssen. Die Besatzungsmacht hat auf Vorstellungen Rücksicht genommen, — so haben die Amerikaner den Plan zur Erweiterung des Platzes Hammelburg aufgegeben, als sie erfuhren, daß die geplante Erweiterung 153 qkm fruchtbaren Bodens mit einer jährlichen Getreideernte von 300 000 dz umfaßte, und dafür Hohenfels genommen, dessen notwendige Ausforstung weniger schwer ins Gewicht fällt.

Die Manöver im freien Gelände beschränken sich nicht auf besondere Jahreszeiten. In Niedersachsen sind in diesem Herbst 14 000 Mann der deutschen Dienstgruppen (GSO) eingesetzt, um unmittelbar hinter der waffentragenden Truppe die größten Schäden sofort zu beseitigen. Trotz Warnschildern in englischer Sprache sind vermeidbare Flurschäden im landwirtschaftlichen Nutzland nicht immer ausgeblieben, und in

der Lüneburger Heide z. B. bei Oldendorf, Thansen, Wetzzen, Putensen sind vorgeschichtliche Fundstätten rücksichtslos von Panzern überwalzt worden, im Naturschutzgebiet des Teutoburger Waldes lassen sich manche Schäden auf mutwillige Zerstörungssucht zurückführen. Nach britischen Angaben betrugen die Schäden im Jahre 1950 in der Lüneburger Heide 800 000 DM, im ersten Halbjahr 1951, also vor den großen Septemberübungen, bereits 3,6 Millionen DM.

In jedem Lande mit intensiver Landwirtschaft und hoher Bevölkerungsdichte ist die Befriedigung der militärischen Forderungen in der gesamten Raumordnung schwierig. In England hat der *Minister of Local Government and Planning* keinen leichten Stand, wenn er Wünsche des Heeres oder der Luftwaffe gegen die Landwirtschaft und die Freunde des Naturschutzes durchsetzen muß, — ein Beispiel ist der Widerstand gegen die Schießübungen im Naturschutzgebiet der Dünen von Branton Burrows im Norden der Grafschaft Devonshire (Südwestengland) im Sommer 1951. Die natürliche Abwehr des Bauern gegen Soldaten, die seine Arbeit um einen Teil ihres Lohnes bringen können, läßt sich nur wirklich überwinden, wenn er einerseits das sichere Gefühl hat, daß die Truppe aus eigenem Antrieb und auf Befehl alle nicht notwendigen Zerstörungen unterläßt und wenn er andererseits die Übungen selbst im Interesse seiner eigenen Sicherheit für nötig hält. Die alliierte Manöverleitung hat im Herbst 1951 Zusicherungen in diesem doppelten Sinne gemacht, und die Bauern Niedersachsens wissen natürlich selber, daß sowjetische Truppen ihre Felder kaum schonen würden. Es wurde mitgeteilt, daß die großen Manöver von 1951 zum ersten Male nicht mehr nur hinhaltenden Widerstand, sondern „erfolgreichen Gegenstoß“ als Thema hätten. Trotz allem fragt der Bauer: Wenn Deutschland wirklich Kampffeld werden soll, wird es dann auch verteidigt? Und wenn es verteidigt werden soll, wo wird es verteidigt? Ingeheim aber will er nicht, daß sein Land an irgendeiner Stelle zum Schlachtfeld wird.

Die Übungsplätze selbst können in Zeiten der Spannung oder im Ernstfall Stützpunkte sein. Die fremden Truppen im Bundesgebiet werden immerhin nicht nur auf dem linken Ufer des Rheins, sondern auf Truppenübungsplätzen in der Nähe der Zonengrenze

ausgebildet (Hohenfels, Grafenwöhr, Bergen-Munster). Sie lernen das Gelände kennen, dessen Sicherung ihnen anvertraut ist.

Eine nordwestdeutsche Zeitung schrieb, die Manöver fänden im „luftleeren Raum“ statt, weil sie so taten, als sei die Zivilbevölkerung im Übungsraum nicht vorhanden. Ohne den guten Willen der Zivilbevölkerung ist auch eine Militärgrenze aus starken Lagergarnisonen unruhig. Vermeidbare Manöverschäden sind jenseits aller politischen Argumente eine zusätzliche Belastung des Verhältnisses zwischen Bevölkerung und einer Truppe, die sich neuerdings als Sicherungstruppe bezeichnet.

Hans Clarow

Das „Westkombinat“ Schlesien verlangt deutsche Arbeitskräfte

Im Rahmen der polnischen Industriepanungen kommt Schlesien, das von der gegenwärtigen Verwaltung in die Wojewodschaften „Schlesien“, Breslau und Grünberg eingeteilt wird, eine große Bedeutung zu. Durch Einführung des Stachanowsystems, sozialistische Wettbewerbe und rücksichtslose Heraufsetzung der Arbeitsnormen ist die Kohlenförde-



rung beträchtlich gesteigert worden. Sie hat das Vorkriegsniveau erreicht. Mit sowjetischer Hilfe soll der Kohlenbergbau weitgehend mechanisiert werden. Acht neue Bergwerke mit einer Kapazität von je 10 000 t Kohle pro Tag sind geplant. An dreien wird bereits gearbeitet, die erste Grube soll 1953 ihre Erzeugung aufnehmen. Die Anlagen kommen aus der Sowjetunion.

Besonders umfassend ist der Ausbau der chemischen Industrie. In der Gegend von Schweidnitz wurde eine große Schwefelsäure-

fabrik in Betrieb genommen. In Brieg entsteht ein Werk für chemische Synthese, in Landsberg/OS. und in der Nähe Grünbergs eine Kunstfaserfabrik. In Heydebreck wird ein großes Chemiewerk für Synthese und Kohlendestillation gebaut. In Blechhammer entsteht ein kokschemisches Kombinat. In Hirschberg ist die Errichtung einer Kunstseidenfabrik im Gange. Ein weiteres Stickstoffwerk, dessen Standort bisher nicht bekannt gegeben worden ist, soll in Niederschlesien errichtet werden. Seine Kapazität soll angeblich diejenige des größten Stickstoffwerkes Polens in Moscice übertreffen.

Die Hütten- und Metallindustrie Schlesiens wird gleichfalls erheblich ausgebaut. An einer Kupfergrube und einem Kupferschmelzwerk in der Nähe von Schmiedeberg wird gearbeitet. In Ratibor wird eine Kesselfabrik aufgebaut. In Breslau entsteht als Mittelpunkt der elektrotechnischen Industrie eine neue große Elektromaschinenfabrik. Die vorgesehene Verdreifachung der elektrotechnischen Erzeugung Polens soll vornehmlich durch Ausbau der schlesischen Erzeugung ermöglicht werden. In Oppeln wurde eins der größten Zementwerke Polens in Betrieb genommen, seine Ausstattung kam aus der Tschechoslowakei.

Der Wassermangel in Oberschlesien bedingt den Bau eines großen Stauwerkes bei Goczałkowice, das südlich von Kattowitz das Wasser der oberen Weichsel abfängt und das ganze Industriegebiet versorgen soll.

In Oberschlesien macht sich ein bedenklicher Mangel an Bergarbeiterwohnungen geltend. Es liegen zwar umfassende Pläne vor, doch schreitet der Bau der Wohnungen nur langsam fort. Facharbeiter- und Rohstoffmangel werden als Gründe angegeben. Ein neuer Plan geht dahin, die kleine ober-schlesische Stadt Tichau, die gegenwärtig etwa 30 000 Einwohner zählt, zu einer Arbeiterstadt von 100 000 Einwohnern auszubauen, da das Baugelände in der Nähe von Kattowitz, Königshütte und Beuthen nicht ausreicht.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß man die Kapazitäten der schlesischen Kohlen- und Eisenindustrie planmäßig mit denen des benachbarten böhmisch-mährischen Raumes zusammenfassen will. Polnische und tschechische Experten halten laufend Koordinierungssitzungen ab. Der Bau eines für beide Länder bestimmten Kraftwerkes im

mährisch-polnischen Grenzgebiet ist geplant. Auch der Bau des Oder-Donau-Kanals, der während des Zweiten Weltkrieges begonnen, später aber eingestellt wurde und nunmehr auf sowjetische Initiative weitergeführt werden soll, wird zu einer verstärkten Integration der beiden Wirtschaftsgebiete führen.

Wenn man dazu noch erwägt, daß im östlichen Nachbargebiet Schlesiens außerordentlich große Industriebauten entstehen, vor allem der Bau eines ganz neuen großen Stahlwerkes bei Tschenschow und der Bau von *Nowa Huta* bei Krakau, eines Werkes, dessen Arbeiterstadt für 100 000 Menschen geplant ist, so wird klar, daß die Industrialisierung Schlesiens nicht als Einzelvorgang gesehen und gewertet werden darf. Sie ist vielmehr eines der wichtigsten Teilstücke eines umfassenden Industrialisierungsplanes, des Aufbaus eines sogenannten *Westkombinats*, dessen Bedeutung für die Friedenswirtschaft der Sowjetunion, besonders aber auch für ihre Kriegswirtschaft nicht hoch genug angeschlagen werden kann.

Unter diesem Blickpunkt ist zu verstehen, daß die Sowjetunion Polen bedeutende Materialhilfe leistet, sogar Maschinen zur Verfügung stellt, die in ihrem eigenen Lande knapp sind. Sie schickt gleichzeitig sowjetische Experten für Bau und Betrieb der neuen Werke. Fast alle der oben genannten Fabriken haben sowjetische Berater, Chefingenieure, Bauleiter und Betriebsdirektoren. Den polnischen Technikern fällt meist nur eine ausführende Tätigkeit zu. Sie werden in großem Umfang in die Sowjetunion gebracht, um dort mit den sowjetischen Arbeitsmethoden vertraut zu werden. In einer ganzen Anzahl von Fällen sind die Baupläne fix und fertig aus Moskau, Leningrad und Kiew gekommen.

Eine große Schwierigkeit dürfte auf die Länge der Zeit die Arbeiter-, insbesondere die Facharbeiterfrage bilden. Die polnische Presse klagt laufend über Mangel an geschulten Arbeitskadern und fordern eine verstärkte Einbeziehung der Frauen in den industriellen Produktionsprozeß. Die polnische Regierung hat das Fachschulwesen bedeutend vergrößert, Lehrkurse eingerichtet und die Technischen Hochschulen in Breslau und Gleiwitz großzügig ausgebaut. Der Anfall an geschulten Arbeitskräften ist aber trotzdem viel zu gering und kann dem laufenden Bedarf nicht nachkommen, geschweige denn den

durch die Neuindustrialisierung vermehrten Bedarf decken. Die Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte — nicht nur leitender Persönlichkeiten, sondern auch mittlerer Fachkräfte — wird unvermeidlich sein. In diesem Zusammenhang gewinnt das Gerücht eine gewisse Bedeutung, daß die polnische Regierung Abmachungen mit der Deutschen Demokratischen Republik getroffen habe, nach denen 150 000 deutsche Facharbeiter aus der sowjetischen Besatzungszone nach Polen repatriiert werden sollen. Die psychologischen Widerstände von polnischer Seite gegen eine solche Maßnahme sind gewiß schwerwiegend. Es erscheint jedoch nicht unmöglich, daß eine sowjetische Weisung sie ausräumen würde.

Peter Heinz Seraphim

Die griechische Armee in der Politik

Im Jahre 1940 trat Griechenland nicht als demokratischer Staat, sondern als Militärdiktatur unter General Metaxas in den Zweiten Weltkrieg ein. In den Ersten Weltkrieg war das Land durch die alliierte Landung in Saloniki, in den Zweiten durch den italienischen Angriff auf den Epirus hineingerissen worden. Während in anderen Staaten die Waffen ruhten, mußte Griechenland weiterkämpfen: bis 1922 gegen die Türkei Kemal, bis 1949 gegen kommunistische Verbände, die aus den nördlichen Nachbarstaaten unterstützt wurden. Das Griechenland der Tabakbauern, der armen Hirten, der Seefahrer, der Zwischenhändler, der Auswanderer, der in Paris erzogenen Advokaten, der Großgrundbesitzer konnte in sich zwischen den beiden Weltkriegen nur Ruhe finden, wenn das Heer sich zwischen die Parteien schob und ebenso den Vordergrundkampf zwischen Monarchie und Republik wie den sozialen Kampf im Hintergrund durch eine Offiziersdiktatur beendete.

Der schwere Bürgerkrieg konnte einerseits nur mit amerikanischer Materialhilfe, andererseits aber auch nur mit dem Versprechen einer Erneuerung des öffentlichen Lebens gewonnen werden. Sie ist bis jetzt nicht erfolgt, sondern im Zeichen des Kampfes gegen den Kommunismus haben die alten Schichten sich wieder in den Sattel geschwungen. Bei der Parlamentswahl am 9. September errang der frühere Oberbefehlshaber des Heeres Marshall Papagos etwa ein Drittel der Stimmen. Er will die Berufspolitiker

ebenso wie die Kommunisten aus dem öffentlichen Leben verdrängen. Bei der Wahl erhielt er zwar die größte Stimmenzahl von allen politischen Richtungen, aber nicht die absolute Mehrheit im Parlament.

Griechenland ist ein altes Land, aber in der Neuzeit hat es erst spät die Freiheit und Einheit gewinnen können. In der Gegenwart wird es nicht nur durch schwere Folgen von Krieg und Besetzung belastet, sondern auch bedroht von der unmittelbaren Nachbarschaft der sowjetischen Einflußsphäre und von einem Flüchtlingsproblem, das seit einem Menschenalter noch immer ungelöst ist.

*

Orkan über Jamaika

Am 17. August traf ein schwerer Orkan die britische Kolonie Jamaika, richtete Schäden von mehr als 20 Millionen Pfund an und forderte 150 Todesopfer. Die Bananenpflanzungen wurden besonders schwer getroffen, so daß die Verschiffungen eingestellt worden sind. Die Landwirtschaft Jamaikas hat die Monokultur des Zuckerrohrs zu vermeiden gesucht und sich dadurch krisenfester gegen wirtschaftliche Stürme gehalten als andere Teile Westindiens. Dafür aber ist sie einer Naturkatastrophe weniger gewachsen, denn die Zuckerrohrpflanzungen können am ehesten Orkane überstehen. Nach der Katastrophe bieten die USA Investitionen beim Wiederaufbau an.

Die Indianer

Die Behörden der Stadt Sioux City im amerikanischen Staate Iowa verweigerten am 29. August einem Indianer, der als Soldat in Korea gefallen war, das Begräbnis auf dem Friedhof, der „nur für Angehörige der kaukasischen Rasse“ bestimmt sei. Präsident Truman ließ durch seinen militärischen Adjutanten den toten Soldaten im Flugzeug nach Washington holen und auf dem Ehrenfriedhof von Arlington beerdigen.

Die gesellschaftliche Isolierung der Indianer ist in den USA eine Ausnahme, im allgemeinen gilt ein Einschluß von Indianerblut als vornehm und interessant. Der eigentliche Beschwerdepunkt der Indianer betrifft ihre wirtschaftliche Ausplünderung. 1950 erschienen Vertreter des Irokesenbundes in Lake Success, um gegen Kanada und die USA

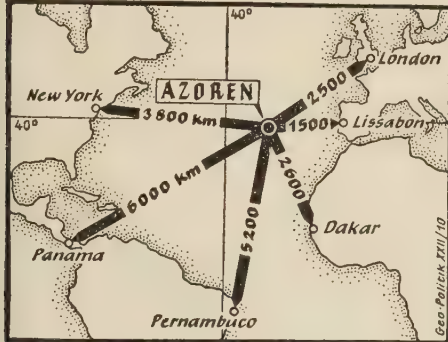
Klage wegen Nichteinhaltung der alten Zusagen zu erheben. Von den 400 000 Indianern in den USA (das ist die doppelte Menge der im Jahre 1900 gezählten!) lebt die Hälfte isoliert in den Südweststaaten Oklahoma, Neu-Mexiko und Arizona, im nördlichen Präriestaat Süd-Dakota und in dem bergigen Südstaat Nordkarolina. Die Reservationen sind überbevölkert mit etwa 233 000 Köpfen. 1949 litt der große Navajo-Stamm Hunger, weil er seine Herden nicht durch den trockenen Sommer bringen konnte.

Die Senatoren und Kongreßabgeordneten aus dem Felsengebirge wollen die Macht des Bundesinnenministeriums über das Indianerland beschränken, um für ihre Wähler Land freizumachen. Das Indianerschutzamt im Innenministerium von Washington hält an der Tradition seines Leiters von 1933 bis 1945, John Collier, fest und will die Rechte der Stämme beachtet sehen. Ein Sonderausschuß aus den Gouverneuren von 16 westlichen Staaten und der 1950 ernannte Bundeskommissar für Indianerfragen Dillon Myer planen eine Befristung des Bundesschutzes für Indianer, Aufhebung der Reservationen und Überführung des Stammeseigentums in den Besitz von Aktiengesellschaften, also eine rasche Einordnung der Indianer in die Gliederung der weißen Gesellschaft und Wirtschaft. Die führende Persönlichkeit im Gouverneurausschuß war ursprünglich Gouverneur Luther Youngdahl von Minnesota, der den Indianern seines Heimatstaates städtische Arbeitsplätze besorgte und die Ansicht vertrat, daß sie in ihrer Entwicklung durch die romantischen Stammesrechte nur gehemmt würden. Indianische Kriegsteilnehmer stehen ebenfalls auf dem Modernisierungsstandpunkt. Manche Stämme haben beträchtliche Wiedergutmachungssummen von der amerikanischen Bundesregierung eingeklagt. In einigen Fällen wurden die Beträge verschleudert, in anderen für den Aufbau zusätzlicher Arbeitsstätten verwendet.

Die Azoren

Am 6. September unterzeichnete der portugiesische Außenminister Dr. Paulo Cunha und der amerikanische Botschafter Lincoln MacVeagh in Lissabon ein Abkommen, das im Rahmen des Atlantikpaktes die Bedingungen für die erneute Anlage eines amerikanischen Stützpunktes auf den Azoren festlegte.

Die Azoren wurden im Ersten Weltkrieg, an dem Portugal von 1916 ab auf der Seite der Alliierten teilnahm, als amerikanischer Flottenstützpunkt benutzt. Im Zweiten Weltkrieg räumte Portugal am 12. Oktober 1943 Großbritannien und den USA die Erlaubnis ein, die Inselgruppe für Zwecke ihrer Marine und Luftwaffe zu benutzen, obwohl es nicht in



den Krieg eintrat und deshalb auch erst nachträglich um Aufnahme in die UNO ersuchen mußte, wobei es den sowjetischen Einspruch nicht überwinden konnte. In den beiden Weltkriegen begründete Portugal die Hergabe der Inseln für Zwecke der Kriegführung mit seinem seit 1386 bestehenden Bündnisverhältnis zu Großbritannien.

Die Lage mitten im Atlantik verleiht den Azoren besondere Bedeutung. In den USA ist schon diskutiert worden, ob man sie nicht in das „Punkt-Vier“-Programm des Präsidenten Truman einbeziehen, d. h. mit Krediten und Beratern zur Förderung ihrer Wirtschaft versehen solle. Da sie jedoch als Teil des mütterländischen Portugal gelten, werden politische Empfindlichkeiten verletzt, wenn man sie als „unterentwickelt“ im Sinne des Truman-Planes bezeichnet. Ihre Bevölkerung pflegte früher zahlreiche Auswanderer in die USA zu stellen und lebt heute in wirtschaftlicher Bedrängnis, erhofft jedoch Arbeit durch den erneuten Einzug der Amerikaner. Auf den 2300 qkm der neun Inseln, die in drei weit voneinander getrennten Gruppen liegen, leben über 300 000 Menschen.

Der Erzbischof von Zagreb

Seitdem aus dem Ersten Weltkrieg im Jahre 1917 ein permanenter Bürgerkrieg geworden ist, sind immer wieder die un-

wahrscheinlichsten Bündnisse geschlossen worden. Jedes Zweckbündnis hat Menschenopfer verlangt. Wer die raschen Wendungen nicht verstand oder mit seinem Gewissen nicht vereinbaren konnte, blieb auf der Strecke. Agitprop, Schulung und Psychologische Kriegführung haben eben erst aufgebauete Fronten schnell wieder einreißen müssen. Draha Mihailowitsch wurde erschossen, aber auch serbische Freunde Deutschlands fanden den Tod durch die Hand von Bundesgenossen der Deutschen. Um die Eiserner Garde Rumäniens, um die polnischen Generale Anders und Bor-Komorowski, um Pierre Laval und Jan Masaryk, um Demokraten, Kommunisten, Faschisten und Nationalsozialisten, um treue Gefolgsleute, um große Hasardeure und um Träger echter politischer Konzeptionen spielten sich physische und seelische Tragödien ab.

Marschall Tito ist Diktator. Er ist Kommunist. Er hat es geduldet oder gefördert, daß in seinem Machtbereich 200 000 Deutsche ermordet wurden. Er hat an den Kroaten blutige Vergeltung geübt und alte italienische Siedlungen zur Einöde werden lassen. Er hat eine Geheimpolizei aufgebaut und



sich an der Unterstützung des kommunistischen Partisanenkampfes in Griechenland beteiligt. Er hält Kriegsgefangene zurück, er hat Internierte verhungern lassen. Heute aber ist er Verbündeter der atlantischen Staaten im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion, und die Schlagkraft seines Heeres wird hoch eingeschätzt. Er wird von friedliebenden, demokratischen Politikern besucht und erhält Anleihen und Lieferungen aus Großbritannien und den USA.

Am 11. Oktober 1946 wurde der römisch-katholische Erzbischof Stepinac von Zagreb zu 16 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, weil er während des Zweiten Weltkrieges mit der Besatzungsmacht Beziehungen unterhalten und den Unabhängigen Staat Kroatien nicht verdammt habe. Sowohl der Erzbischof selbst als auch der Vatikan lehnten das Angebot der jugoslawischen Regierung des Marshalls Tito am 7. Juli 1951, ihn über die Grenze nach Italien zu entlassen, ab. Die Kurie und der Erzbischof sehen das Urteil als Rechtsbruch an und wollen eine Schuld, die sie nicht anerkennen, auch nicht durch schweigende Hinnahme einer geräuschlosen Bereinigung eingestehen. Erzbischof Stepinac bleibt verurteilt.

Solange die Westmächte damit rechnen mußten, daß Marshall Tito ein Verbündeter der Sowjetunion sei, gewährten sie den Kroaten, die sich beim Zusammenbruch ihres problematischen Staatswesens nach Westen gerettet hatten, Asyl, obwohl es sich um Personen handelte, die mit Deutschland und dem faschistischen Italien sowohl gegen König Peter von Jugoslawien als auch gegen Tito zusammengearbeitet hatten. Im September 1951 jedoch wurde in Los Angeles der letzte Innenminister des Poglawnik, Andrija Artukowitsch, verhaftet, weil das Auslieferungsbegehren der Belgrader Regierung, das seit Jahren gegen ihn schwebt, geprüft werden solle.

*

Ringens am Persischen Golf

Großbritannien läuft in Persien nicht nur Gefahr, eine kostbare Einnahmequelle seines Fiskus und britischer Unternehmen zu verlieren, sondern es fürchtet das Versiegen der Erdölzufuhr aus dem eigenen Währungsreich selbst. Vor dem Zweiten Weltkrieg produzierte Persien ungefähr zwei Drittel des im Vorderen Orient (südlich der sowjetischen Grenzen) geförderten Rohöls, auch nach dem Aufstieg der Erdölquellen Saudi-Arabiens in der Nachkriegszeit macht das persische Erdöl noch annähernd ein Drittel der Förderung aus. 1950 kam über ein Viertel der Rohöleinfuhr Großbritanniens aus Persien.

Als Ersatz bietet sich zunächst der Irak. Seitdem Haifa aber in der Hand Israels ist, erlaubt die irakische Regierung keine Be-

nutzung der Rohrleitung von Kirkuk zu der dortigen Raffinerie. Der Abfluß nach dem libanesischen Tripoli kann nicht gesteigert werden. Erst 1952 wird eine zusätzliche, dreißigzöllige Leitung (die Leitungen nach Tripoli haben nur Durchmesser von 12 und 16 Zoll) von den beiden stillliegenden Haifaleitungen am Euphrat aus nach Banais an der syrischen Mittelmeerküste westlich Hama führen, die 1953 von Kirkuk selbst ausgehen



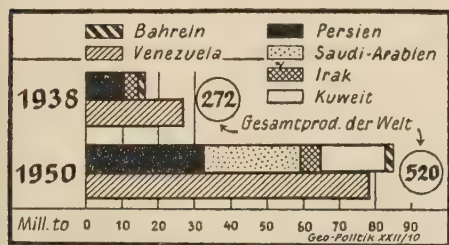
soll. Dann kann der Irak zwei Drittel der persischen Förderungsmenge von 1950 liefern. Die *Anglo-Iranian Oil Co.* hat ein Viertel der Aktien bei der *Iraq Petroleum Co.* im Besitz, — aber auch im Irak muß mit politischen Schwierigkeiten gerechnet werden.

Die jetzt in Persien enteignete Gesellschaft besitzt die Hälfte der Aktien in der *Kuwait Oil Co.* Die Förderung in diesem Sultanat, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg aufgenommen wurde, kommt dicht an die von Saudi-Arabien und Persien selbst heran. Der Abtransport aus Kuwait ist jedoch auf Tanker angewiesen, da der geplante Bau einer Rohrleitung nach Tartus in Syrien unterblieben ist. Wenn die Tankerflotte der *Anglo-Iranian* frei wird, reicht der Tankraum für den Rohöltransport aus, da Neubauten und eine Reservetonnage in den USA zur Verfügung stehen.

Die Schwierigkeiten, die durch den Verlust der Raffinerie von Abadan entstehen, sind größer. In Großbritannien sollen 1954 zwei große Raffinerien fertig werden (Shoreport und Fawley), auch in Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Westdeutschland und Italien wird die Raffineriekapazität erweitert. Die Verknappung des raffinierten Produkts würde die Länder am Indischen Ozean empfindlich treffen, weil hier Raffinerien erst neu gebaut werden müssen (in Indien, Pakistan, Ostafrika, Südafrika, Australien,

auch in Ägypten). Die Raffinerien von Ras Tanura in Saudi-Arabien und Bahrein am Persischen Golf werden schon heute ebenso voll genutzt wie die Werke in Indonesien, Britisch-Borneo und Japan. Nur Haifa, das von den arabischen Ländern blockiert wird und heute venezolanisches Rohöl raffiniert, kann seine Leistung noch steigern. Die Wirtschaft Westeuropas und der Länder am Indischen Ozean könnte nur dann voll mit dem nötigen Treibstoff versorgt werden, wenn Amerika mit seinen Raffinerien einspränge.

Die Amerikaner steigern ihre Förderung auf der Südseite des Persischen Golfes in



Saudi-Arabien. Der Kronprinz Faisal begann am 8. August Verhandlungen in London mit Außenminister Morrison über den alten Streitpunkt, wie weit die Hoheitsrechte des Wahabitenkönigs in den Küstengewässern und zu Lande reichten. Die *Arabian American Oil Co. (Aramco)* interessierte sich sehr für das Ergebnis der Verhandlungen, denn sie besitzt das Erdölmonopol in Saudi-Arabien. Die britische Regierung verhandelt für ihre politischen „Mündel“, die Fürsten von Bahrein, Qatar und Abu Dhabi, die sowohl zu Lande als auch im flachen Gewässer die Rechte Ibn Sauds bestreiten (Persien, das ebenfalls Ansprüche auf die Hoheit in den Gewässern über dem ölhöflichen Grund seines Golfs erhebt, ist an diesen Verhandlungen nicht beteiligt). In den Verhandlungen, die bis zum 25. August dauerten, wurde nach der amtlichen Mitteilung „ein beträchtlicher Fortschritt erzielt“.

Zu gleicher Zeit fand in Paris vom 21. bis 28. August ein Schiedsverfahren in einem Streit zwischen dem Fürsten von Abu Dhabi und einer Tochtergesellschaft der *Iraq Petroleum Co.* mit einem großen Aufgebot von Juristen statt, weil der Scheich die Schürfrechte im seichten Küstengewässer an eine amerikanische Gesellschaft vergeben hat, während die britische Gesellschaft die Ansicht

vertritt, daß diese Rechte in ihrer Konzession enthalten sind.

Der Kampf um die Schürfrechte vor den Küsten geht auf eine Proklamation zurück, mit der Präsident Truman am 28. September 1945 alle Lagerstätten vor der amerikanischen Küste auch außerhalb der Dreimeilenzone, wenn sie nicht tiefer als 200 m unter Wasser lägen, zu amerikanischem Besitz erklärte. 1949 proklamierten sowohl Saudi-Arabien als auch die britischen Schutzstaaten der „Vertragsküste“ den ganzen Schelf als ihr jeweiliges Hoheitsgebiet. Gegen Qatar hat die britische Ölgesellschaft im Schiedsverfahren schon verloren. Von dem kommenden Schiedsspruch wird abhängen, ob die amerikanischen Gesellschaften in das bisher britische Reservat der Vertragsküste eindringen können.

Es darf nicht vergessen werden, daß der persische Ölkonflikt nicht nur sehr große privatwirtschaftliche Interessen betrifft, daß er nicht nur ein Glied in der Emanzipation der asiatischen Nationen von europäischer Bevormundung darstellt und daß er nicht nur durch die unmittelbare Nachbarschaft der Sowjetunion weltpolitisches Interesse hat. Wenn Großbritannien aus Persien verdrängt wird, können die USA sowohl das britische Mutterland als auch seine Schwesterstaaten und Kolonien von der Ölversorgung her leichter als bisher unter Druck setzen.

Französisch-Indien

Am 2. September wurden in den vier Kolonien Französisch-Indiens Wahlen zur Pariser Nationalversammlung abgehalten. Nachdem am 2. Mai 1950 Chandernagore bei Kalkutta den Anschluß an die Indische Union vollzogen hatte, für den in einem Plebiszit am 19. Juni 1949 7473 Wahlberechtigte gegen 114 gestimmt hatten, betrug die Bevölkerung der *Etablissements français de l'Inde* noch ungefähr 320 000, davon 225 000 in Pondichéry, 70 000 in Karikal, 18 000 in Mahé und 5000 in Yanaon. Ministerpräsident Nehru hielt sich nach der Ministerpräsidentenkonferenz des Commonwealth im Januar 1951 mehrere Tage in Paris auf und verhandelte mit der französischen Regierung über den besten Weg zu dem auf lange Sicht kaum vermeidbaren Anschluß der Kolonien.

Ministerpräsident Nehru selbst bezeichnete im Parlament von Delhi die vier

französischen Kolonien als „Stützpunkte eines Kolonialsystems“ ohne Freiheit. Die indische Regierung sieht keine Möglichkeit für eine freie Volksabstimmung, solange die Parteigänger des Anschlusses an Indien von der Polizei verfolgt und inhaftiert werden. Sie nimmt das Gutachten eines internationalen Ausschusses nicht an, der die Kolonien im April besuchte und plebiszit-reif erklärte, weil kein asiatischer Staat in ihm vertreten war. Sie verlangt eine freie Volksabstimmung ohne Sonderbedingungen, während die Franzosen eine Änderung der indischen Zollpraxis an den Grenzen der Kolonien verlangen und andere Vorbehalte machen.

Quelle: N. V. Rajkumar, *The Problem of French India*, New Delhi 1951, All-India Congress Committee

Besatzungskosten und Verteidigungsbeitrag

Im Fiskaljahr 1950/51 (Juli bis Juni) war Japan mit 280 Millionen \$ Besatzungskosten belastet, von denen die USA schließlich mit 160 Millionen den größeren Teil übernahmen. Nach Inkrafttreten des am 8. September unterzeichneten Friedensvertrages, das von der nicht vor 1952 zu erwartenden Ratifikation durch die Unterzeichner abhängt, hört die Besatzung und die Belastung Japans mit ihren Kosten auf. Nach einem gleichzeitig abgeschlossenen amerikanisch-japanischen Vertrag wird danach eine allen drei Wehrmachtteilen der Vereinigten Staaten entnommene Truppe auf japanischem Boden zur Verteidigung des Landes und — wenn sie es verlangt — zum Schutz der japanischen Regierung gegen Bedrohung von innen bereitstehen. Ob und in welcher Höhe Japan einen Beitrag zu den Amerika dadurch entstehenden Kosten leisten wird, ist nicht bekannt.

Deutschland trug an Besatzungskosten im Jahre 1950/51 (April bis März) 5462 Millionen DM. Für das laufende Jahr wird mit dem Betrage von 9300 Millionen DM gerechnet.

H. M.

Der Ministerpräsident eines souveränen Landes

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages, der seinem Lande die Souveränität zurückgegeben hat, gab Ministerpräsident Yoshida am 13. September in einer Presse-

konferenz in Tokio einen kurzen Rechenschaftsbericht. Auf seinen Wunsch sollten nur japanische Journalisten daran teilnehmen. Nachdem er dem ihm vorgetragenen Anliegen, auch ausländische Journalisten teilnehmen zu lassen, nachgekommen war, sprach er japanisch. Die Rede wurde nicht verdolmetscht.

H. M.

Die Philippinen und der japanische Friedensvertrag

Die Philippinen unterzeichneten den Friedensvertrag mit Japan erst, nachdem am 30. August 1951 ein philippinisch-amerikanischer Beistandspakt zustandegekommen



„Arigato, Dulles San“ („Danke schön, Herr Dulles“). Auf der Reisschüssel für Japan steht: „Leichte Friedensbedingungen“, auf dem Zettel am Knochen für die Philippinen-Inseln („P. I.“): „Keine Reparationen“.

war. Diese amerikanische Garantie sollte den bitter empfundenen Verzicht auf Reparationsforderungen gegen Japan wettmachen. Präsident Quirino selbst hatte den Sommer über wiederholt eine Kriegsschädigung verlangt. Ein schnell erstarkendes Japan stelle eine neue Gefahr für die Philippinen dar.

Einen Beistandspakt mit ähnlichem Wortlaut schlossen die USA am 1. September mit Australien und Neuseeland ab. Die beiden Südseedominien wollten ihren Garantievertrag offensichtlich nicht mit Verpflichtungen gegenüber den Philippinen belasten, über deren innere Festigkeit Zweifel möglich sind. Ein westpazifisches Gemeinschaftsbewußt-

sein zwischen den beiden Inselstaaten britischer Herkunft, den Philippinen und dazu etwa noch Indonesien gibt es noch nicht.

Quelle: Manila Chronicle, 22. Juni 1951.

*

Kuba in Bewegung

Das kubanische Parlament (der Kongreß) begann am 20. August eine außerordentliche Sitzung, um einen Gesetzentwurf des Präsidenten Dr. Carlos Prío Socarras zur Verstaatlichung der *United Railways of Havana* zu beraten, die bis dahin in britischem Besitz gewesen waren. Anfang September sandte die *Darien Corporation of New York City* eine Delegation nach Kuba, die den Ankauf der britischen Bahn für 20 Millionen USA-Dollars versuchen sollte. Die Verhandlungen dauern lange, weil der kubanische Senat ausführliche Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten muß.

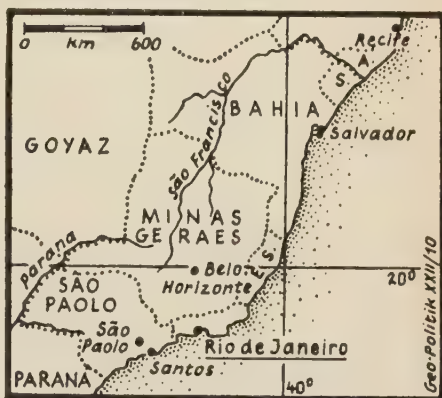
Am 10. August wurde ein kubanisch-britischer Handelsvertrag in London unterzeichnet, der bis 1953 gelten soll. Ungefähr 80 Warengattungen wurden bei Einfuhr aus England unter denselben Tarif wie Waren aus den USA gestellt. Großbritannien versprach die Abnahme von 1,5 Millionen t Zucker und für die Jahre 1952 und 1953 eine Zigarettenzufuhr im Werte von je 500 000 Dollars. Die Rohrzuckerinteressenten im Commonwealth protestierten heftig (Australien, Südafrika, Britisch-Westindien, Britisch-Guayana, Mauritius, Fidschi und Ostafrika). Das britische Wirtschaftsministerium vertritt die Ansicht, daß die Commonwealth-Länder die ihnen zugestandene Quote gar nicht ausnutzen können.

Die allgemeine Bedeutung der beiden Ereignisse liegt darin, daß Großbritannien auf amerikanische Märkte zurückkehrt, die es vor den USA hatte räumen müssen. Es verzichtet seinerseits allerdings auf die Behauptung wirtschaftlicher Machtstellungen, die das Prestige lateinamerikanischer Länder schmälern könnten. Im Juni wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, der Aufschriften in den Straßen und auf kubanischen Fabrikaten in spanischer Sprache forderte und den aus-

ländischen Gesellschaften die Auflage machte, ihre Firmenbezeichnungen hinter dem Originalnamen wenigstens noch einmal in spanischer Übersetzung zu bringen.

Brasilien bemüht sich um seinen Norden

Präsident Vargas erhielt im August einen Gesetzentwurf zur Unterzeichnung, der Maßnahmen zur Landeserschließung in einem Gebiet von dem dreifachen Flächenumfang Großbritanniens vorsieht. Der São Francisco, der viertgrößte Fluß Südamerikas, verläuft von seinem Ursprung in den Bergen von Minas Geraes ungefähr 3000 km zur Mündung zwischen Salvador und Recife. In seinem Flußgebiet finden sich Eisen- und Mangan-



erze, Bauxit, Zink, Diamanten und Gold. Bei Bewässerung und Zuführung von Arbeitskräften bestehen große Möglichkeiten für Landwirtschaft und Viehzucht. 1948 wurde eine Kommission zur Vorbereitung der Erschließungsarbeiten eingesetzt. Sie hat ihre Ergebnisse in 35 Bänden niedergelegt. Seit 1949 befindet sich ein großer Staudamm bei Paulo Afonso im Bau, von dem aus die Region mit Strom versorgt werden soll (das Planziel ist 900 000 kW). Der Fluß soll die wichtigste Verkehrsstraße werden. Man hofft, Einwanderer aus Europa anziehen zu können, während bis jetzt schon vorhandene Siedler vor der Malaria und der Dürre gewichen sind.

SCHRIFTTUM

Deutschland ist ferner als Tibet

Herrschaft der Dogmen

Die französische Deutschland-Interpretation lebt nicht von geistigen Erkenntnissen, die sich in der Auseinandersetzung mit dem konkreten Stoffe bilden, oder von wirklichen politischen und gesellschaftlichen Erfahrungen, sondern von *idées préconçues*: Fouillée hätte gesagt: von *idées-forces*. Der alles durchdringende Narzismus, in dem die französische Intelligenz seit einigen Jahrzehnten verharret, verbunden mit einer sichtbaren Erschlaffung der geistigen Schöpferkraft, hat es mit sich gebracht, daß in Frankreich das französische Denken über die Dinge wichtiger genommen wird als die Dinge selbst. Die französische Nation lebt von der Wirklichkeit getrennt durch den Schleier der Lehrmeinungen ihrer Führungsschicht.

Das gilt gleichermaßen für den *homme de la rue* wie für die *Sorbonne*, die *Rue d'Ulm*, die *Rue de la Médecine*, den *Quai d'Orsay*, den Petersberg oder Ernich. Man darf deshalb nicht erwarten, daß die Deutschland-Interpretation nach 1945 versucht, sich mit den völlig neuen geschichtlichen Gegebenheiten Mitteleuropas auseinanderzusetzen. Sie dient fast ausschließlich der Wiederbefestigung der seit der Jahrhundertwende gültigen Thesen über den Charakter der Deutschen, die politische Rolle, die sie im äußersten Falle spielen dürfen, und die Notwendigkeit des französischen Vorstoßes zum Rhein.

Verstummen, Verlegenheit, Vergreisung

Es fällt allerdings auf, daß die jährliche Produktion von Büchern über Deutschland seit 1945, wenn man von der Inflation echter oder fingierter KZ-Geschichten in den Jahren 1945—1947 absieht, kaum ein Zwanzigstel der Produktion vor dem Kriege beträgt. Wahrscheinlich verbirgt sich hinter diesem Verhältnis eine wirkliche Verlegenheit.

Auffallend ist auch, daß sich in den letzten Jahren zunächst fast nur die über 65jährigen zum Wort meldeten, die Generation also, die ihre geistige Ausbildung zwischen 1895 und

1914 empfing und deren geistiges Erwachen überschattet war von der Niederlage 1870/71. Welche Lehrmeinungen diese Generation mit auf den Weg bekam, kann in der heute noch gültigen Schrift von GEORG OSTRICH, *DAS GESICHT DER FRANZÖSISCHEN WAHRHEIT — DIE POLITISIERUNG DER FRANZÖSISCHEN GEISTESWISSENSCHAFTEN*, Berlin 1940, nachgelesen werden. Das klassische Werk dieser Richtung waren die vier Bände der *Origines du pans germanisme* (1915—1917) von Charles Andler. Andler wurde dann weiterentwickelt von Männern wie Georges Blondel, Robert d'Harcourt, Ernest Seillière, Albert Rivaud, E. Tonnelat, André Tibal, René Lote, Louis Reynaud, Edmond Vermeil.

Die heute 50- bis 65jährigen hatten sich — trotz ihrer Lehrer — von der politischen Germanistik etwas abgesetzt, so daß man von einer gewissen Blüte der literarischen Germanistik in den dreißiger Jahren sprechen kann. In jenen Jahren erschienen, neben den geistesgeschichtlichen Werken der gesünderen Elemente unter den Älteren: Lichtenberger, Spenlé, Dresch, Loiseau, Pitrou, das wichtige Kleist-Werk von R. Ayrault, E. Dumérils Arbeit über das deutsche Lied, die vorzüglichen Hölderlin-Studien von P. Bertaux, der nach 1945 leider ganz in die Politik überwechselte und längere Zeit Direktor der *Sûreté Nationale* war.

I. F. Angelloz veröffentlichte sein Rilke-Werk und Übersetzungen von Rilke, die zu den interessantesten neueren Übersetzungen aus dem Deutschen überhaupt gehören. Leider hat sich auch Angelloz verführen lassen, seine Finger in die Politik zu stecken: zur Zeit ist er „Rektor“ der „Universität“ Saarbrücken. Maurice Boucher übertrug Stefan George. Susini widmete sich Franz von Bader, R. Minder dem Werk von Ludwig Tieck. Der Problemkreis um die Brüder Schlegel wurde dargestellt von A. Schlagdenhaufen und I. I. Anstett. A. Béguin schrieb eine bedeutende Arbeit über die romantische Seele.

Auch die Übersetzungen aus dem Deutschen fanden in den dreißiger und vierziger Jahren eine rege Pflege. Der rührige Ver-

leger Fernand Aubier gab ihnen einen starken Rückhalt. Allein zwischen 1940 und 1944 wurden etwa 600 Werke aus dem Deutschen ins Französische übertragen. Die in diesen Jahren gegebenen Impulse pflanzen sich — nach einer kurzen Unterbrechung 1944-1947 — nachweislich bis heute fort. Zum Beispiel erschien eben die zweite Auflage der 1943 erstmals veröffentlichten *Anthologie de la Poésie allemande* von René Lasne. Leider aber bilden diese geistigen und literarischen Anstöße der dreißiger und vierziger Jahre heute nur eine Unterströmung.

Gerontokratie

Der Sieg der *Résistance* war ein Sieg der Gerontokratie. De Gaulles Restauration brachte die germanistische Reaktion an die Macht zurück. Der protestantischen Kreisen entstammende, frühere aktive Organisator der *Ligue des intellectuels antifascistes*, der dem Kommunismus zuneigende Edmond Vermeil, kehrte 1944 aus seinem Londoner Exil zurück. Als beratendes Mitglied des *Conseil supérieur de l'Éducation nationale* für germanistische Fragen übt dieser Mann heute eine fast absolute Diktatur aus. Von seinem Gutachten hängt bei dem totalitären Zentralismus der französischen Staatsorganisation praktisch jede Berufung und Beförderung im Rahmen der französischen Germanistik ab. Vermeil ist ein Eiferer. Der 73-jährige ist auch heute noch entschlossen, bei seinen Landsleuten das Deutschlandbild durchzusetzen, das vor 1914 *en vogue* war und das er selbst — nach 1918 — jahrzehntelang in Straßburg und Paris gepredigt hat, das Bild jenes Deutschlands, gegen das er Geheimkomitees, Studienausschüsse, Pamphlete, Zeitschriften, Tagungen und Vorträge organisierte.

Die beiden Bücher von ANDRÉ FRANÇOIS-PONCET: *SOUVENIRS D'UNE AMBASSADE A BERLIN, Paris 1947*, und *DE VERSAILLES A POTSDAM, Paris 1948*, sind in Deutschland bekannt. Sie dürfen deshalb ohne Kommentar bleiben. François-Poncet gehört zu den Schülern Andlers und zur germanistischen Generation Vermeils.

VERMEIL selbst hat seine 1938 erschienenen, 1940 eingestampften *DOCTRINAIRES DE LA REVOLUTION ALLEMANDE* wieder herausgebracht, ein Werk, in dem in edlem Durcheinander Walther Rathenau, Hans Zehrer und Alfred Rosenberg auf der gleichen Anklagebank sitzen.

Der Dekan der Juristischen Fakultät der Universität Straßburg, ROBERT REDSLOB, hat im Rahmen des von Vermeil mitgegründeten *Centre d'études européennes de l'Université de Strasbourg* eine Schrift veröffentlicht *DE L'ESPRIT POLITIQUE DES ALLEMANDS, Paris o. J.* Er seufzt auf der ersten Seite: „Wer wird je die Deutschen verstehen? Sie verstehen sich selber nicht. Und sie empfinden — es ist einfach nicht zu begreifen — ein geheimes Entzücken darüber“. Die Klischees aus den Jahren 1900 bis 1910 — *instabilité inquiète, volcanisme, passion destructrice, démesure* — reihen sich in rascher Folge aneinander. Die Zitate sind, wie der Anhang ausweist, zu einem großen Teil aus dem 1915—1917 erschienenen Werk Andlers wiederzitiert.

HENRI MASSIS, früher *Action française*, Lateiner, Verfasser von *Défense de l'Occident* (1926), *Les idées restent* (1942) und *Découverte de la Russie* (1943), in Deutschlandfragen Außenseiter, obwohl alles, was er schrieb, letzten Endes gegen Deutschland gerichtet war, veröffentlichte 1949 die Schrift *ALLEMAGNE D'HIER ET D'APRES-DEMAIN*, in der er die bekannten Kritiker an den Deutschen, Fichte, Nietzsche, Thomas Mann, Spengler usw. ausschrieb. Klischees wie bei Redslob unter Hinzufügung des *péril russo-germanique* im Sinne der *Défense de l'Occident*: Asien beginnt am Rhein; Deutschland ist so ferne wie Tibet, überwiegen.

Et tu, Brute?

Die gleichen, bei der Gerontokratie eingeführten Ideen finden sich ebenfalls bei ANDRÉ SIEGFRIED, *L'AME DES PEUPLES, Paris 1950*; neben der *ingéniosité française*, der *tenacité anglaise*, dem *mysticisme russe* steht die *discipline allemande*. Es ist bedauerlich, daß dieser sorgfältige Analytiker, dem Europa eine Reihe großartiger soziologischer Studien verdankt, am Ende seiner Karriere ebenfalls dem Schlagwort, — das Kolossale, Schadenfreude, Götterdämmerung, Heimweh, Gemütlichkeit —, verfällt. Nach ihm spricht sich die deutsche Seele (p. 134) in zwanzig solcher einfachen Worte aus.

Richtlinien für die Besatzungspolitik

Der fleißigste Greis ist in den letzten Jahren jedoch der Professor für Germanistik am Pariser *Institut catholique* ROBERT D'HARCOURT gewesen. Bis 1933 ein mittel-

mäßiger, mit C. F. Meyer, Schiller und Goethe beschäftigter Gelehrter, wandte er sich nach 1933 der Politik zu. 1936 erschien ein Buch über die Hitlerjugend *Evangile de la Force* und 1938 eine Arbeit über die *Catholiques d'Allemagne*. Während der Besatzungszeit lehrte der Verfolger unverfolgt weiter. Auf seinen vielen Deutschlandreisen nach 1945 machte er gerne dunkle Anspielungen an erlittene Unbill. Aber nichts war passiert. Seinem verhinderten Resistentismus verdanken wir *LE NAZISME PAR LUI-MEME, Paris 1946, COMMENT TRAITER L'ALLEMAGNE, Paris 1946, LES ALLEMANDS D'AUJOURDHUI, Paris 1948, VISAGE DE L'ALLEMAGNE ACTUELLE, Paris 1950*. Auch d'Harcourt hat nichts gelernt und nichts von dem vergessen, was er vor 1914 gelernt hat. Er fügt lediglich Zitate aus Eugen Kogon hinzu.

In der Sammlung *LA DOCUMENTATION FRANÇAISE* erschien im September 1950 eine Arbeit *PROBLEMES HISTORIQUES DES ETATS ALLEMANDS* für die *RENE ROUX* von der *Direction Générale des Affaires politiques* im Außenministerium verantwortlich zeichnet. Das Werk beschreibt im Stile einer wohldokumentierten Seminararbeit die Geschichte der deutschen Stämme von Ariovist bis Konrad Adenauer. Es dient laut Einleitung dem Zweck, den Beamten des Außenministeriums und der französischen Besatzungsbehörden Argumente an die Hand zu geben für die Aufrechterhaltung eines radikalen Föderalismus in Deutschland. Deutsche Geschichte ist nach dieser Fleißarbeit im Auftrage Robert Schumans ein laboriöses Legespiel.

Dem integralen Föderalismus soll offenbar auch das Werk von *ROBERT MINDER, ALLEMAGNES ET ALLEMANDS, Paris 1948*, dienen, das jedoch nur bis zum ersten Band gediehen ist. Minder gilt heute als aussichtsreichster Kandidat für den Diktatur-Lehrstuhl Vermeils. Leider hat er Joseph Naders Literaturgeschichte etwas zu gründlich studiert.

Die hier genannten Greise und die richtig liegenden Jüngeren wurden von Studienrat „Général“ Schmittlein in den letzten Jahren häufig als Umerzieger nach Deutschland geholt. Sie hatten in der Französischen Zone vorübergehend große Auditorien. Die 1945iger in Mainz überhäuften sie mit allen möglichen „Ehren“. Im übrigen Deutschland

haben sie jedoch wenig Beachtung gefunden. Es hat sich eben in den letzten sechs Jahren erneut erwiesen, daß *Sorbonne* und *Ecole normale* nicht die richtige Vorbildung geben zur Betrachtung der deutschen Dinge oder gar zur Führung der deutschen Geschäfte.

Unter der Führung von Vermeil und d'Harcourt bildete sich vor einigen Jahren in Paris ein *Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle*. Was sich mit Deutschland schon vor 1945 verständigen wollte, ist satzungsmäßig von der Leitung ausgeschlossen. Das Direktionskomitee setzt sich aus Resistenten und solchen, die es gerne gewesen wären, zusammen. Als Kontrahenten denkt man sich Männer vom Schlage Kogons. Man wird in Deutschland die Tätigkeit des Komitees genau verfolgen müssen, denn es dient vor allen anderen Zusammenschlüssen der Erhaltung der *idées préconçues*, von denen wir eingangs sprachen. Der Gedanke der deutsch-französischen Verständigung machte in den letzten Jahren dank der fleißigen Bemühungen der französischen Besatzungsbehörden und der nach Deutschland geholten germanistischen Missionare ungeheure Rückschritte. Er wird erst wieder Fortschritte machen können, wenn die Gerontokraten und *normaliens* aus dieser Sphäre verjagt sind.

e.

Finnland in schweren Jahren

Knappe Einführung

Der schmale Finnlandband der Reihe „Kleine Länderkunden“ von W. Evers gibt eine Einführung in alle Gebiete des finnischen Lebens, wobei allerdings der geographische Gesichtspunkt dominiert.

Das Kapitel „Volk und Kultur“ bringt eine Reihe von Tabellen über die Bevölkerungsentwicklung, das Verhältnis zwischen Stadt und Land sowie zwischen Finnisch- und Schwedisch-Sprechenden, die Religionsbekenntnisse und die Auswanderung. Darauf folgen wertvolle Angaben über Volksgesundheit und Hygiene, Bildungswesen und Sport. Hieran schließt sich eine Darstellung der ländlichen und städtischen Siedlungen und ein kurzer Abriß der finnischen Geschichte von den Urzeiten bis heute. Dieser Abriß, der nicht mehr als $7\frac{1}{2}$ Seiten einnimmt, weist manche Mängel auf, die durch seine Kürze bedingt sind, und in noch höherem Grad gilt das vom anschließenden Abschnitt

über die geistige Kultur Finnlands, der die Darstellung der finnischen Dichtung, Musik und bildenden Kunst auf 2½ Seiten zusammendrängt. Doch erhält man wenigstens ein annäherndes, wenn auch vergrößertes Bild von der finnischen Geschichte und Kultur.

Um so ausführlicher behandelt Evers die finnische Wirtschaft, wobei er wieder eine Menge Tabellen sowie Karten und Diagramme bietet. Als Abschluß des zusammenhängenden Textes folgt eine geographische Darstellung der finnischen Einzellandschaften, angefangen von der Südfinnischen und der Bottnischen Küstenebene über die Finnische Seenplatte, das Mittelfinnische Bergland und Karelrien bis zum nördlichsten Landesteil, Finnisch-Lapland. Ein umfangreicher Anhang bringt ergänzende Tabellen zur finnischen Geographie und Volkswirtschaft sowie kurze Angaben über Verfassung und partei-politische Gliederung, Finanzen, Nachrichtenwesen, Theater, Film und Wehrmacht. Eine Zeittafel zur finnischen Geschichte und eine nach Sachgebieten aufgegliederte Bibliographie runden das Buch ab.

Der Gesandte des Reichs 1935—1944

Das Buch des letzten deutschen Gesandten in Finnland Wipert von Blücher, das auch in finnischer Übersetzung vorliegt und in Finnland Sympathie und Interesse weiter Volkskreise sowie betonte Anerkennung seitens der Kritik gefunden hat, berichtet eine Unmenge von Begebenheiten aus den Jahren 1935 bis 1944. Dabei beschränkt sich der Verfasser, wie er im Vorwort sagt, im wesentlichen auf die politischen Geschehnisse, während die wirtschaftlichen und militärischen Vorgänge nur am Rande gestreift werden. Er hat sich möglichste Objektivität zum Ziel gesetzt, was aber nicht hindert, daß er eine Fülle von menschlich interessanten und auch amüsanten Einzelheiten erzählt, die sein scharf beobachtendes Auge notiert hat. Man erlebt die allmähliche Wendung des Kriegsglückes mit, die ständig stärker werdenden Friedensbemühungen auf finnischer Seite, bis schließlich der finnisch-sowjetische Waffenstillstand, der Abbruch der Beziehungen zu Deutschland und die Abreise der deutschen Gesandtschaft aus Finnland den Schluß bilden. Was sich danach in Finnland ereignet hat, insbesondere die tragischen Kämpfe zwischen finnischen und deutschen Truppen, beschreibt Blücher nicht mehr.

Dem finnischen Volk und dem demokratischen finnischen Staat steht er mit Sympathie gegenüber, und das Maß, nach dem er diese Sympathie auf die verschiedenen Gruppen und die verschiedenen Persönlichkeiten verteilt, wird nicht etwa durch seine eigene konservativ-deutschnationale Grundhaltung bestimmt, sondern richtet sich vorwiegend nach den Qualitäten der Menschen, die er jeweils betrachtet. Den Begründer der finnischen Selbständigkeit und seinerzeitigen Staatspräsidenten Svinhufvud bewundert er als Finnlands größten Staatsmann; daneben spricht er mit hoher Anerkennung vom Oberbefehlshaber in den drei finnischen Kriegen, dem „Grandseigneur“ Feldmarschall Mannerheim, dessen wandlungsfähige Persönlichkeit ihm allerdings in gewissem Grade problematisch erscheint. Jedoch würdigt er auch den äußerlich unscheinbareren, aber tatkräftigen und realistischen späteren Präsidenten Ryti, einen Vertreter der linksbürgerlichen Mitte, während er manche politischen Freunde Rytis wegen ihrer Voreingenommenheit für die Westmächte und den Völkerbund kritisiert und ironisiert. Auch der starken Persönlichkeit des energischen und weltmännischen Sozialistenführers und späteren Ministers Tanner zollt er Achtung. Mit besonderem Respekt schreibt er über zwei andere Außenminister, mit denen er im Laufe der Jahre zusammengearbeitet hat, den vielseitigen, feingebildeten Professor Witting und über den sportlichen Ramsay, „einen der besten Segler Europas“.

Blücher hat sich in Finnland eine große Zahl von Freunden erworben, die oft auch dann zu ihm hielten, wenn die deutsch-finnischen Beziehungen (wie im Winterkrieg 1939/40 und vor allem in den schicksalsschweren Septembertagen 1944) einen gefährlichen Grad der Spannung erreichten. Er hebt die Arbeitsamkeit, die Kriegstüchtigkeit und den anständigen Charakter des finnischen Volkes hervor. Er deutet die Wesensart der Finnen, die eine Spannweite von schwermütiger Verslossenheit bis zu wilder Ausgelassenheit aufweist, aus der nordischen Natur mit ihrer Härte und ihrem krassen Gegensatz zwischen Sommer und Winter. Die politischen Verhältnisse und die Ideen des zu 90 Prozent demokratisch gesinnten finnischen Volkes erklärt er aus der geschichtlichen Entwicklung des Landes, das im zähen Kampf gegen die Unterdrückung durch das Zarenregime und schließlich im

Bürgerkrieg gegen den Bolschewismus die nationale Freiheit errungen hat.

Blücher rechnet sich ausdrücklich zur Opposition, zu den „alten Beamten“ des auswärtigen Amtes, die sich aus konservativer Gesinnung heraus darum bemühten, auch unter Hitlers Herrschaft die soliden politischen Traditionen der früheren Zeit fortzusetzen, „Dämme aufzuführen“ und die Rückwirkungen der nationalsozialistischen Politik auf Deutschlands auswärtige Beziehungen einzuschränken. In seinem dienstlichen Aufgabenkreis versuchte er nach Kräften, die Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich aus dem Unterschied der ideologischen Einstellung für das Verhältnis zwischen Deutschland und Finnland ergaben. Jegliche Einmischung in finnische innenpolitische Verhältnisse hat er strikt vermieden.

Der Verfasser stellt fest, daß eine Rechtfertigung der finnischen Politik während des Krieges oder eine Kritik an ihr erst von der künftigen Geschichtsschreibung ausgesprochen werden darf, die sämtliche Quellen zur Verfügung hat und aus zeitlichem Abstand das Bleibende vom Vergänglichen zu trennen vermag. Sein Buch endet mit einem Ausblick in die Möglichkeiten der Zukunft: Entweder geht das Abendland unter, dann teilt auch Finnland dies Schicksal — oder aber es eröffnen sich neue Aspekte für den „nördlichen Eckstein Europas“, der die gleiche Aufgabe im Rahmen eines kommenden internationalen Zusammenschlusses weiterhin erfüllen könnte, befreit von den Gefahren, die einen alleinstehenden Kleinstaat bedrohen und die in den letzten Jahrzehnten Finnlands Verhängnis geworden sind.

Deutscher General beim finnischen Hauptquartier

General Erfurth schreibt von sich selbst nur in der dritten Person. Er war vom Juni 1941 bis zum Abbruch der deutsch-finnischen Beziehungen zu Feldmarschall Mannerheim abkommandiert. Mannerheim hat auf ihn einen unauslöschlichen Eindruck gemacht; er nennt den finnischen Oberbefehlshaber einen „gewaltigen Mann“, in dem er die „seltene Verbindung von Soldat, Diplomat und Weltmann“, den „unvergänglichen Typ des Aristokraten“ bewundert. Demgemäß beginnt er auch mit einer Lebensbeschreibung und rühmenden Würdigung Mannerheims, um dann kurz die Vorgeschichte des Finnisch-

Sowjetischen Krieges zu behandeln und hierauf zur ausführlichen Schilderung des Feldzuges selbst überzugehen.

Er beschreibt zunächst eingehend die gemeinsame deutsch-finnische Offensive von 1941, durch die Finnlands Kriegsziel, die Wiedererringung der im Jahr vorher abgetretenen karelischen Gebiete, erreicht wurde. Hieran schließt sich eine ebenso ausführliche Darstellung der Gegenoffensive der Sowjets zu Anfang des Jahres 1942 und des darauf folgenden Stellungskrieges, der bis zum Sommer 1944 dauerte. All diese Schilderungen des finnischen Krieges stellt Erfurth stets in den größeren Rahmen des Zweiten Weltkrieges in seiner Gesamtentwicklung. Der Kausalzusammenhang zwischen der sich allmählich verschlechternden allgemeinen Situation und dem Erstarken finnischer Sonderfriedensbestrebungen wird deutlich.

Daran schließt sich eine Darstellung der großen Sommeroffensive der Sowjets im Jahre 1944, die die militärische Situation an der Ostfront entscheidend zuungunsten sowohl der deutschen als auch der finnischen Wehrmacht veränderte. Das vorletzte Kapitel, überschrieben „Das Ende der Waffenbrüderschaft“, schildert das endgültige Durchdringen der Friedentendenzen in Finnland, die sich schon längere Zeit vorher, insbesondere in der Sozialdemokratie und in der Schwedischen Volkspartei, ständig verstärkt hatten und jetzt die realistisch denkenden Menschen fast aller Parteien erfaßten, da man an einen für Deutschland glücklichen Kriegsausgang nicht mehr glauben konnte. Erfurth beschreibt eingehend die Abwicklung der ihm unterstellten deutschen Wehrmachtsdienststellen in Südfinnland nach dem Abbruch der Beziehungen und seine Abreise nach Deutschland am 13. September 1944. Er betont dabei besonders das korrekte und freundschaftliche Verhältnis, das auch in diesen Tagen nicht nur zwischen Marschall Mannerheim und ihm, sondern ebenso zwischen finnischer Armee und Bevölkerung einerseits und deutschen Soldaten andererseits trotz der durch die Politik erzwungenen Trennung nach wie vor bestand.

Während sich das Buch bis hierher auf eigenes Erleben des Verfassers, sein Tagebuch und seine Dokumentensammlungen gründet, fußt das letzte Kapitel, das den Rückzug der 20. Gebirgsarmee aus Nordfinnland behandelt, auf dem Kriegstagebuch des deutschen

Wehrmachtsführungsstabes und Auskünften deutscher Generäle. Sachlich und ohne Bitterkeit erwähnt Erfurth die Kämpfe, die seit der zweiten Septemberhälfte 1944, — nach dem Ablauf der im finnisch-sowjetischen Waffenstillstandsvertrag festgesetzten zweiwöchigen Abmarschfrist, — zwischen den zurückgehenden deutschen Truppen und den nachdrängenden Finnen aufflammten. Die Deutschen suchten einen befürchteten Vormarsch der Sowjets durch Zerstörung von Brücken und Gebäuden in dem nordfinnischen Gebiet, das sie verließen, zu hindern. Mit einer deutschen Nachhut in der Nordwestecke Finnisch-Lapplands hat die finnische Armee noch bis Ende April 1945 gekämpft; erst dann war das finnische Staatsgebiet restlos geräumt.

Erfurth bringt eine Rechtfertigung von Mannerheims Verhalten in diesen Monaten, der — damals auch zum Staatspräsidenten gewählt — sein Volk auf den Weg zum Überleben geführt hat; ein weiteres Verbleiben im Krieg hätte Selbstmord bedeutet.

Tanner

Väinö Tanners Buch „Olin Ulko-Ministerinä Talvisodan Aikana“ (*Ich war Außenminister zur Zeit des Winterkrieges*) liegt nur in finnischer Sprache vor. Trotz seines kunstlos schlichten, wenig gefeilten Stils, der beispielsweise bei der Wiedergabe von Gesprächen direkte und indirekte Rede bunt durcheinander mischt, verdient dieses Werk wegen seines Inhalts eine Übersetzung in mehrere Welt Sprachen.

Tanner, der langjährige Führer der Sozialdemokratischen Partei Finnlands und vielfache Minister, beginnt mit den inoffiziellen Besprechungen, die in den Jahren 1938/39 von sowjetischer Seite eingeleitet wurden, um Finnland zur Abtretung einzelner Inseln und zum Abschluß eines militärischen Beistandspaktes zu veranlassen.

Als die finnische Regierung ablehnend geantwortet hatte, folgte als nächste Stufe im Herbst 1939, nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, eine offizielle Aufforderung der Sowjetunion, in Verhandlungen über die genannten Fragen einzutreten. Nun gibt der Verfasser eine genaue Darstellung der fünfjährigen schwierigen Verhandlungen, die von ihm und Staatsrat Paasikivi (dem jetzigen finnischen Staatspräsidenten) in Moskau mit Stalin und Molotow geführt wurden. Da

die Sowjetunion außer einigen Inseln auch ein Stück von Karelien verlangte, um die Drohung der gefährlich nahen Grenze von Leningrad wegzunehmen und dazu einen Militärstützpunkt am Eingang zum Finnischen Meerbusen beanspruchte, um die Zufahrt nach Leningrad notfalls sperren zu können, wurden die Besprechungen ergebnislos abgebrochen. Bald nach der Heimkehr der finnischen Delegation nahmen die Sowjets einen angeblichen Grenzzwischenfall zum Anlaß, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen und Finnland anzugreifen.

In der daraufhin neu gebildeten Regierung übernahm Tanner, der bisherige Finanzminister, den Posten des Außenministers. Die Regierung hatte nicht nur die Aufgabe, den ihr aufgezwungenen Krieg möglichst schlagkräftig zu führen, sondern auch alle Möglichkeiten zur baldigen Wiederherstellung des Friedens wahrzunehmen. Daher versuchte Tanner zuerst, Deutschland zur Vermittlung zu bewegen. Der Gesandte von Blücher, über den der Verfasser mit Anerkennung spricht, setzte sich sehr ein, aber von der deutschen Regierung wurde die Aktion abgelehnt.

Danach wurden mit Hilfe der finnischen linksradikalen Schriftstellerin Hella Wuolijoki Fäden zu ihrer alten Freundin, der Sowjetgesandtin Alexandra Kollontai in Stockholm, gesponnen; auch der finnische Geschäftsträger in Schweden und die schwedische Regierung sorgten für die Aufrechterhaltung dieser Verbindung. Im Zuge der langwierigen Geheimverhandlungen, die sich auf diese Weise ergaben, fuhr Tanner dreimal nach Stockholm, vermochte jedoch trotz der für die Rote Armee nicht sehr günstigen Frontlage keine Milderung zu erreichen. Frau Kollontai neigte für ihre Person durchaus dem Frieden zu und suchte in Moskau günstigere Bedingungen zu erwirken. Die Tatsache, daß Finnland ihr Geburtsland war, hat jedenfalls dazu beigetragen; vielleicht auch erwachte in ihr ein Rest des alten sozialistischen Solidaritätsgefühls, in dem vor Jahrzehnten sowohl sie, die jetzige Bolschewistin, wie auch Tanner, der jetzige reformistische Sozialdemokrat und Minister des bürgerlich-demokratischen Finnland, aufgewachsen waren.

Als sich gegen Ende des Winters die ungeheure zahlenmäßige Überlegenheit der Sowjetwehrmacht auszuwirken begann und das

finnische Heer, das aus dem Ausland wohl materielle Hilfe, aber so gut wie keine Freiwilligen erhielt, zurückweichen mußte, sah sich die Regierung gezwungen, auf die Forderungen der Sowjets einzugehen und eine Delegation nach Moskau zu senden. Es blieb ihr nichts anderes übrig, als sich dem Diktat der Sowjetunion zu fügen, obwohl die Ansprüche während der Verhandlungen noch gewachsen waren, und einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, der die gewünschten Inseln und Stützpunkte sowie einen Teil Kareliens abtrat. Zum Schluß bringt Tanner die Rundfunkrede, durch die er der Bevölkerung die Situation erklären mußte, die Bekanntmachung der Regierung, den Tagesbefehl Mannerheims, der in ergreifenden Worten den tapferen finnischen Widerstand rühmt, und den Wortlaut des Friedensvertrages.

Ungeachtet scharfer Kritik an der Sowjetunion läßt sich Tanners vornehme Denkweise niemals zu Beschimpfungen des Feindes hinreißen; ebenso fehlt jede kleinliche Gehässigkeit gegenüber innenpolitischen Widersachern.

Bernd Assmuth

Wilhelm Evers: *Suomi — Finnland. Land und Volk im hohen Norden. Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart 1950. 167 S., 30 Fig., 48 Tabellen, 31 Abbildungen, 16 Kunstdrucktafeln, 1 Übersichtskarte = Kleine Länderkunden. Hlw. DM 9,80.*

Wipert v. Blücher: *Gesander zwischen Diktatur und Demokratie. Erinnerungen aus den Jahren 1935-1944. Limes-Verlag, Wiesbaden 1951. 414 S. Lwd. DM 15,50.*

Waldemar Erfurth: *Der finnische Krieg 1941-44. Limes-Verlag, Wiesbaden 1950. 324 Seiten. Lwd. DM 12,50.*

Väinö Tanner: *Olin Ulkoministerinä Talvisodan Aikana. Helsinki 1951, 438 S.*

Luftbrücke Stalingrad

Der Kampf um Stalingrad war einer der entscheidenden Wendepunkte des letzten Krieges — wenn nicht der entscheidende überhaupt. Spärlich sind bisher die Berichte über den Untergang der 6. Armee, denen man historischen Wert beimessen kann — leben doch nur wenige Zeugen in unserem Bereich, die über Ablauf und Ursachen dieser Katastrophe Aufklärung zu geben berufen sind. Einer von ihnen hat sich zu Wort

gemeldet — Herhudt von Rohden, der letzte Chef der Kriegswissenschaftlichen Abteilung der Luftwaffe.

Er hat an Ort und Stelle den Verlauf der Dinge miterlebt. Was aber wohl für die Erforschung der geschichtlichen Wahrheit noch wichtiger ist, — ihm stand ein umfangreiches Quellenmaterial an Kriegstagebüchern, Befehlssentwürfen, Funksprüchen usw. der Luftwaffe zur Verfügung. So enthüllt sich ein plastisches Bild vom Anteil der Luftwaffe beim Kampf um Stalingrad. Nach Lage der Dinge steht hierbei die Luftversorgung, ihre Planung, Durchführung und ihr schließliches Versagen im Vordergrund.

Rohden gibt unumwunden zu, daß das von Göring an Hitler gegebene Versprechen, täglich mindestens 300 Tonnen nach Stalingrad einzufliegen, bei nüchterner Bewertung aller einzukalkulierenden Faktoren nicht einzuhalten war. 290 Tonnen Tagesleistung blieb eine einmalige Ausnahme, der Durchschnitt in der Zeit vom 27. November 1942 bis 2. Februar 1943 betrug 94,16 Tonnen für eine Armee von über 250 000 Mann, also ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die Luftwaffe kämpfte gegen Schneesturm und Vereisung, gegen einen in der Luft wie auf dem Boden schließlich erdrückend überlegenen Gegner, mit einer für ihre Aufgabe keineswegs genügend ausgestatteten Bodenorganisation; insbesondere wurden die Flugplatzverhältnisse im Kessel mit zunehmender Verengung so ungünstig, daß Start und Landung nicht mehr möglich waren und das Versorgungsgut abgeworfen werden mußte. Die Verluste der Luftwaffe (488 Maschinen, 1000 Mann Fliegendes Personal) widerlegen daher auch den vom Heer aus der verzweifeltsten Lage heraus verständlichen, verschiedentlich erhobenen Vorwurf unzureichender fliegerischer Einsatzbereitschaft. Insgesamt wurden eingeflogen 4919 Tonnen Betriebsstoff, Munition und Verpflegung. An Verwundeten wurden 24 910 Mann auf dem Rückflug herausbefördert.

Die oberste Führung hatte hier nicht nur der 6. Armee, sondern auch der Luftwaffe eine unlösbare Aufgabe gestellt. Weit ab vom Schuß, hatte sie das rechte Augenmaß für die Wirklichkeit verloren. Sie unterschätzte die Schwierigkeiten der Kampfbedingungen und hielt schließlich eigensinnig an Entschlüssen fest, die durch die Lage längst überholt waren.

Wie anders das Bild an der Front, wo vom General bis zum letzten Mechaniker jeder das Äußerste daransetzte, den Wirbel der Krisen zu meistern! Der Verlegungsstart der Ju 52 vom Flugplatz Tapinskaja im eisigen Schneesturm unter feindlichem Panzerfeuer, der Durchbruch der kleinen Kampfgruppe des Obersten Stahel vom Flugplatz Obliwskaja zur Tschirfront sind nur einige der Leistungen, die denen des Heeres in keiner Weise nachstanden. Die im Endkampf um den belagerten Raum zwischen Heer und Luftwaffe aus psychologischen Gründen erklärliche Spannung entlädt sich in einer dramatischen Aussprache zwischen Paulus, seinem Chef, Seydlitz, und dem Fliegermajor Thiel. Auch die übrigen bei dieser Aufgabe mitwirkenden Führerpersönlichkeiten gewinnen menschliche Kontur.

Ein erschütterndes Zeugnis vom langsamen Erliegen der Abwehrkraft geben die letzten Funksprüche. In ihrer ungebrochenen Haltung werden sie für alle Zeiten ein Mahnzeichen letzter Hingabe bedeuten. Im Hauptquartier vollzieht sich der Tragödie letzter Akt mit einer Aussprache zwischen Hitler und Milch. Hier bestätigt sich von neuem unsere seit dem Zusammenbruch gewonnene Erkenntnis, daß die Hybris eines Mannes die harten Tatsachen der Wirklichkeit nicht wahrhaben wollte, während die militärischen Führer wider bessere Einsicht nicht die innere Kraft aufbrachten, die hieraus notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

So wird dieses aufrüttelnde Buch nicht nur zu einem wahrhaften Zeugnis des opferreichen Ringens um Stalingrad, sondern zugleich auch zu einer Mahnung für den Soldaten, künftighin in der letzten Entscheidung über den Befehl noch das eigene Gewissen zu stellen.

Eberhard Einbeck

Hans-Detlef Herhudt v. Rohden: *Die Luftwaffe ringt um Stalingrad*. LIMES-Verlag, Wiesbaden 1951, 148 S., Ganzleinen DM 6,50.

Eine Vierte Macht? ²³

Seit vielen Jahren gehen die nordamerikanischen Bestrebungen dahin, die „Westliche Hemisphäre“, also den gesamten amerikanischen Raum, zu einer geschlossenen politischen und seit dem Abkommen von Rio de Janeiro auch militärischen Einheit zusammenzufassen. Die Verwirklichung dieser Absicht stößt jedoch auf wirtschaftliche

Schwierigkeiten, indem sich die Bindungen Südamerikas an Europa fester und wichtiger gezeigt haben, als das die Nordamerikaner wahrhaben möchten. Ihr Bestreben, den südamerikanischen Markt ganz für sich zu gewinnen, scheitert nicht an politischen Gegenwirkungen oder fremden Einflüssen, sondern einfach an dem nordamerikanischen Unvermögen, die südamerikanischen Überschüsse aufzunehmen, weil sie in hohem Maße aus Gütern bestehen, die von den USA selbst im Überfluß erzeugt und vielfach mit großen Staatsunterstützungen ins Ausland verkauft werden, wie Weizen, Mais und Baumwolle. In einer panamerikanischen Wirtschaftseinheit würden die billigeren südamerikanischen Warenüberschüsse nach Nordamerika strömen und der Staatskasse zur Last fallen, denn sie müßten die bereits übergroßen Vorräte weiter anschwellen lassen.

Welche Politik soll Südamerika unter diesen Umständen ergreifen? Soll es sich aus der engen Zusammenarbeit mit Nordamerika lösen und wieder den Anschluß an Europa suchen? Der Argentinier Kölliker Frers untersucht diese Frage durch eine Prüfung der geopolitischen Voraussetzungen und fordert einen Zusammenschluß der „indoamerikanischen“ Republiken, der gegenüber den USA eine freundschaftliche, doch selbständige Politik treiben soll. Er glaubt, daß Südamerika bei einem verstärkten Ausbau seiner Industrie den Nordamerikanern im Falle eines Krieges die ungefährdete Lieferung von Rohstoffen, Halbfabrikaten und selbst hochwertigem Kriegsgerät zusichern kann. Die Schrift ist vor dem Koreakrieg und zu einer Zeit geschrieben worden, als die Südamerikaner noch mit einer gewissen Verbitterung die großen Unterstützungen Nordamerikas an Europa mit der angeblichen Vernachlässigung ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen verglichen. Sie bleibt ein wertvolles Zeugnis dafür, wie südamerikanische Schriftsteller sich ernsthaft mit den Möglichkeiten und Aufgaben ihres Kontinents im Falle eines Dritten Weltkrieges befassen. Es kann jedoch bezweifelt werden, ob Südamerika stark genug sein wird, sich in der Weltpolitik die Stellung einer „Vierten Macht“ erringen zu können.

Ernst Samhaber

Alfredo A. Kölliker Frers: *Una IV Posición. Ensayo político-económico-estratégico*, Imprenta „Chile“, Buenos Aires 1949, 42 S.

FREIE AUSSPRACHE

Die Schriftleitung übernimmt keine Verantwortung für die in diesem Teil der Zeitschrift geäußerten Ansichten oder ihre Form. Sie ändert die Einsendungen in keiner Weise, behält sich aber Kürzungen im Einverständnis mit dem Verfasser aus Raumgründen vor. Auf eine möglichst breite Auswahl verschiedenartiger Meinungen legt sie Wert.

Soldaten anderer Völker

Sehr geehrte Herren!

Es wird nicht viele ehemalige Soldaten in Deutschland geben, die sich von der Ehrenbezeugung ausschließen möchten, die General Ramcke im Augustheft Ihrer Zeitschrift dem Marschall Pétain erwiesen hat. Frieden kann nur auf gegenseitiger Achtung der Völker begründet werden. Achtung vor dem Gegner ist ein Teil soldatischer Gesinnung. Voraussetzung für diese Achtung ist Verständnis.

Das Verständnis fehlt in den Sätzen, die am 12. September in Le Monde als offiziöser französischer Kommentar zu General Ramckes Worten zu lesen waren.

C'est avec une très grande surprise qu'on a pris connaissance dans les milieux autorisés français de la proclamation du général allemand Ramcke „au maréchal de France Pétain“. On considère comme particulièrement inconvenante la manière prétendument „silencieuse“ dont un militaire allemand se mêle d'une question qui ne le concerne nullement. On regrette que les „silences du général Ramcke“ le conduisent à de tels écarts de langage. On rapproche ceux-ci des regrettables propos déjà tenus par le même personnage et qui sont encore présents dans toutes les mémoires.*

So wenig man auf Verständnis rechnen darf, wenn der Wille zu ihm noch nicht vorhanden ist, so sehr besteht die Pflicht, klare Mißverständnisse sofort richtigzustellen. Der französische Kommentator hat offenbar einen sehr wichtigen Satz nicht zur Kenntnis genommen, der den Vorwurf, General Ramcke mische sich in rein französische Dinge, gegenstandslos macht. Er sollte sich daran erinnern, daß General Ramcke ausdrücklich schreibt: „Nur der französischen Nation selbst steht die Entscheidung darüber zu, in

welcher Weise sie nach seinem (des Marschalls) Tode seiner gedenken will“.

Kein Volk sieht es gern, wenn alle seine Regungen, soweit sie bekannt werden, von Fremden zergliedert und zerlegt werden. Es zeigt z. B. noch kein Verständnis, wenn im „Westen“ jede Kleinigkeit, die über die Sowjetunion bekannt wird, nach allen Regeln der Wissenschaft seziert und mikroskopiert wird. Ich möchte der Zuschrift Georg Schäfers, die Sie in Ihrem Augustheft unter der Überschrift „Muscovia delenda?“ veröffentlichen, ausdrücklich zustimmen. Russische Soldaten sind ebenso empfindlich für Verständnislosigkeit wie die anderer Völker, viele von ihnen kennen und achten die noch lebende gemeinsame Überlieferung echten europäischen Soldatentums. Ich habe selbst im Sommer 1944 in Ostpreußen erlebt, daß sich sowjetische Kriegsgefangene vor den Gräbern der beiden Gegner aus der Schlacht bei Tannenberg beugten.

Auf dem Malakow-Kurgan bei Sebastopol las ich als Knabe auf einem Soldatengrab, das Verteidiger und Erstürmer dieser Feste aus dem Krimkrieg gemeinsam barg, einen Spruch, der mir beim Lesen von General Ramckes Nachruf in die Erinnerung kam und der die Gesinnung zeigt, die allein der abendländischen Geschichte würdig ist:

*Unis par la victoire,
Réunis par la mort,
Des soldats, c'est la gloire,
Des braves, c'est le sort.*

Basil H. v. Wevell

Sehr geehrte Herren!

Im Augustheft Ihrer hochgeschätzten Zeitschrift haben Sie einen Beitrag des Herrn Gerhard von Mende über Georgien veröffentlicht. Ich danke Ihnen von Herzen dafür. Er hat bei mir das Bedürfnis geweckt, zu den ausgezeichneten Ausführungen des Herrn

* André Maurois veröffentlichte eine dichterische Darstellung seiner Erlebnisse im Ersten Weltkrieg als französischer Verbindungsoffizier bei einer britischen Einheit unter dem Titel: *Les silences du colonel Bramble*.

von Mende einige ergänzende Ausführungen zu machen.

Ich habe während des letzten Krieges nacheinander einer Reihe von georgischen Verbänden der deutschen Wehrmacht angehört, zuletzt einer Einheit, die an der Oderfront stand und die durch die hohe Menschlichkeit des mir lange bekannten deutschen Dirigenten vieler Freiwilligeneinheiten rechtzeitig aus der ohnehin unhaltbaren Front herausgelöst und nach Dänemark dirigiert wurde, was unsere Rettung bedeutete. Was Herr von Mende schrieb, trifft in vollem Umfange zu, nur ist hinter diesen Zeilen das Schicksal von Individuen eines Volkes, dessen beste Söhne heute nicht mehr klar sehen, wer wen betrügt und belügt und wer denn nun eigentlich mit Völker- und Menschenschicksalen spielt, nicht deutlich genug sichtbar.

Wir, die wir den Freiwilligenverbänden angehörten, wir wissen nichts von dem, was in der Führung vor sich ging, wir waren nur die Objekte irgendeiner Politik. Die landeseigenen Einheiten waren m. W. Glieder einer Reihe von Legionen, der Armenischen, der Aserbeidshanischen, Georgischen, Nordkaukasischen, Wolgatatarischen und der Turkestanischen Legion, dem Ukrainischen Befreiungsheer, den Kosakenheeren und dem Kalmückenverband. Daneben bestanden wohl noch estnische, lettische und litauische Verbände. Mit der Wlassow-Armee hatten wir nichts zu tun, und wir wollen mit ihr auch nicht genannt werden. Hiermit will ich nichts zum Nachteil der Wlassow-Leute sagen.

Die größte Zahl dieser Angehörigen nicht-russischer Völker ist wohl seinerzeit bei Charkow und bei Kertsch gefangen worden. Für mich war es ein unvergeßliches Erlebnis, als eine deutsche Panzerdivision bei Kertsch Zehntausende von Kaukasiern gefangen nahm. Wir alle waren von der Größe dieses Augenblicks tief beeindruckt. Die Gefangenen wurden nicht erschlagen, sie wurden nicht gequält oder unehrenhaft behandelt, sie wurden beachtet von den deutschen Menschen, die sauber waren, alle rasiert, alle gepflegtes Haar trugen, von denen jeder eine Uhr besaß, die oft aus Gold war, die meisten mindestens einen goldenen Ring trugen, jeder türkische Zigaretten rauchte und jeder lachte. Wir waren in ein militärisches Märchen geraten. Natürlich war die Gefangenschaft nicht schön, aber sie war menschlich, durchaus menschlich. Ich habe niemals etwas

gesehen, das zu erleben ich mich hätte schämen müssen. Die Gefangenen wurden korrekt behandelt.

Das Verblüffendste an dieser Behandlung aber war, daß man hiermit offensichtlich keinerlei Absicht verband. Denn als die alten Emigranten und Werber in die Lager kamen, wurden die Gefangenen in keiner Weise unter Druck gesetzt, wenn sich der eine oder andere auch gedrängt gefühlt haben mag. Aber auch die Russen, die nicht angesprochen wurden, sind in allen mir bekannt gewordenen Lagern ebenso menschlich behandelt worden wie die Nichtrussen. Das ist die Wahrheit!

Als man sich in den Verbänden befand, sah es allerdings etwas anders aus als bei der Gefangennahme. Nicht daß sich das Bild vom deutschen Soldaten wesentlich verändert hätte, nein! Aber Herr von Mende hat recht besonders darin, daß die psychologischen Belastungen wuchsen unter dem Eindruck der deutschen Überschätzung und der Unterschätzung des Wertes des Partners. Nicht nur die Georgischen Führungsstellen, die mir bekannten Herren Alchibaya, Gabliani — herzlichen Gedenkens —, Balardischwili, Indjija (ihre Namen sind den Bolschewiki ohnehin bekannt) haben sich bei den Deutschen nicht durchsetzen können, sondern auch diejenigen Deutschen nicht, die zu unserer Führung bestellt waren. Ich meine nicht damit die Angehörigen der deutschen Verbindungsstäbe und des Rahmenpersonals. Die hatten damit nichts zu tun. Das, bitte, das waren zumeist ebenso herrliche Menschen, wie es die deutschen Landsler im allgemeinen waren, herrliche Menschen! Das deutsche Verbindungs- und Rahmenpersonal kannte die Legionäre, es fühlte in ihrer Masse mit ihnen, kämpfte und litt mit den Freiwilligen und trug auch mit ihnen die Geringschätzung der Freiwilligen durch ihre deutschen Landsleute, die es aber nicht besser wußten, als daß die Freiwilligen „Hottentotten“ wären und Angehörige der „Partisanen-Ersatz-Division“. Man nannte einen der verehrtesten deutschen Führer, Kameraden und Betreuer der Freiwilligen an der Ostfront den „Hottentottenkaiser“ und „Kommandeur der Partisanen-Ersatz-Division“. Was aber von den Deutschen mit den Legionären zusammen kämpfte, lebte und litt — mit den Georgiern in ihren Stämmen, den Adsharen, Abchasen, Mingreliern,

Imeretinern, den Guriern, Swaneten, Kacheti, usw., den Aserbeidshanen mit den Talyschen und den Tat — jawohl, auch mit den Tat! —, den Armeniern und den Karabaghen, den Lesghiern und den vielen Stämmen des Daghestan, den Kabardinern, Karatschaien, Tschetscheno-Inguschen und den Adyghe, mit den Turkmenen und unter ihnen den Tekke, den Sarik-, Kara- usw. Turkmenen, den Karakalpaken, Usbeken, Kirgisen, Kasachen und den Tadshiken, den Wolgatataren, den Kalmücken und dann mit den eingesprengelten Chakassen, Baschkiren, Tschuwaschen, Syrjänen, Krätschen, Komi, Mordwinen, den anderen Ostfinnen, mit den Kosaken vom Ural, vom Terek, Kuban und Don und schließlich mit den vielen ordentlichen und tapferen Ukrainern —, was von den Deutschen mit den Legionären zusammen kämpfte, lebte und litt, das waren zwar weniger Offiziere, eher schon Unteroffiziere, dann aber die Masse der Landser. Das waren z. B. Rittmeister Be. von der 3./turkestanischen 103, Unteroffizier v. La. von der 3./georgischen Gebirgsträger-Bataillon 1001, Hauptmann Gu. und Feldwebel Ki. von der 5./armenischen Gebirgsträger-Bataillon 1001, Hauptmann Ke. von der 4./georgischen 103, Oberfeldwebel Tscha. von der 4./aserbeidshanischen 593, Hauptfeldwebel Schu. von der 4./aserbeidshanischen 548, das waren unter vielen anderen besonders Leutnant Ku. und Oberfeldwebel Wa. von der berühmten 3./ukrainischen 610, Hauptmann Scha. von der 2./ukrainischen 607, der Anafü 581 Oberstleutnant Lü. mit seinem Leutnant Ko. und seiner berühmten Sicherungseinheit (Lü. wurde von seinen 24 Nationalitäten — jawohl! —, obwohl sehr streng, wie ein Vater verehrt), das war „Meyer-Deutschland“ von der aserbeidshanischen „Bergmann II“, das waren so viele, die alle auf das innigste begrüßt sein sollen, sofern sie nicht auch ab- und ausgeliefert wurden, weil auch sie für das Vaterland der Legionäre kämpften.

Nein, was sich nicht durchzusetzen vermochte oder gar nicht wollte, das waren jene subalternen Stabsoffiziere, die den höchsten Kommandostellen keine klaren Informationen über die Truppe gaben, weil sie — es ist nicht anders denkbar — zu ungebildet oder zu unlustig waren, um die Interessen der Freiwilligen und damit die eigenen zu erkennen, die ferner die sachverständigen deutschen Soldaten nicht gelten lassen woll-

ten und einen Hochmutsfimmel besonders gegenüber landeseigenen Offizieren hatten — ich spreche hier nicht von dem verehrungswürdigen General Köstring und seiner engsten Umgebung! —. Unter denen, die sich nicht zu behaupten und die Freiwilligen nicht energisch genug zu vertreten vermochten, befanden sich auch manche deutschen Verbindungsoffiziere und Einheitsführer, die man seitens der verantwortlichen Kommandeure ebenso in die landeseigenen Verbände abgeschoben hat wie viele absolut ungeeignete Unteroffiziere und Mannschaften. Häufig waren es politisch unzuverlässig und undiszipliniert erscheinende Soldaten. Die darunter litten, waren die Legionäre und ihre deutschen Kameraden in den besten Teilen des Verbindungs- und Rahmenpersonals.

Ein furchtbares Schicksal offenbarte sich den Legionen erst, als der Zusammenbruch kam. Viele, sehr viele deutsche Soldaten gingen in den Gemetzeln an der Ostfront mit den in jedem Falle massakrierten Legionären unter. Ihnen sei noch im Tode für diese Treue gedankt. Manche ließen die ihnen anvertrauten Freiwilligeneinheiten im Stich... Bis zum Schluß kämpften die Freiwilligen, zuletzt mit dem Mute der Verzweiflung in Berlin, jawohl, in Berlin! Zu den letzten Verteidigern von Berlin gehörten viele georgische, armenische, aserbeidshanische, nordkaukasische, turkestanische, ukrainische, kosakische, lettische, estnische, litauische und Freiwillige anderer nichtrussischer Nationalitäten. Zu ihnen war auch schon die Kunde gedrungen, daß die Freiwilligen im Westen umgebracht oder ausgeliefert wurden.

Das Ende war bitterböse. Tausende, vielleicht Zehntausende der kaukasischen und anderen nichtrussischen Freiwilligen wurden von den Westalliierten an ihre bolschewistischen Henker ausgeliefert, als ob jene niemals von dem Freiheitskampf jener Nationen gehört hätten, als ob sie niemals davon gehört hätten, daß viele Zehnmillionen Menschen in Rußland gehungert und zu Tode gequält worden sind. Mußten sie nicht wissen, daß die Angehörigen dieser Nationen auch mit dem Teufel zusammen um die Freiheit ihrer Länder kämpfen würden und durften, daß sie nun eines qualvollen Todes sterben würden, daß damit jeder Glaube an die Aufrichtigkeit irgendwelcher Befreier erstickt werden müßte? Und wenn sie das wissen mußten, war es dann nicht intellektuell?

tueller Mord, was da geschah? Die nicht-russischen Völkerschaften sind keine Russen! Nirgendwo hat eine freigewählte Körperschaft die Russen in ihrer Führung bestätigt! Die nicht-russischen Völker haben keinen Haß gegen das russische Volk, trotz alledem. Mit Haßgefühlen kann man nicht nachbarlich leben. Aber sie wollen ihre nationale Freiheit! Das amerikanische, das britische, das deutsche und das französische Volk sind keine besseren Völker, sie sind nur größer und anders. Besser oder schlechter sind sie nicht. Auch die nicht-russischen Völker haben das Recht auf Freiheit, und wie sie sich diese Freiheit erkämpfen, ist allein ihre Sache! Ein Fehlgreifen bei der Wahl der Mittel wird nie einen Mord an den Fehlgreifenden rechtfertigen.

Es geht heute erneut um den Kampf für eine vom Bolschewismus und einer Tyrannei freie Welt. Drüben jener „Mensch“, den die westliche Welt im Dienste seiner Propaganda Stalin, den Gestählten, nennt, anstatt ihn nur und immer nur mit seinem Familiennamen Djugaschwili zu nennen, was eine erstklassige Propagandawaffe gegen den Bolschewismus wäre, besser noch Scheitan Djugaschwili, Teufel Djugaschwili! Drüben also jener Georgio-Osete Scheitan Djugaschwili — bei Swetljana bricht sichtlich die Osetin durch! —, hier die freie Welt! Jetzt geht der immer noch geistige Kampf gegen den Bolschewismus an. Diesmal sollen nun die Deutschen Legionäre sein. Es sei ihnen von Herzen gewünscht, daß es ihnen besser ergehe, als es ihren Legionen ergangen ist, deren Überlebende mit vielen Deutschen auch heute noch in der Illegalität leben müssen, um nicht wie 1945/46 von den Westalliierten an die Mörder ihrer Freiheit ausgeliefert zu werden.

Ich grüße alle Deutschen, die ehrlichen Herzens im Kriege die Möglichkeit boten, für die Freiheit der Heimat zu kämpfen, alle die mit uns kämpften, litten und die uns ihre Liebe bewahrt haben.

Grigol Sulaberidse

Zur Revision unseres Weltbildes

Sehr geehrte Herren!

Sie haben im Juniheft Ihrer Zeitschrift durch den Einleitungsaufsatz eines ungenannten Verfassers und die Arbeit Prof.

Maurachs über Spitzbergen Zusammenhänge deutlich gemacht, die keineswegs nur für die augenblickliche weltpolitische Spannung wichtig sind, sondern uns erneut auf die Notwendigkeit einer Revision unseres Erdbildes hinweisen.

Es ist üblich, Europa als „Pufferzone“ zwischen den USA und der Sowjetunion zu sehen, wie dies auch Dr. Ganser in Ihrem Augustheft tut. Selbst wenn man einmal von der Vorstellung eines unausweichlichen Gegensatzes dieser beiden Weltmächte ausgeht — was man gewiß nicht in dogmatischer Weise tun sollte — läßt sich die Theorie, daß die „natürliche“ Hauptfront quer durch Europa verlaufe, nicht aufrecht erhalten, besonders nicht in einer Zeit, die sich der erdumspannenden Zusammenhänge der Politik bewußt geworden ist.

Das geographische Verhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion kann nur richtig verstanden werden, wenn man sich vom Erdbild der Mercator-Projektion freimacht. Wie sehr wir noch von ihm abhängig sind, zeigen z. B. schon unsere Schulatlanten: auf ihren herkömmlichen Weltkarten nimmt Europa die Mitte ein. Afrika liegt darunter, zur Rechten die Sowjetunion, und links finden wir die beiden amerikanischen Erdteile. Diese Vorstellung prägt sich uns ein, läßt uns von der „europäischen Mittellage“ reden und schafft uns die Angstträume, in denen wir als „Puffer“ von beiden Seiten unter Druck stehen. Als die Japaner im Zweiten Weltkrieg die Aläuten besetzten, fragten wir: Was wollen die denn „da oben“? Wir waren der Meinung, daß man besser über Hawaii nach San Franzisko gelange! Die deutsche Besetzung Norwegens begriffen wir von unserem alten Weltbild aus als „Flankenstoß“, und die Bedeutung einer Operation bei Spitzbergen verstanden wir überhaupt nicht, wir ebensowenig wie die Initiatoren dieser Aktionen, die strategische Trümpfe in der Hand hatten, ohne es zu wissen. Wir waren gewohnt, kontinental zu denken und deuteten von unserer Denkweise aus die politischen Motive der Weltmächte.

Das moderne Erdbild dagegen ist global im wörtlichen Sinne: es denkt an den Globus, an die Krümmung der Erdoberfläche und an die wirklichen Lagebeziehungen zwischen den Kontinenten. Gerade die „Zeitschrift für Geopolitik“ wurde schon in ihrer ursprünglichen Folge nicht müde, auf diese Notwen-

digkeit zur Revision überkommener Vorstellungen hinzuweisen. Aber sie selbst mußte sich doch von den Amerikanern R. E. Harrison und H. W. Weigert sagen lassen (in *Compass of the World, A Symposium on Political Geography*, 1945, S. 82), daß von den 20 Weltkarten, die sie in den Jahren 1934 bis 1940 gebracht hatte, 17 als Mercator-Projektionen erschienen. Karl Haushofer gab sei-



Weltkarte in Mercator-Projektion

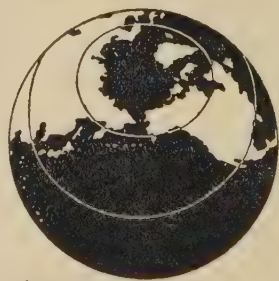
nen Kommentaren zum Indopazifischen Raum, dessen Einheit ja von ihm entdeckt worden war, nur Mercator-Karten bei! Im Jahrgang 1939 der „Zeitschrift für Geopolitik“ wird auf Seite 303f. der Fehler einer Mercator-Karte gezeigt, die amerikanische Stützpunkte auf der Welt geographisch beurteilen wollte. Der Verbesserungsvorschlag selbst macht aber auch nicht klar, wie Asien und Amerika wirklich zueinander liegen: daß z. B. der kürzeste Weg von Japan nach den USA nicht über Pearl Harbour, sondern über Dutch Harbour führt, daß die Zitadelle der amerikanischen Front im Pazifik nicht irgendeine Insel im Stillen Ozean, sondern Alaska ist! Wir meinten im Zweiten Weltkrieg, Narvik sei das Ende der Welt; dabei hätte es ein Sprungbrett für See- und Luftoperationen gegen Amerika bilden können, wenn nicht die technischen Voraussetzungen gefehlt hätten! Die Amerikaner besitzen sie und bauen seit dem Zweiten Weltkrieg den kurzen Weg nach Europa über den St.-Lorenz-Strom, Grönland und Island aus. Diese Inseln sind heute aus der Peripherie in das Zentrum geopolitischer Zusammenhänge gerückt.

„Zwischen“ den beiden Weltmächten liegt also nicht Europa, sondern die Arktis. Im Zeitalter der Luftfahrt ist aus dieser theoretischen Erkenntnis ein praktisch wirksames

Faktum geworden. Seitdem die Kugelgestalt der Erde die friedlichen Verkehrswege ebenso wie die Angriffsrouten zwischen den großen Mächten bestimmt, ist eine Wandlung des Erdbildes eingetreten, die ebenso umwälzend ist wie die Erkenntnis, daß Indien in westlicher Richtung erreicht werden könne. Alle Hauptstädte der kriegführenden Mächte des Zweiten Weltkrieges (außer Tschungking, den Kapitalen der britischen Süd-Dominien und der nur formal kriegführenden Staaten Iberoamerikas) lagen näher am Nordpol als am Äquator. 31 der 38 großen Weltstädte liegen im Norden des Nördlichen Wendekreises. Die Räume dichter Besiedlung: Japan — China — Indien — Europa — Nordamerika reihen sich im Kranz um die Eiswüste der Arktis.

Zu einem Zeitpunkt, da einer Südbewegung der Weltmächte der Selbstständigkeitsdrang Südasiens, Iberoamerikas und Afrikas gegenübertritt oder gegenüberzutreten droht, beginnt ein Bemühen der nördlichen Länder um die Erschließung der dünn besiedelten Räume am Rande der Arktis: des nördlichen Kanada, Alaskas, des Nordens der Sowjetunion.

Wir sollten uns darüber klar sein, daß die amerikanische Geographie die Öffentlichkeit ihres Landes zur Annahme eines neuen Erdbildes zu erziehen versucht: sie erinnert daran, daß ganz Südamerika weiter im Osten



Geo-Politik XXII/10

Landmassen um den Nordpol

liegt als Chicago, daß der östlichste Punkt der Westlichen Hemisphäre nicht durch das brasilianische Natal, sondern durch das östlichste Kap Grönlands dargestellt wird, das auf dem Längengrad der irischen oder portugiesischen Küste liegt, daß Buenos Aires

weiter von Chicago entfernt ist als alle europäischen Hauptstädte einschließlich Moskaus, daß nur Athen so weit weg liegt wie Rio de Janeiro, daß keine Stadt Brasiliens oder Argentiniens Chicago so nahe liegt wie Gibraltar, daß umgekehrt die westafrikanischen Häfen Dakar und Freetown eine nähere Verbindung nach Südamerika bieten als die Flugplätze der Antillen, mit anderen Worten: daß man nicht nur in ost-westlichen, sondern auch in nord-südlichen Dimensionen bei der Betrachtung der Erde denken muß. Im Zeitalter des Flugverkehrs hat der „Weg“, damit ist nur die Entfernungstrecke gemeint, über den Nordpol für Angriff, Verteidigung und friedliche Verbindung zwischen den Erdteilen eine vorher unbekannte Bedeutung erlangt. Wir sollten unser Erdbild von dieser Einsicht her revidieren. Dann fühlen wir uns sicherer und etwas weniger wichtig.

Eberhardt Schwalm

Zum Danziger Problem

Sehr geehrte Herren!

Sie berichten in Ihrem Septemberheft über die Wahl einer Danziger „Exilregierung“ und berühren damit den Kernpunkt des europäischen Problems, die Frage der Heimkehr der Vertriebenen, die Sie schon im Juli durch die Ausführungen Eugen Lembergs und im Mai durch die Besprechung von Hermann Rauschnings Buch „Deutschland zwischen Ost und West“ angeschnitten haben.

Zur Danziger Frage hat Hermann Rauschning vielleicht mehr zu sagen als irgendein anderer, sein Bruch mit Hitler erfolgte nicht aus Opportunismus, sondern aus tiefer Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes. Als er im April 1935 ins Ausland ging, schwieg er nicht, sondern führte seinen Kampf mit geistigen Waffen fort. Es mag umstritten sein, ob sein erstes Buch, das wenige Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg erschien, dieser Absicht wirklich gedient hat. Diese „Gespräche mit Hitler“ waren damals eine Welt-sensation und, in viele Sprachen übersetzt, ein Welterfolg mit einer Auflage von weit über einer Million Stück. Allerdings erschien manchem Kenner Rauschnings und seines Stils beim Lesen dieser stark propagandistisch bestimmten Polemik die helfende Feder eines amerikanischen Journalisten spür-

bar. Doch bei seinen nächsten Veröffentlichungen, „Konservative Revolution“, „Das große Tier und der Frieden“, „Die Revolution des Nihilismus“, tatsächlich in Anlage, Schreibweise und geistiger Fundierung ganz Rauschning, ging es um die Erarbeitung der geistigen Grundlagen einer wahrhaft Europäischen Revolution.

Für Rauschning, der übrigens nicht, wie Ihr Rezensent in Heft 5 schreibt, Danziger Staatspräsident, sondern als Senatspräsident Regierungschef des winzigen Freistaats war (einen Staatspräsidenten gab es Ende August 1939 nur einige Tage lang), bildete Danzig nur eine untergeordnete Frage in den großen Problemen. Er sah diese anorganische Versailler Konstruktion als zeitbedingt und hütete sich vor vernebelnden und gefährlichen Formulierungen, wie sie bei der umstrittenen Wahl dieses Sommers zu einem Danziger „Parlament“ aufgetaucht sind. Für ihn lebten stets Deutsche in Danzig, deren Schicksal mit dem des ganzen deutschen Volkes unlösbar verknüpft war. Über seine Ansichten ließ er sich auch nach 1945 wiederholt von seinem amerikanischen Exil her in Briefen gegenüber alten Danziger Freunden aus. So schrieb er von seiner Farm in Caston, Oregon, USA, an einen alten Nachbarn, der heute als Flüchtling in Westdeutschland lebt und mit Rauschnings Einverständnis den Abdruck des Briefes gestattet:

„Du weißt vielleicht, daß ich hier wieder Farmer geworden bin und mit meinen Jungen zusammen eine Farm bewirtschafte, die ungefähr den Umfang der Deinigen in H. hat. Aber wir müssen das ganz alleine tun und ich habe diese Woche 12 und 14 Stunden auf dem Traktor zugebracht und muß jetzt mit meiner Frau Mais und Bohnen hacken . . .

Ich kann nur eines mit Bestimmtheit sagen: So wie sich sterile Politiker eine Wiederherstellung Danzigs vorstellen, wird sie sicher nicht sein. Von einem neuen Weltkonflikt etwas für Deutschland erwarten zu wollen, ist Wahnsinn. Wenn es zum Kriege kommen sollte, geht der letzte Rest von Deutschland in die Binsen. Der Deutsche sollte am meisten den Konflikt von Osten und Westen fürchten. Eine Chance für die deutschen Ostflüchtlinge besteht nur in der Bildung einer europäischen Föderation, in der das Bekenntnis zu einer bestimmten Nationalität so zur Privatsache wird, wie es das religiöse Bekenntnis ist oder sein sollte.

In einem europäischen Gemeinwesen müßte Freizügigkeit und freies Niederlassungsrecht Grundgesetz werden. Alsdann können die Vertriebenen als Privatpersonen hier in Gestalt privater Siedlungsgenossenschaften wieder zurück und im Osten das zerstörte und unbebaute Land, wie nach dem Dreißigjährigen Kriege in anderen deutschen Gegenden, wieder kultivieren. In diesem Sinne, in einem allein noch fortschrittlichen Sinne, können wir hoffen, wieder in unsere Heimat zurückzukehren. Aber ein allein und ausschließlich deutsches Danzig oder deutsches Ostpreußen, wie vor dem Kriege wird meiner Meinung nach nicht mehr wieder herzustellen sein. In dem skizzierten Sinne versuche ich mit Wort und Schrift zu wirken.

Gerade hier von Amerika aus sehe ich das Gemeinsame, das alle europäischen Völker verknüpft und in Gegensatz bringt sowohl gegen den Osten wie gegen den Westen. Dieses Amerika ist eine ganz andere Welt. Sie wird uns immer fremd sein, Dir, mir, Deinen Kindern. Ich will seine Größe und Vorzüge nicht verkleinern, aber es ist etwas Anderes. Du kannst Deine Auswanderung nicht nur vom ökonomischen Standpunkt beurteilen. Es ist nicht mehr so, daß man in einer Generation hochkommt, daß man in jedem Fall seine Existenz gewinnt. In den lateinamerikanischen Staaten kommt hinzu, daß sie vorwiegend katholisch im Charakter sind, oder, wie in Mexiko, ausgesprochen atheistisch-sozialistisch. Gerade Ihr Mennoniten könnt nicht auf die Dauer Freiheit und Gleichberechtigung Eurer Religionsausübung erwarten, auch wenn Sie Euch heute zugesichert wird. Überseht nicht, daß wir Europäer auf unserem alten, tragischen, vielgeprüften Boden Schicksalsschläge, Irrtümer und tragische Fehler hinter uns gebracht haben, die diese jungen Länder erst noch vor sich haben. Keines der Amerikas ist mehr ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

Und gerade als Landwirt bin ich voll tiefer Skepsis über die Zukunft der Landwirtschaft selbst hier in USA. Es gibt nur wenige echte Bauern. Die meisten bauen den Boden ab, wie man Kohle aus einem Bergwerk abbaut. Während in Europa ein Boden in alter Kultur etwas Gutes war, ist hier ein Boden, der 50, der 30, der 20 Jahre bebaut wurde, schon erschöpft. Einen gemischten Farmbetrieb wie bei uns kann man kaum aufziehen. Man muß sich spezialisieren, um überhaupt zu existie-

ren, wie ich zum Beispiel mit Gemüsebau; und dann die Krankheits- und Schädlingsbekämpfung! Wenn ich die Wahl hätte, kann ich nur sagen: Auf den Knien würde ich in unser Großes Werder zurückkrutschen, und sollten die Schilfe und Disteln so hoch wachsen wie der große Lesewitzer Kirchturm. Lieber noch da auf dem Boden wieder anfangen. Europa ist als Ganzes ein Garten. Selbst der Sand ist noch fruchtbar. Hier gibt es da und dort blühende Gärten, getrennt durch sterile Flächen. Und wenn Du acht Monate Regen gehabt hast, daß Dir die Schwimmhäute wachsen, so hast Du vier Monate solche Trockenheit und Hitze, daß schon Anfang Juli alles braun und gelb ist, wenn Du nicht künstliche Bewässerung hast. Ich kann daher nur eines raten: Warte! Auch wenn es bitter ist, untätig sitzen zu müssen. Nicht weniger bitter ist es, in Hoffnungslosigkeit sich abzumühen und zu sehen, daß man mit allem Fleiß nichts erreichen kann.“

Rauschnig hat bis heute keine Gelegenheit gehabt, nach Europa zurückzukehren. Er sitzt auf seinem Gut und müht sich als einfacher amerikanischer Farmer. Einer der besten geistigen Köpfe und Kenner europäischer, insbesondere osteuropäischer, Verhältnisse, der dem State Department in Washington aus jahrelangen Kontakten wirklich kein Unbekannter ist, baut seinen Mais, während die Balkanisierung Resteuropas vorwärtsschreitet. Man ruft so oft nach Köpfen und, falls man nicht Lakaien und Kreaturen damit meinen sollte, hätte man in Rauschnig einen gefunden. Er war und blieb ein aktiver Gegner des späteren Nationalsozialismus. Rauschnig, heute ein Mann in der Mitte der Sechziger, besitzt ein Geistesgut an Wissen und Erfahrung wie selten ein deutscher Politiker. Er ist ein Mann von internationalem Ansehen und wertvollen Beziehungen zu einer großen Zahl auch heute noch führender Politiker in der Westlichen Hemisphäre, insbesondere den USA. Dieser Spezialist in Fragen des deutschen und europäischen Ostens weiß von den Verknüpfungen und tragischen Umständen, die in Jalta und Teheran zu den verhängnisvollen Entscheidungen über die deutschen Ostgebiete führten.

Wir alle sind dem menschlichen Irrtum unterworfen, aber wir haben nicht viele Politiker, die erkennen, daß die Probleme nicht an der Oberfläche, sondern nur im Kern ge-

löst werden können. Rauschning ist einer dieser wenigen. Man weiß das auch an anderen Stellen.

Sollte dieser Mann etwa gerade deswegen im Schweiße seines Angesichts seinen Mais auf einer Farm im amerikanischen Westen bauen müssen? Es wäre eine abgeschmackte, wenn auch zweifellos nicht wirkungslose Art seiner Kaltstellung, doch erhebt sich die Frage, wer davon profitiert. Bestimmt nicht die Danziger, deren Vertretung bei ihm in wahrhaft berufenen Händen läge, die nicht durch fragwürdige Experimente, sondern durch Einflußnahme auf Männer und Mächte der internationalen Politik die Stimme der Ostvertriebenen zu Gehör bringen könnten. Es wäre denkbar, daß für den Kreml ein Rauschning, der an Farmerversammlungen in Caston/Oregon teilnimmt, wesentlich weniger interessant, um nicht zu sagen unangenehm, ist als etwa auf einer tragfähigen Plattform deutscher und europäischer Öffentlichkeit. Ob man nicht Moskau einen Dienst tut, wenn man Rauschning weiter von Europa fernhält?

Balticus

Noch einmal zu General MacArthur

Sehr geehrte Herren!

Darf ich Sie bitten, mir ein paar ergänzende Zeilen zu dem materialreichen und bewundernswert objektiven Aufsatz „Ein Mythos zerplatzt“, den Wolf Schenke in Heft 7 veröffentlicht hat, zu gestatten.

Der Verfasser gibt im letzten Absatz der Darstellung der Auffassung Ausdruck, daß leider nur die Experten, die sich die Mühe gaben, das umfangreiche Aktenmaterial durchzuarbeiten, das zur „Frage MacArthur“ vorliegt, und die Senatoren, die Einblick in die Details der Ausführungen des Generals ergänzenden Zeugenaussagen nehmen konnten, unbeeinflußt blieben von der großartigen Schaustellung, die die Gegner der Regierung Truman mit dem „unfairer Weise entlassenen Kriegshelden“ fast zwei Wochen lang in den Vereinigten Staaten aufführten. — „Der Stern MacArthurs leuchtet noch!“ steht am Ende des Aufsatzes.

Das ist falsch. Er leuchtet nicht nur heute nicht mehr. Es war nie ein echter Stern, sondern ein Feuerwerkskörper, der unter dem

bewundernden „Aaah!“ neugieriger Hunderttausende von gerissenen Feuerwerkern für ein paar Minuten als Ersatz für einen Stern abgebrannt wurde.

Aus der Ferne hat man — verständlicherweise — den Unterschied kaum bemerkt, auch nicht gesehen, wie die Rufenden dem artistischen Akt Beifall zollten, ohne den bengalischen Sprühregen dabei für einen in sich ruhenden Himmelskörper zu halten. —

Wer hier „dabei“ war, hat seit der ersten großen Schlagzeile „Mac hinausgeworfen“ (Mac fired!) bis zu dem Ausspruch eines Republikanischen Abgeordneten dieser Tage, der, nach den Aussichten für eine Präsidentschaftskandidatur des „Prokonsuls“ befragt, achselzuckend erwiderte: „Das amerikanische Volk ist an Neuigkeiten von gestern (News from yesterday) nicht interessiert!“, nicht ohne eigenes Erstaunen miterlebt, wie der berühmte „kleine Mann“ in der ganzen Kampagne unbeeinflußt blieb von der zweckbestimmten Propaganda parteipolitischer Gruppen — und Zeitungen!

Der Einzug MacArthurs in New York war ganz zweifellos ein „Triumphzug“. Unendliche Menschenmassen umrahmten den Weg der Ehrenparade. Aber das war keine politische Demonstration. Es war ein Anlaß für einen unerwarteten Feiertag. Wunderbares Wetter, fahnenschwenkende Kinder, Mitsummen der alten Lieder (mehr Schlager und Volkslieder als Militärmärsche übrigens), die die vielen Kapellen nicht müde wurden zu spielen: es war wie ein Karneval, ein Sommerfest, es war „a lot of fun!“. Nicht mehr. Hunderte von Abzeichenverkäufern, die spezielle MacArthur-Embleme zu verkaufen suchten, haben fast den gesamten Vorrat wieder mit nach Hause nehmen müssen. Wenn jede 80. Person ein solches Abzeichen trug, das in irgendeiner Weise ein demonstratives Bekenntnis zu MacArthur darstellen sollte, ist es viel gewesen. Ich habe in vier Stunden keinen einzigen Anti-Truman-Zuruf, keinen einzigen Pro-MacArthur-Ruf gehört, der politisch etwas auszudrücken versucht hätte. Man begrüßte einen siegreichen General des Krieges und bot ihm Willkommen. Als kurz darauf, unautorisiert, eine Gruppe in einem großen Saal New Yorks eine Kundgebung durchführen wollte „Mac als Präsident“, kamen weit unter 100 (hundert) Leute!

Obwohl die abrupte Form der Abberufung des Generals allgemein bedauert wurde, nicht nur vom „Durchschnittsamerikaner“, sondern bekanntlich ja auch von nahen politischen Freunden des Präsidenten, hat die „Heroenpropaganda“ einer bestimmten Presse für den „großen Feldherrn“, verbunden mit ziemlich scharfen Formulierungen gegen Truman (bis zur Forderung der Absetzung reichend!) ihre Wirkung auf die amerikanische Öffentlichkeit von Anfang an völlig verfehlt. Daran änderten auch die eine Woche lang von allen Zeitungsständen gelenden provokativen Überschriften der regierungsfeindlichen Blätter nichts (die fast zwei Drittel der Presse umfassen). Hier sprach nicht das Volk. Hier schrieb man für das Volk. Und zwar vergeblich!

Heute spricht niemand mehr von MacArthur. Republikanische Politiker, die den nächsten Wahlgang vorbereiten, sind nur peinlich berührt, wenn sie an den „Fall“ erinnert werden. Kein Stern namens MacArthur leuchtet!

Karl O. Paetel

Zum Tode Kurt Woermanns

Sehr geehrte Herren!

Da Ihre Zeitschrift „Auslandswissen“ vermitteln will, sollte sie von Kurt Woermann sprechen, der unter uns den deutschen Auslandskaufmann vorbildlich darstellte.

Als Kurt Woermann im Januar 1951, nach Vollendung seines dreiundsechzigsten Lebensjahres, starb, verlor Hamburg in ihm eine seiner eigenartigsten Persönlichkeiten, wie sie in dieser unpersönlichen Zeit selten sind. Er war der zweite Sohn Adolph Woermanns und übernahm die alte Firma C. Woermann. (Die Geschichte der aus Westfalen stammenden Hamburger Kaufmannsfamilie schrieb Theodor Bohnert: „Die Woermanns. Vom Werden deutscher Größe.“ Berlin, 1935.)

Mit siebzehn Jahren ging Kurt Woermann nach Deutsch-Südwestafrika, mit neunzehn nach Südamerika. Von 1911 an war er im väterlichen Geschäfte tätig. Im Zusammenhang mit dieser Arbeit machte er eine große Fußwanderung durch das Innere Kameruns; ein Trägerzug trug die Betten und das Gepäck. In persönlichem Verkehr gewann er das Zutrauen der Neger als Antwort auf das

Wohlwollen, das er ihnen entgegenbrachte. Man schleppte sogar Kranke herbei in Erwartung, daß dieser gute weiße Mann sie heilen könne. Kamerun wurde ihm eine zweite Heimat. Auch seine Hochzeitsreise machte er dorthin, 1914, bald nach seiner Ankunft dort, kam die Nachricht vom Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Die ihm befreundeten Engländer meinten, Deutschland und England stünden im Kriege zusammen. Als die Lage sich klärte, entzog sich Kurt Woermann dem feindlichen Zugriff: er ging nach Fernando Po. Auf sehr abenteuerlichen Fahrten gelangte er unerkannt über Niederländisch-Guayana und New York im Dezember 1915 nach Deutschland und ging sofort an die Front im Osten.

Als der Krieg zu Ende war, sah er, daß man einer allgemeinen und tiefen Weltdepression entgegenging. Er arbeitete zunächst am Wiederaufbau seiner Firma, am Afrikahandel. Er fuhr 1926 selbst nach Liberien, er baute die Pflanzungen in Kamerun wieder auf, er gründete weiterhin in Sierra Leone eine große, moderne Niederlage. Überall kamen ihm die Neger mit persönlichem Vertrauen entgegen, die alten Freundschaften bewährten sich.

Der Zweite Weltkrieg nahm ihm wiederum alles, was er geschaffen hatte. Es folgten schwere, bittere Jahre, bis er die geschäftliche Arbeit zusammen mit Engländern von neuem aufnehmen konnte. Aus diesen Arbeiten riß ihn Krankheit und Tod. Mit dem Bewußtsein des unvermeidlichen Todes schrieb er am 23. Januar 1951 im St. Adolfsstift seine „Abschiedsworte“, ein geistiges Vermächtnis, das in seiner Knappheit, Klarheit und Überlegenheit ein eigenartiges Dokument ist, ein Dokument des besten deutschen Geistes.

*

Kurt Woermann war nicht ein Kaufmann, der den Handel in einer „Lehrzeit“ mit „Prüfungen“ oder gar aus Büchern „gelernt“ hat. Er sah mit leisem Lächeln auf „die Gelernten“. Kaufmann, so meinte er, ist man von Natur, und man wächst in der Praxis heran, keineswegs „lernt“ man durch Unterricht und Schulung, wirklich einer zu werden. Erfolge und Mißerfolge sowie die sittliche Qualität in Glück und Unglück zeigen, wer man ist und was man kann.

Von dieser Auffassung seines Berufes her fand er Verständnis für den in Deutschland

oft mißverstandenen englischen Kaufmann; er fühlte sich diesem verwandt. In einer kleinen Darstellung hat er einmal versucht, den Deutschen das Wesen des englischen Kaufmannes verständlich zu machen: „Über die Ehr-Auffassung des englischen Geschäftsmannes“ („Deutsches Volkstum“, 1934, Erstes Oktoberheft.) Er weckte Verständnis für „die Mentalität lebenskräftiger Menschen, die das gefährliche, aber aussichtsreiche Wagnis lieben, weil sie sich etwas zutrauen“.

Was ihn selbst aber über viele andere hinaus hob, war seine Aufgeschlossenheit auch für geistige Werte. Er nahm sich neben seiner Berufsarbeit Zeit für bedeutende Bücher — seine Bibliothek war nicht nur eine Büchersammlung, sondern ein Teil seines Lebens. Auch liebte er Gespräche mit intelligenten Männern aus anderen als kaufmännischen Berufen. Er ging nicht im Geschäft als solchem auf, sondern suchte den Sinn des Geschäftes im allgemeinen Zusammenhang des Lebens zu verstehen. So kam er zu seiner Auffassung, daß die „Expansion“ des Weißen Mannes im Grunde die einzig mögliche „Defensive“ sei, die einzig noch mögliche Selbstbehauptung. Wenn der Handel seine Aufgabe erfüllen soll, so ist, eben um der notwendigen Expansion willen, ein gutes Gedeihen des heimischen Bauerntums notwendig. Denn nur der Bauer, nicht der Kaufmann erwirbt Land durch dauernde „Siedlung“. Bauerntum und Handel ergänzen einander in der lebensnotwendigen Expansion. Diese aber ist „das Ergebnis weltgeschichtlichen Zwanges und methaphysisch bedingter Lebensentfaltung“.

*

Diese Berufsauffassung Kurt Woermanns wird getragen von einer sehr persönlichen Christlichkeit. Sein Verständnis des Christentums hat gewisse Ähnlichkeiten mit dem der englischen Freikirchler, ohne aber mit diesem identisch zu sein. Ein Verhältnis zum Christentum gewann er erst während des Krieges durch persönliche Begegnungen. Nach dem Kriege stand er dem Schlächterner Kreise besonders nahe. Später wirkte er als Vorsitzender der Fichte-Gesellschaft in diesem Sinne.

Sein Christentum, wie er es aus dem Neuen Testament verstand, ist charakterisiert durch zwei Züge. Erstens dadurch, daß es wesent-

lich Tatchristentum ist, das uns zu einem bestimmten Handeln in dieser Welt verpflichtet; zweitens dadurch, daß es weder mystisch noch symbolisch ist, sondern übereinstimmt mit einem klar durchgeführten Denken: das Christentum ist nicht vernunftwidrig, sondern das Ergebnis eines sorgfältigen Durchdenkens der menschlichen Stellung zu Gott und Welt; es beweist seine Wahrheit gerade im sauberen Denken. In den Worten, die er in der Erwartung des nahenden Todes schrieb, heißt es: „Wir haben unser Dasein zu Lehen; von wem? Vermutlich von dem, der es geschaffen hat. Er allein weiß, wozu er die Welt, unser Sonnen-System, unsere Erde, die Pflanzen, die Tiere und Menschen erschaffen hat; wozu er alles Lebendige... unter das Gesetz von Fortpflanzung und Tod gestellt hat.“ „Indem Gott eines seiner Geschöpfe mit Bewußtsein und Vernunft ausgestattet, will er, daß dieses Geschöpf in seinem wesentlichen Sein in der Ewigkeit zu Ihm zurückkehrt.“ Es gehört „a u c h zum Gesetz unserer Vernunft, diesen Sachverhalt in Zweifel ziehen zu können, ja zu m e i n e n, Gott v e r b i r g t sich vor unseren Augen und Sinnen. Er will sich von uns s u c h e n lassen. Er präsentiert sich unserer Vernunft nicht als fertig abgezikelte Lehr-Weisheit, sondern unser Suchen soll mit A n s t r e n g u n g verbunden sein.“ „Wir Menschen leben auf dieser Erde, um den Willen Gottes erfüllen zu lernen, um Gottes Willen v e r s t e h e n, e r k e n n e n und t u n zu lernen.“ So war er zu der Anschauung gekommen, daß richtigtes Denken und echter Glaube einander decken. Dies führt zum richtigen Handeln.

In vielen Gesprächen, auch mit Theologen, trat er für seine eigenwüchsige Theologie ein. In der Kriegszeit, als die Gemeinde seines Wohnortes ohne Pfarrer war, hielt er als Laie kurze gottesdienstliche Ansprachen. Er kämpfte gegen das Beharren in Nichts-als-Lehrgesprächen und theologischen Problemen. Er rief zu jenem Werk, das er als die eigentlich christliche Aufgabe unserer Zeit sah.

*

Kurt Woermann blieb nicht bei der allgemeinen Erkenntnis vom Wesen und Wert des richtigen Handelns, sondern er suchte zu erkennen, welche praktischen Aufgaben hier und jetzt notwendig sind.

Als der aus Südwestafrika zurückgekehrte Amtshauptmann Rudolf Böhmer sein Buch

„Das Erbe der Enterbten“ herausbrachte, sah Woermann darin die genaue Antwort auf das, was er suchte. Dieses Buch wurde für ihn entscheidend. Praktisch geht die Forderung sowohl Böhmers wie Woermanns darauf hinaus: das vom Acker gelöste Industrie- und Handelsvolk muß wieder mit dem Erdboden und mit der Bodenbearbeitung verbunden werden. Dem Fabrikarbeiter muß ermöglicht werden, Landbesitz zu erwerben und zu bewirtschaften, so daß er in einem gewissen Alter wieder „aufs Land zurückkehren“ kann. Dazu ist eine planmäßige Verbindung von Stadt und ländlicher Kleinsiedlung nötig, die über den Schrebergarten-Betrieb hinausgeht und einen hochentwickelten, intelligenten Land- und Gartenbau ermöglicht. Allein diese Verbindung von Landwirtschaft, Industrie und Handel, wobei die intensivierte Bodenbewirtschaftung durch den aus Industrie und Handel in die Landwirtschaft zurückkehrenden, siedlungsfähigen Arbeiter notwendig ist, sichert den Bestand des Volkes und seiner Gesamtwirtschaft.

Kurt Woermann selbst ging, um die Möglichkeit dieser Forderung zu erweisen und ein Vorbild zu geben, daran, bäuerliche Arbeit zu verrichten und bäuerlichen Sachverstand zu erwerben. Um mit dem Beispiel voranzugehen, beschäftigte er sich nach dem Zweiten Weltkrieg mit intensiver Landwirtschaft auf kleinem Raum. Von der Kirche forderte er, sich für diese, zugleich ethische und praktische, Lösung der unendlich schwierigen deutschen Situation als für einen echten Gottesdienst einzusetzen. Daß er kein Verständnis für diese Forderung, die von außen her, ohne Einsicht in die tieferen Zusammenhänge, freilich seltsam anmutet, und daß er keinen Willen fand, diese Idee auch

nur zu prüfen, war für ihn eine bittere Enttäuschung.

*

Kurt Woermanns Charakter war durch die Vereinigung zweier gegensätzlicher Züge bestimmt. Er war ein Mann von liebenswürdiger Vornehmheit und vornehmer Liebenswürdigkeit im Verkehr. Er konnte die Menschen bezaubern, den europäischen Gelehrten sowohl wie den Kameruner Neger. Er hatte für jeden Zeit, ließ sich mit jedem ein, der ernsthaft etwas wollte. Und jeder konnte sich auf seine „Anständigkeit“ verlassen. Verlässlichkeit im kaufmännischen wie in jedem menschlichen Umgang forderte er von anderen ebenso, wie er selbst sie bewährte. Aber er war zugleich ein sehr eigenwilliger Mensch, der sich und seine Ideen hartnäckig durchzusetzen suchte. Er verletzte freilich nie die Gesetze der Höflichkeit, aber er wandte sich völlig ab von Menschen, die für seine Gedanken kein Verständnis zeigten. Er wurde nicht ihr „Gegner“, aber er verzichtete auf sie. Das Ineinander von Liebenswürdigkeit und Eigensinn erzeugte den Eindruck einer nie zu brechenden Herrenhaftigkeit, die freilich im persönlichen Verkehr die Grenzen der Höflichkeit nie auch nur im geringsten verletzte. Er hielt sein im Grunde leidenschaftliches Wesen im Zaum, und wohl nur die Allernächsten erfuhren, wie schwer er unter dem Mißverständnis der Welt leiden konnte. Doch verlor er nichts von seiner Arbeitskraft und seiner Initiative. Und von tödlicher Krankheit niedergeworfen, verzagte er nicht, sondern schrieb das, was er als wahr und notwendig erkannt hatte, nieder, ungebrochen.

Wilhelm Stapel

VORANKUNDIGUNG

Für Leser der GEOPOLITIK und als Geschenk für heranwachsende Jungens wie für jugendfrohe Erwachsene erscheinen in Kürze die beiden ersten Bände der Reihe

DEUTSCHE DRAUSSEN

Wie wir die Welt erleben

BAND 1

Gustav Fochler-Hauke

... nach Asien!

Vom Abenteuer zur Wissenschaft

250 S. Text, 37 Abbildungen,

20 Federzeichnungen, 9 Karten.

In Leinen DM 12,50

Der Band des alten Mitarbeiters unserer Zeitschrift gibt den Bericht, wie Fochler mit 19 Jahren im Faltboot die Donau hinab den Weg in die Welt antrat, auf dem er in abenteuerlicher Fahrt in die Mandschurei gelangte, ohne Geld und ausreichende Papiere. Er zeigt aber auch, wie Fochler auf diesen Irrfahrten zu seinem Beruf, der Wissenschaft hinfand.

BAND 2

Helmuth Schmolck

Welthandel - selbst erlebt

184 Seiten / In Leinen DM 7,50

Wenig Bücher sind so ergötzlich und lehrhaft zugleich.

Schmolck, unser früherer Mittelamerika-Mitarbeiter, begann seine Laufbahn als Lehrling „erster Klasse“ in einem Im- und Exportgeschäft in Hamburg, fuhr dann „in den Kaffee“ nach Mittelamerika und erlebte das Kaffeegeschäft vom Anbau bis zur Finanzierung.

Das Wesentliche des Werkes ist aber, wie es geschrieben ist, — fesselnd, mit einem nicht umzubringenden und allgegenwärtigen Humor.

**KURT VOWINCKEL VERLAG
HEIDELBERG**



NATION EUROPA

Monatsschrift im Dienste
der europäischen Erneuerung

Hauptschriftleitung, Verlag und
Versand:

COBURG, Postfach 200

Die wichtigsten Aufsätze des
Oktoberheftes

„NATION EUROPA“

Probleme des Mittelmeerraumes:
Latein-Europas Sendung; Italien und
der japanische Friedensvertrag; „Mus-
solini hat mir gesagt“; Spaniens Erfolg;
Juden gegen Israel.

Verteidigung durch Einheit

Dwight D. Eisenhower

Einheit durch Glauben *Maurice Bardèche*

Zerteilt die Nebel!

* * *

Weitere Beiträge von Hans Grimm,
Bruno Brehm, Wilhelm Stapel. - Junge
Stimmen.

Kostenloses Probeheft
auf Anforderung beim

NATION EUROPA-VERLAG

Coburg, Postfach 200

Was will das „Kultur-Mosaik“?

Jeder von uns empfindet mitunter das Bruchstückhafte unseres Geschichtsbildes und — unseres Geschichtswissens. Erschreckend sind diese Lücken vor allem bei der in Kriegs- und Nachkriegszeit herangewachsenen Jugend. Aber wer vermag durch ernsthaftes und gründliches Studium diese Lücken zu schließen?

Ein ganz neuartiger Versuch, auf dem Wege eines Denkspieles ein klares, „dauerhaftes Vorstellungsgerüst“ aufzubauen, ist das jetzt erschienene „KULTUR-MOSAIK“.

Hier wird stückweises Wissen spielend geordnet, das Wichtige vom weniger Bedeutsamen geschieden und herausgehoben. Zusammenhänge werden sichtbar, abstrakte Begriffe anschaulich — im Sinne des Kant-Wortes: „Begriffe ohne Anschauung sind leer“.

Das geschieht auf so einfache Weise, daß man sich fragt, warum man nicht längst auf diese überzeugende Darstellungskunst gekommen ist.

Vier Tafeln stellen die großen europäischen Geschichtsepochen, beginnend mit dem Mittelalter, dar. Die Tafeln sind in Felder eingeteilt, nach Daten geordnet und Kunst- und Geistesgeschichte, Politik und Forschung getrennt.

96 künstlerisch ausgeführte, lose Bilder der größten Persönlichkeiten und Geschehnisse sind die Bausteine des Mosaiks. Das Register nennt u. a. das Automobil und Bismarck, Canossa und den Dreißigjährigen Krieg, die Edda und Friedrich, Goethe und Händel, Kant und Luther, Mozart und Nietzsche, Paracelsus und Rembrandt, Schiller und den Türkenkrieg, Versailles, Wagner und den Dt. Zollverein. Diese 96 Spielkartenbilder sollen in das Gerüst der Tafeln richtig eingebaut werden. Viele Hilfen erleichtern das. Der Spielende baut sich so mit eigener Hand vier großartige Schaubilder abendländischer Kultur:

Wagrecht einen Überblick über die fortlaufende Entwicklung, getrennt nach Kunst und Wissenschaft, Politik und Forschung — senkrecht eine große Schau über die Zusammenhänge auf diesen Gebieten, wie sie einprägsamer kaum denkbar sind.

Das KULTUR-MOSAIK erhebt nicht den Anspruch, selbst ein Geschichtswerk zu sein — aber es gibt unschätzbare Hilfen beim Aufräumen der „Gedankenfächer“ und beim Aufrichten jener gedanklichen Ordnung, die als erste Voraussetzung für die Schaffung eines eigenen Weltbildes gilt.

Bei Heinrich Heine in Karlsruhe, Schumannstr. 7

96 Bilder und 4 farbige Bildtafeln in festem Karton.